

Freie Universität Berlin
BIBLIOTHEK-IT
2 JUN 1987

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

GEGRÜNDET 1961 VON HEINZ SEEGER

D 34 76 E

Jetzt Bündnisse für eine soziale Zukunft

Alarmsignale allenthalben. Es ist nicht mehr zu verschleiern, daß sich die wirtschaftlichen Prognosen verdüstern. In fast regelmäßigen Abständen haben die verschiedensten Gutachten und Wirtschaftsberichte die geschönsten Zahlen nach unten korrigieren müssen. „Der konservativen Propaganda vom anhaltenden konjunkturellen Aufschwung steht die kapitalistische Realität des beschleunigten wirtschaftlichen Abschwungs gegenüber.“ Dies stellte der Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, auf einer zentralen Geschäftsführerkonferenz seiner Organisation Mitte Mai fest. Und in diese erneute Krise geht die Bundesrepublik mit einem Sockel von 2,3 Millionen Arbeitslosen. Zu ihnen zäh-



„Wir machen Dampf für eine bessere Zukunft.“ Unter diesem Motto stand das erste Bundesjugendtreffen der IG Metall vom 28. bis 31. Mai im hessischen Weiterstadt. Über 3000 junge IG-Metaller zeigten, was sie unter gewerkschaftlicher Jugendarbeit verstehen. Neben Diskussionen zu den Themen Umweltschutz, Frieden und Zukunft der Arbeit wurde kräftig gefeiert. Wir werden in unserer Juli-Ausgabe ausführlich über das Treffen berichten.

• **Samstags nie!** •

• **„Schmerzlicher Preis“** • **BDA will Selbstbeteiligung** •

• **Teilzeit: Steine statt Brot** •

Frankfurt/M · 27 Jahrgang

6/87

Juni 1987 Einzelheft DM 4,-

INHALT

POLITIK

Gewerkschaften fordern: Bonn darf nicht den Bremser spielen 3

Denkzettel 3

LÖHNE/TARIFE

IG Metall: Nun Diskussion beginnen über tarifpolitische Schwerpunkte 4

Streiks in Kapital-Schaltzentralen verhinderten Banken-Tarifdiktat 6

Bau darf nicht hinten bleiben 6

Auch IG Druck und Papier zahlte „schmerzlichen Preis“ 7

WIRTSCHAFT/FINANZEN

Die Großbanken schwimmen in Geld
Rekord für das vergangene Jahr 9

BDA will Selbstbeteiligung – im Krankheitsfalle weniger Geld 10

Gegner studieren 10

GEWERKSCHAFTEN

GEW Hessen will streiten für fortschrittliche Bildungspolitik 11

Delegiertenkonferenzen der ÖTV im Zeichen der Tarifrunde 12

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION:
9 Thesen der IG Metall zur Angestelltenarbeit
Gemeinsame und solidarische Interessenvertretung aller Arbeiter und Angestellten / Interview mit Siegfried Bleicher, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall
Mitgliederstatistik der DGB-Gewerkschaften
Menschenrechte und wissenschaftlich-technische Revolution
Ein kritischer Blick in einige Gewerkschaftszeitungen
u. a. m. 13-24

Jetzt Bündnisse . . .

len über eine halbe Million Jugendliche. Und Errechnungen der IG Metall haben ergeben, daß allein im Jahr 1986 über 5 Millionen Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen waren, das heißt, jeder Vierte war einmal arbeitslos.

Aber gerade auf dem Sektor Beschäftigungspolitik bleibt die Bundesregierung in Tatenlosigkeit erstarrt. Das fällt mittlerweile auch den Sozialausschüssen der CDU auf, die sich offenbar in ihrer Rolle als Wurmfortsatz des Arbeitsministeriums nicht mehr ganz so wohl fühlen und verstärkte Initiativen zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit fordern. Die Gewerkschaften haben zunächst einmal das Ihre getan, um zur Linderung beizutragen. Sie haben weitere Schritte in der Verkürzung der Arbeitszeiten vollzogen. Es wird allerdings erfahrungsgemäß noch viel Kraft kosten, die Tarifergebnisse auch in arbeitsplatzsichernde Momente umzumünzen. Erforderlich bleibt also nach wie vor der verstärkte Ruf nach einem öffentlichen Beschäftigungsprogramm. Nicht nur, daß sich sowohl die „Selbsteilungskräfte“ als auch die bisherigen Versprechungen der Bundesregierung als untauglich erwiesen haben. Hinzu kommt, daß die steigenden Arbeitslosenzahlen genutzt werden für die Umsetzung eines konservativen, unsozialen Gesellschaftsmodells.

Der nächste Schlag richtet sich – auch das ist bereits angekündigt – gegen die gesetzliche Krankenversicherung. Nicht etwa, daß man bei der Pharmaindustrie einmal die Profite nach Sparmöglichkeiten durchforstet. Über den Weg der Selbstbeteiligung an den Krankenkosten will man wieder den kleinen Leuten an den Geldbeutel. Sie sollen einen erheblichen Teil der Kosten selbst bezahlen bei gleichzeitiger Verschlechterung der Leistungen. Die alte Befürchtung: weil du arm bist, mußt du früher sterben, bekommt also erneute Aktualität. Das gesamte Gesundheitswesen wird in der nahen Zukunft im Zentrum konservativer Angriffe stehen. Ebenso sozialpolitische Essentials der Gewerkschaften wie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Auf der Geschäftsführertagung der BDA Mitte Mai wurde der Startschuß schon abgefeuert.

Die DGB-Gewerkschaften haben auf diese Angriffe eine Antwort formuliert: Intensivierung der Gegenwehr und Ausbau der gewerkschaftlichen Gestaltungsmacht. Dabei können sie auf bestehende Organisationsansätze zurückgreifen: die Solidaritätskomitees zur Unterstützung der 35-Stunden-Woche. Sie können in breite Kreise der Bevölkerung hineinreichen, so, wie die Betroffenheit von Sozialabbau über den Kreis der Gewerkschaftsmitglieder wirkt. Die Solidaritätskomitees können zu Sammelpunkten des Widerstands werden, zu einem „Bündnis für eine soziale Zukunft“. Wie die Einschränkung der Gewerkschaftsrechte durch den § 116 AFG muß auch die Abschnürung sozialer Rechte zum Volksthema werden. reb.

INHALT

IG DruPa Hessen mit Plädoyer für die Mediengewerkschaft 25

Mit Augenmaß zur IG Medien 25

Junge Postler mit Wohnmobilen „Für Arbeit auf Touren“/Interview mit Lothar Schröder. Bundesjugendausschußvorsitzender der DPG 26

Steinkühler 50 27

GESELLSCHAFTSPOLITIK

Der Maxhütte in der Oberpfalz droht die völlige Vernichtung 28

Die Rechte des Betriebsrats sind zum Gebrauchen da 29

9. SDAJ-Bundeskongreß mit lebhafter Diskussion 30

Linke und Fortschritt 30

SOZIALPOLITIK

Bei der Rentenreform: DGB in der Defensive 31

Aus dem Arbeits- und Sozialrecht: Steine statt Brot: Tarifvertrag der IG Chemie zur Teilzeitarbeit 32

INTERNATIONALES

In der DDR läuft nichts ohne die Gewerkschaften 33

FDGB und DGB 33

Von unten bis oben keine Tabus: Reiseeindrücke aus der Sowjetunion 34

DGB und FDGB: Chance nutzen 34

RUBRIKEN

GLOSSE 3

TARIFMELDUNGEN 7/8

TARIFKALENDER 8

GEWERKSCHAFTSMELDUNGEN 11

PERSONALIEN 27

BUCHBESPRECHUNG 35

IMPRESSUM 35

VERLAGSINTERNES 35

TERMIKALENDER 36

BESTELLSCHIEIN 36

ZU GUTER LETZT 36

Gewerkschaften fordern: Bonn darf nicht den Bremser spielen

In der Bonner Regierung herrschen in Abrüstungsfragen totale Konfusion und Verwirrung. Erklärungen en masse, die eine widersprüchlicher als die andere, erblicken das Licht der Welt, so daß niemand mehr weiß, woran er ist. Keine Klarheit brachte auch Kohls Zehnpunkteerklärung zur Abrüstung, die so zweideutig war, daß selbst gewiefte Agenturjournalisten Unterschiedliches herauslasen. Und erst recht die Interpretation des außenpolitischen Sprechers des Bundeskanzleramtes, Teltschik, machte die Verwirrung vollends komplett.

Den Nagel auf den Kopf traf sicherlich „Die Zeit“ vom 22. Mai. Sie vegleicht die Bundesregierung mit einem „Tausendfüßler, der mit sich selbst im Widerstreit darüber liegt, welchen Fuß er zuerst voranzusetzen soll: Sie ist in eine neurotische Selbstlähmung verfallen. Nulllösung, doppelte Nulllösung, dreifache Nulllösung – was will sie wirklich? Niemand weiß es.“

Anlaß für die in Bonn herrschende Verwirrung sind die Abrüstungsvorschläge, die Michail Gorbatschow Mitte April vorgelegt hatte. Darin erklärte er sich zu sofortigen Verhandlungen über den Abbau atomarer

Mittelstreckenraketen in Europa bereit. Während der Zeit der Verhandlungen sollen die Raketen auf den gegenwärtigen Stand eingefroren werden. Besonders bei der CDU-Stahlhelmfraktion, angeführt von Dregger und Wörner, stieß dieser Vorschlag, wie bereits alle übrigen zuvor, auf Ablehnung. Heillos erschrocken wurde erklärt, daß die Bundesregierung zwar für die Nulllösung bei den atomaren Mittelstreckenraketen sei, aber auch die Kurzstreckenraketen in die Verhandlungen einbezogen werden müßten.

Dabei wurde in Bonn ganz vergessen, daß ähnliche Vorschläge seit fast einem Jahr vorliegen. Genau seit dem 11. Juni des vergangenen Jahres gibt es den Vorschlag Gorbatschows und der Staaten des Warschauer Vertrages über einen drastischen Abbau der konventionellen Rüstung sowie der taktischen Raketen, Angriffsflieger, Nuklearartillerie und der Reduzierung von Soldaten sowie der dazugehörenden Rüstung.

Die neuerlichen weitreichenden Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion brachten die Bundesregierung arg in die Klemme. Mit einem Aussitzen nach der Art Bundeskanzler Kohls war es nichts, zumal Verteidigungsminister Wörner auf der Mitte Mai im norwegischen Stavanger stattgefundenen NATO-Tagung isoliert war und selbst Margaret Thatcher und François Mitterrand sich für die Abrüstungsvorschläge Gorbatschows zu erwärmen begannen. Verlaß war auch nicht mehr auf Ronald Reagan, einst der Promotor bei der Ablehnung sowjetischer Vorschläge.

Inzwischen kommen andere Töne aus Bonn. Man sei schon immer für die Abrüstung gewesen, und der Kanzler fühlte sich falsch verstanden. Ohne Zweifel hat zu diesem „Meinungswechsel in Worten“ neben der außenpolitischen Isolierung auch das Wahldebakel vom 17. Mai in Hamburg und Rheinland-Pfalz beigetragen sowie die 77 Prozent Bundesbürger, die sich nach neuesten Meinungsumfragen dafür ausgesprochen haben, Gorbatschow beim Wort zu nehmen.

Zu diesen 77 Prozent zählen zweifellos die Gewerkschaftsmitglieder. Ihren Willen

brachte der Bundesvorstand des DGB in einer Resolution vom 5. Mai zum Ausdruck. Darin werden die „bisherigen Reaktionen führender Vertreter der Unionsparteien auf die Vorschläge der Sowjetunion zum Abbau von Mittelstreckenraketen längerer und kürzerer Reichweite für beschämend“ erklärt. Günter Volkmar, Vorsitzender der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, sprach sich dafür aus, „die historische Chance, einen echten Abrüstungserfolg zu erreichen“, zu nutzen. Und IG-Metall-Vorsitzender Franz Steinkühler forderte von der Bundesregierung, nicht den „Bremser im Abrüstungsprozeß zu spielen“. Die Gewerkschaften stünden an der Seite derjenigen, „die für konkreten Fortschritt bei der Abrüstung eintreten“.

Ähnliche Aussagen machten auch andere Gewerkschaftsvorsitzende, so beispielsweise Monika Wulf-Mathies von der ÖTV. Es blieb jedoch nicht nur bei Erklärungen. Als Konsequenz rief der DGB-Bundesvorstand am 25. Mai die Gewerkschaftsmitglieder auf, sich an der am 13. Juni in Bonn stattfindenden Großdemonstration der Friedensbewegung zu beteiligen.

G. M.

Denkzettel

Der Vorgang ist bekannt, die Zahlen sind's auch: Bei den Landtagswahlen in Hamburg und Rheinland-Pfalz am 17. Mai hat die CDU kräftig an Stimmen verloren, in Rheinland-Pfalz sogar die absolute Mehrheit. Einigkeit herrscht von Journalisten und Meinungsforschern bis zu Dregger und Kohl, daß – neben Verärgerung der Bauern – vor allem die CDU/CSU-Haltung zur Abrüstung die Wahlschlappe bewirkt hat. Der Traum, nach Hessen auch Hamburg eine schwarz-konservative Regentschaft aufzudrücken, ist ebenfalls gescheitert. In beiden Bundesländern bewegte sich die Wählerschaft ein Stückchen mehr in Richtung Frieden.

In Hamburg enthüllte ein Überkleber auf Wahlplakaten des CDU-Spitzenkandidaten Hartmut Perschau die Problematik: „Wo Perschau draufsteht, ist auch Pershing drin“, hieß es da. Und Kohls Ablehnung der doppelten Nulllösung bestätigte es. Aber auch in Bernhard Vogels Rheinland-Pfalz ist die Pershing drin. Mit acht NATO-Flugplätzen, 200 000 Soldaten und der dichtesten Raketenbestückung in ganz Europa sind die Einwohner dieses Bundeslandes offenkundig besonders sensibel gegen Politiker, die ihnen die Chance verderben wollen, das atomare Pulverfaß loszuwerden. Solches Wählerverhalten, das nachweisbar den Abrüstungsblockierern massenhaft Denkzettel verpaßt, ist gewiß etwas Neues in der Bundesrepublik. Neu ist aber auch, daß die Kohl-/Strauß-Partei, die nie wirklich abrüsten wollte, aufgrund der Gorbatschow-Initiativen nun keine Ausreden mehr weiß, die glaubwürdig klingen. G. S.

GLOSSE

Nachgeholfen

Man kann es fast täglich auf der Lokalseite irgendeiner Zeitung lesen: Einer, der nicht mehr weiter weiß (etwa weil ihm ein Unternehmer die Arbeit nahm und die Bank den Kredit kündigte), überfällt eine Sparkasse. Aber schon an der nächsten Ecke jagt ihm die Polizei die Beute ab. Ergebnis: zwei, drei Jahre Gefängnis. Mildernde Umstände und Bewährung gibt es meistens nicht.

Wieviel Glück hatte doch Iwan D. Herstatt! Einst Chef der gleichnamigen Bank im Gerling-Konzern, saß er wegen selbstverschuldeten schweren Bankrotts und Untreue in Köln auf der Anklagebank. Es ging um 1,2 Milliarden DM, die futsch sind. Ergebnis: Am 21. Mai verpaßte ihm das Gericht zwei Jahre Gefängnis – auf Bewährung natürlich.

Oder nehmen wir die Akteure der Flick-Schmiergeldaffäre. Graf Lambsdorff, Ex-Minister Friderichs, Top-Manager von Brauchitsch und andere – sie schleusten Millionen DM am Finanzamt vorbei. Aber keiner muß sitzen.

Auch sie hatten wohl Glück, wie jetzt Herstatt. Wobei zum Glück die Klassenjustiz nachgeholfen hat. okulus

IG Metall: Nun Diskussion beginnen über tarifpolitische Schwerpunkte

Die Ergebnisse des Bad Homburger Spitzengesprächs haben wir in Nr. 5/1987 der NACHRICHTEN ausführlich vorgestellt. Bis zur Erklärungsfrist am 6. Mai wurden dann in allen Tarifgebieten Tarifverträge abgeschlossen, die, vor allem in Hinblick auf die Arbeitszeitverteilung und den Monatslohn, tarifpolitisch zum Teil bemerkenswerte Festlegungen enthalten, wobei die Vereinbarungen in den drei Tarifgebieten des IG-Metall-Bezirks Stuttgart besondere Aufmerksamkeit erregen.

Der 1. Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, wertete auf der Zentralen Geschäftsführerkonferenz seiner Gewerkschaft am 19. Mai in Frankfurt das Ergebnis dieser Tarifrunde als einen Erfolg, der aber auch zugleich die Handschrift eines Kompromisses trage. Die IG Metall habe keinen Grund, dies zu verschweigen, was ihr daran weniger gefalle. Er nannte dabei die fehlende 35 als Enddatum eines Stufenplans, die dreijährige Laufzeit bei Lohn und Gehalt, den sechsmonatigen Ausgleichszeitraum und die Tatsache, daß bei den Mehrarbeitsbestimmungen keine durchschlagenden Verbesserungen erreicht werden konnten. Seine Schlußfolgerung: „Wir haben allen Grund, trotz dieser Punkte auf das Erreichte gemeinsam stolz zu sein.“

Steinkühler traf mit dieser Feststellung sicherlich die Stimmung der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder und Funktionäre, denn selten zuvor gab es bei einem Tarifabschluß eine so hohe Identifikation der Mitglieder mit dem Ergebnis. Darauf deuten auch die Abstimmungsergebnisse in den einzelnen Tarifkommissionen hin, die weitgehend einstimmig waren.

Zu der auch von NACHRICHTEN geäußerten Kritik an der Institution Spitzengespräch meinte Klaus Zwickel, das für Tarifpolitik zuständige geschäftsführende Vorstandsmitglied, daß ein Spitzengespräch wie in Bad Homburg „immer die Ausnahme bleiben“ werde, und in einem Interview mit der „Welt der Arbeit“ beantwortete er die Frage, ob durch Spitzengespräche die regionalen Verhandlungen nicht an Wert verlor, daß jene immer „die letzte Möglichkeit“ bleiben sollten.

Knackpunkt: Samstagsarbeit

Knackpunkt in den regionalen Verhandlungen war die Samstagsarbeit. Steinkühler: „Wir haben schließlich die Sicherung des freien Samstags in praktisch allen regionalen Tarifverträgen verbessert.“ Bei genauerem Hinsehen ergeben sich da allerdings nicht unbeträchtliche Unterschiede. Eindeutig ist die Regelung in den drei Tarifgebieten des Bezirks Stuttgart. Zur Arbeitszeitverteilung wurde hier im Grundsatz vereinbart, daß die Arbeitszeit gleich-

mäßig oder ungleichmäßig von Montag bis Freitag verteilt werden kann. Ausnahmen für einzelne Beschäftigte oder Beschäftigungsgruppen können durch Betriebsvereinbarungen für „Überwachungs-, Instandsetzungs- oder Wartungsarbeiten“, also nicht für normale Produktion, vereinbart werden. Hier kann die Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit auf bis zu fünf Werktagen unter Einfluß des Samstags erfolgen. Sonstige Arbeiten können nur mit Zustimmung des Betriebsrats auch am Samstag durchgeführt werden. Hier kann allerdings die Zustimmung des Betriebs-



rats nicht mehr durch die Einigungsstelle ersetzt werden, er hat folglich ein Veto-recht. Zudem besteht über eine solche Betriebsvereinbarung eine Informationspflicht an die Tarifparteien.

Wenngleich auch in den meisten Tarifgebieten festgelegt ist, daß die Arbeit in der Regel von Montag bis Freitag erfolgen soll, so gibt es Beschränkungen wie im Bezirk Stuttgart nicht. Im Tarifgebiet Osnabrück-Emsland, dem mit rund 20000 Betroffenen das kleinste im Metallbereich, wurde gar nur festgelegt, daß die Arbeit an fünf Werktagen erfolgen soll. Im Bezirk Frankfurt, d. h. für die Tarifgebiete Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland, bleibt es bei der bisherigen Regelung (Regelarbeitszeit von Montag bis Freitag, bei einer möglichen Arbeit am Samstag bis 12.00

Uhr). In NRW wurde vereinbart, daß eine von der regelmäßigen Arbeitszeit (Montag bis Freitag) abweichende Regelung nach Maßgabe der betrieblichen Erfordernisse unter angemessener Berücksichtigung der Belange der betroffenen Arbeitnehmer mit dem Betriebsrat vereinbart werden kann.

Im „Handelsblatt“ (7. 5. 1987) wird an diese Formulierung die Hoffnung geknüpft, daß der Kompromiß „der Samstagsarbeit im Hinblick auf die immer wichtiger werdende bessere Auslastung der Maschinen ... keinen Sperrriegel“ vorschleibe. Gesamtmetallpräsident Stumpfe hebt sogar hervor: „Die neuen Formulierungen lassen Samstagsarbeit im Einvernehmen mit dem Betriebsrat weiter zu.“ Folglich wird viel von der Haltung der Betriebsräte abhängen, daß Samstagsarbeit generell nicht stattfinden kann.

Im Volkswagenwerk, das am 14. Mai ein Tarifergebnis erzielte, heißt es: „Die tägliche Arbeitszeit beträgt in der Regel von Montag bis Freitag 8 Stunden.“ Die 37-Stunden-Woche wird hier in einer Stufe schon ab 1. August 1988 erreicht. Der Ausgleich erfolgt generell durch arbeitsfreie Tage, und zwar 1988 12 und 1989 dann 17 Tage.

Alter Zopf abgeschnitten

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, daß in den Stuttgarter Tarifgebieten für alle Arbeiter ein obligatorischer Monatslohn vereinbart wurde. Dies hat folgende Auswirkungen:

1. Verstetigung des Einkommens unabhängig von der Anzahl der Arbeitstage;
2. gleichbleibende feste Bestandteile, z.B. Leistungszulage bei Zeitlöhnern;
3. variable Leistungsbestandteile aus dem Vormonat oder gleitenden Durchschnitt der Vormonate;
4. der Monatslohn muß spätestens am letzten Arbeitstag des Monats zur Verfügung stehen;
5. ab 1. April 1988 Wegfall der Stundenlöhne und Einführung einer Monatsgrundlohntabelle, und
6. bei weiterer Arbeitszeitverkürzung bedarf es keiner Forderung nach einem Lohnausgleich mehr.

In den „Metall-Nachrichten“ des Bezirks Stuttgart heißt es daher: „Ab 1. April 1988 ist es soweit. Dann wird ein alter Zopf abgeschnitten. ... Ein weiterer Schritt zur Gleichstellung aller Beschäftigten ist getan.“ Bezirkssekretär Edgar Schmidt schreibt dort: „Mit dem Monatslohn ist eine weitere Grenze gefallen, die manche Leute mit einer Klassenschanke verwechseln. Jetzt geht es weiter. Vorwärts! Zu neuen Ufern! Am Ende muß ein Entgelttarifvertrag stehen, der nur noch Beschäftig-

te kennt, keine Arbeiter mehr und keine Angestellten.“

Nicht in allen Tarifgebieten gibt es diese eindeutige Festlegung. In Bayern, im Nordverbund und in Nordrhein-Westfalen wird noch nachverhandelt, und in den drei Tarifgebieten des Frankfurter Bezirks wurde tarifiert, daß nur bei ungleichmäßiger Verteilung der individuellen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit über einen Abrechnungszeitraum hinaus für die Betroffenen bzw. bei mehr als 20 Prozent Betroffenen für alle Arbeiter des Betriebes Monatslohn vereinbart werden kann, allerdings nur auf Antrag des Unternehmers oder des Betriebsrates. In anderen Fällen kann Monatsentgelt freiwillig vereinbart werden. Dies ist allerdings vom Betriebsrat noch nicht einmal über eine Einigungsstelle erzwingbar.

Zur Schichtarbeit hat man sich im Stuttgarter Bezirk geeinigt, daß die bezahlte Arbeitsunterbrechung im 3-Schicht-Betrieb von mindestens 30 Minuten pro Schicht beibehalten wird. Dieselbe Regelung haben wir im Nordverbund und Bayern, während man z. B. in Nordrhein-Westfalen die Formulierung findet, daß „ausreichend Zeit zum Einnehmen der Mahlzeiten ohne Lohn- oder Gehaltsabzug“ zu gewährt ist.

Wie soll es nun weitergehen?

Franz Steinkühler verwies in seiner Frankfurter Rede vom 19. Mai darauf, daß zum 31. Dezember 1987 die Arbeitszeitbestimmungen für alle Tarifgebiete der Eisen- und Stahlindustrie sowie im gesamten Metallhandwerk kündbar sind. Spätestens nach der Sommerpause müßten hier die konkreten Vorbereitungen beginnen. Schon jetzt dürfe aber auch nicht der 1. April 1990 aus dem Auge verloren werden, denn dann gelte es, „die letzte Hürde auf dem Weg zur 35-Stunden-Woche zu überspringen“.

Der IG-Metall-Vorsitzende erinnerte auch an die tarifpolitischen Regelungsbereiche, die in der Entschließung 12 „Tarifpolitik“ des letzten Gewerkschaftstages enthalten sind. Schwerpunktbereiche, die über Einkommensverbesserungen und Arbeitszeitverkürzungen hinausgingen, seien a) Sicherung und Verbesserung von Eingruppierung und Qualifikationsniveau; b) menschengerechte und zumutbare Gestaltung der Arbeits- und Leistungsbedingungen und Ausbau der Mitbestimmung; c) menschengerechte Gestaltung von Arbeit und Technik.

In vielen Tarifgebieten wird schon über diese Probleme verhandelt, so in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz über Entgelttarifverträge, in Nordwürttemberg/Nordbaden und in Niedersachsen über Eingruppierungs- und Qualifikationsfragen, in Westberlin über Entlohnungsgrundsätze und in Bayern über Erholzeiten.

Aufgabe der Gewerkschaft sei es, so Steinkühler, diese Verhandlungen fortzuführen und „gegebenenfalls auch Druck zu machen“. Aufgabe müsse es aber auch sein, jetzt eine Diskussion über eventuelle Schwerpunkte zu beginnen, auf die sich die Gewerkschaft auf einer Klausurtagung im Herbst verständigen könne.

Schwerpunkte der Tarifpolitik

Steinkühler nannte vier Schwerpunkte: Erstens die Verbesserung der unteren Lohngruppen. Kritikern, die unter Hinweis auf die dreijährige Laufzeit meinten, daß es nun in Sachen Lohn- und Gehaltsgruppen für drei Jahre Stillstand gebe, verwies er auf die Diskussion auf dem Gewerkschaftstag. Die überdurchschnittliche Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen sei nur die zweitbeste Lösung. Wichtiger wären neue Entgeltstrukturen (im Klartext kann dies nur bedeuten, Weg-

3. NACHRICHTEN-Stammtisch

Unsere Leser aus Frankfurt und Umgebung laden wir ein zum

3. NACHRICHTEN-Stammtisch, am Mittwoch, dem 24. Juni 1987, 19 Uhr, Gewerkschaftshaus Frankfurt, Raum 4

Zu den Themen:

Tarifabschluß in der Metall- und Druckindustrie, und wie weiter? Das Wiesbadener Modell der Solidarität

Es sprechen:

Klemens Schütters, 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Wiesbaden

Jörg Jungmann, Bezirkssekretär der IG Druck und Papier in Wiesbaden

Heinz Schäfer, Redakteur der NACHRICHTEN

fall unterer Lohn- und Gehaltsgruppen) und neue Formulierungen der Eingruppierungstexte. Zweitens den tariflichen Anspruch auf Qualifikationszeit. Hier kann auf den Tarifvertrag bei VW „Zur sozialen Sicherung der Arbeitnehmer bei technischen und arbeitsorganisatorischen Änderungen“ verwiesen werden (siehe NACHRICHTEN 4/1987). Drittens die Durchsetzung von Mindesterholzeiten. Bis auf Nordwürttemberg/Nordbaden sind diese nur noch bei VW und in der Feinstblechpackungsindustrie durchgesetzt. Die IG Metall könnte nun, meinte Steinkühler, „einen neuen Anlauf nehmen, um dieses nach wie vor zentrale Ziel humaner Arbeitsbedingungen in allen Tarifgebieten durchzusetzen“. Viertens die Mitbestimmung in Fragen der Arbeitsorganisation.

Jetzt müsse darüber diskutiert werden, „welche dieser Punkte auf breitester Ba-

sis mobilisierungsfähig sind“. Wenn allerdings Forderungen aufgestellt würden, müßten sie auch konfliktfähig sein, denn nicht die Argumentationsfähigkeit, sondern allein die Mobilisierungsfähigkeit sei die Voraussetzung für unternehmerische Kompromißfähigkeit.

Umsetzungsaufgaben

Die zentrale betriebspolitische Aufgabe für den Anfang des nächsten Jahres sieht der Vorstand der IG Metall in der Umsetzung der neuen Arbeitszeitbestimmungen im Betrieb. Diese müsse ähnlich gründlich vorbereitet werden wie vor drei Jahren. Seine noch recht allgemein gehaltene Orientierung faßte er in folgenden Punkten zusammen:

- Die tarifliche wöchentliche Arbeitszeit von 37 Stunden soll auch die individuelle regelmäßige Arbeitszeit jedes Beschäftigten werden, (also weder „Diffi“ noch „Flexi“).

- Möglichst viel Arbeitszeitverkürzung für die Azubis. Es soll angestrebt werden, über die tarifvertragliche Regelung hinaus, die Azubis „in die betriebsübliche Arbeitszeit einzubeziehen“, also ab 1. 4. 1989 nicht 38,5, sondern folglich auch 37 Stunden.

- Bei der Diskussion der Formen der Arbeitszeitverkürzung soll beachtet werden, daß bei den drei Möglichkeiten, täglich, freitags oder freie Tage, durch das nunmehr größere Volumen „praktisch der Wert der täglichen Arbeitszeitverkürzung steigen“ werde. Für den 7-Stunden-Tag könnten jetzt gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Argumente verstärkt vorgebracht werden.

- Für den gesamten Betrieb sollten einheitliche Arbeitszeitregelungen angestrebt werden.

- Der Kampf gegen Mehrarbeit dürfe keine Eintagsfliege bleiben, sondern müsse zum Dauerzustand werden.

Die Unternehmer wollen, wie Gesamtmetallpräsident Dr. Werner Stumpfe am 12. Mai erklärte, die tariflichen Möglichkeiten für eine moderne Arbeitszeitgestaltung nutzen. Den Betrieben bleibe „genügend Zeit zum Auf- und Ausbau eines modernen Arbeitszeitmanagements“. Dies sei notwendig, „um die Betriebsnutzungszeiten zu optimieren und die negativen Auswirkungen einer kürzeren Arbeitszeit zu vermindern“. Hier können gar keine Illusionen aufkommen. Die unternehmerischen Ziele bleiben unverändert.

Die Orientierung der IG Metall liegt nunmehr vor. Sie umzusetzen, dazu wird es vieler Anstrengungen bedürfen. Die bevorstehende Vertrauensleutekonferenz vom 5. bis 7. November 1987 kann sicherlich schon die ersten Erfahrungen auswerten und neue Impulse geben.

Heinz Schäfer

Streiks in Kapital-Schaltzentralen verhinderten Banken-Tarifdiktat

Nach harten Auseinandersetzungen, befristeten Arbeitsniederlegungen, Warnstreiks, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und ersten Urabstimmungen ist die diesjährige Tarifrunde für die rund 380 000 Bank- und Bausparkassenangestellten seit dem 18. bzw. 20. Mai mit der Zustimmung der Tarifkommissionen der Gewerkschaft HBV und DAG beendet. Was zurückbleibt, ist ein gewachsenes Selbstbewußtsein der Bankangestellten, das auch im nächsten Jahr bei den Auseinandersetzungen um die Wochenarbeitszeitverkürzung in die Waagschale geworfen werden kann. Auch das Ergebnis ist im Volumen mit das beste, das in diesem Jahr erreicht wurde.

Der neue Tarifvertrag, der bei einem Spitzengespräch am 16. Mai in Kassel, um das die Bankunternehmer gebeten hatten, ausgehandelt wurde, sieht rückwirkend ab 1. März Gehaltserhöhungen von 3,6 Prozent und ab 1. Juni um weitere 0,2 Prozent vor. Darüber hinaus erhalten alle Bankan-

gestellten eine einmalige Zahlung von 75 DM. Um 30 DM einheitlich werden die Ausbildungsvergütungen monatlich aufgestockt. Der neue Gehaltstarifvertrag hat eine Laufzeit von zwölf Monaten und endet am 28. Februar nächsten Jahres.



gestellten eine einmalige Zahlung von 75 DM. Um 30 DM einheitlich werden die Ausbildungsvergütungen monatlich aufgestockt. Der neue Gehaltstarifvertrag hat eine Laufzeit von zwölf Monaten und endet am 28. Februar nächsten Jahres.

Außerdem wurde der Vorruhestandstarifvertrag um ein Jahr verlängert. Für die über Fünfzigjährigen, die nach mindestens zehn Jahren Wechselschicht keinen Schichtdienst mehr leisten, ist eine Besitzstandswahrung ihrer bisherigen Schichtzulagen vereinbart. Insgesamt beziffert die Gewerkschaft HBV das Volumen mit knapp vier Prozent. Das bisher beste Ergebnis dieses Jahres veranlaßte das Unternehmersprachrohr „FAZ“, sorgenvoll zu fragen, „ob und wie sie (die Banken) diese Kostenerhöhung verkraften können“.

Die Bankunternehmer waren wie „mittelalterliche Feudalfürsten“ – so HBV-Vorsitzender Volkmar – mit der festen Absicht in die Tarifrunde gegangen, mehr Spätöffnungszeiten, zusätzliche lange Tage, Samstagsarbeit sowie schwankende Arbeitszeiten durchzusetzen. Gegen diese Flexibilisierungspläne gab es zahlreiche

Warnstreiks unter den Losungen „Samstagsarbeit – nein danke“ und „Hände weg vom Feierabend“. Mehrmals wurden Schaltzentralen des großen Geldes lahmgelegt, so u. a. die Frankfurter Börsendatenzentrale für 20 Stunden.

Am 4. Mai gab der Hauptvorstand grünes Licht für Streikurabstimmungen. Zunächst sollten diese in der Zeit vom 14. bis 19. Mai in 28 Betrieben und Betriebsteilen durchgeführt werden, mit Ausnahme einiger Schwerpunktbereiche, wo ein früherer Termin festgelegt wurde. Inzwischen kamen die Bankunternehmer mit dem Vorschlag eines Spitzengesprächs. Während die DAG daraufhin ihre Kampfmaßnahmen aussetzte, rief die Gewerkschaft HBV zu weiteren Streiks auf. Auch die ersten Urabstimmungsergebnisse signalisierten eindeutige Kampfbereitschaft: Beispielsweise sprachen sich bei der Dresdner Bank in München 89,3 Prozent und bei der Börsendatenzentrale in Frankfurt 87,5 Prozent der abstimmungsberechtigten HBV-Mitglieder für Arbeitskampfmaßnahmen aus.

Diese Kampfbereitschaft veranlaßte die

Bau darf nicht ganz hinten bleiben

Im „Grundstein“ 5/87 schreibt das Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes der IG BSE, Jürgen Jöns: „Trotz aller Besonderheiten der Bauarbeit kann man die Arbeitnehmer dieses Wirtschaftszweiges von Arbeitszeitverkürzungen nicht ausschließen. Das Argument, das Wetter, insbesondere im Winter, erzwingt ohnehin kürzere Arbeitszeiten, kann man nicht gelten lassen. Das läuft auf eine Arbeitszeitregelung von 50 bis 60 Stunden im Sommer und null Stunden im Winter hinaus. Das Baugewerbe und die Zulieferindustrie kehrten zum Saisongewerbe zurück. Diesbezügliche Gefahren zeichnen sich heute schon ab.“

Der Arbeitsmarkt des Baugewerbes ist durch die Vorruhestandsregelung entlastet worden. Rund 43 000 Arbeitnehmer sind in den Vorruhestand gegangen. Selbst wenn deren Arbeitsplätze nicht

Bankunternehmer, von der geplanten Samstagsarbeit vorerst abzusehen und einen neuen Tarifvertrag abzuschließen. Lorenz Schwegler, das für den Bankenbereich zuständige geschäftsführende HBV-Vorstandsmitglied, bezeichnete die diesjährige Tarifrunde als „neues Kapitel in der Geschichte der Bankentarifbewegung“. Die über den eigentlichen Abschluß hinausreichenden Ergebnisse der diesjährigen Tarifaueinandersetzungen sind das neue Selbstbewußtsein sowie die unübersehbar gewachsene Kraft der Bankangestellten und der Gewerkschaft HBV“, erklärte er. Es sei eine Streikbereitschaft und Streikfähigkeit entwickelt worden, „mit der noch vor wenigen Wochen wohl kaum jemand in diesem Umfang gerechnet hat“.

Dennoch gibt es einige Wermutstropfen: Auf das nächste Jahr vertagt wurde die Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Bedenklich ist auch, daß während einer Testphase von zwölf Monaten für Bankangestellte mit Beratungs- und Akquisitionsaufgaben die Möglichkeit eröffnet wurde, abweichende individuelle Arbeitszeiten an einzelnen Tagen zu vereinbaren. Bedingung ist allerdings, daß das Ende der Arbeitszeit nicht nach 19 Uhr liegen darf, ein Ausgleich innerhalb von sechs Wochen erfolgt und die Zustimmung der betroffenen Beschäftigten und des Betriebsrats vorliegt.

Auch 1988 wird das Engagement der Bankangestellten gefragt sein, wenn es einerseits um die Wochenarbeitszeitverkürzung geht und andererseits um die Abwehr der Flexibilisierungsvorstellungen der Bankunternehmer. Dazu erklärte Lorenz Schwegler u. a.: „Für diese Auseinandersetzungen werden wir erneut alle Kräfte mobilisieren müssen“, aber das, „was HBV und die Bankangestellten in diesem Jahr gemeinsam auf die Beine gestellt haben, wird keine einmalige Aktion bleiben, sondern dauerhaft wirken“.

G. M.

wieder besetzt wurden, sind dadurch andere sicherer geworden. Es ist fraglich, ob das Vorruhestandsgesetz über das Jahr 1988 hinaus verlängert wird. Die neugewählte Bundesregierung hat sich diesbezüglich nicht geäußert. Aber auch wenn die gesetzlichen Voraussetzungen bleiben, müssen die Tarifvertragsparteien überlegen, ob die Vorruhestandsverträge verlängert werden. Zwar würden sich Vorruhestand und Wochenarbeitszeitverkürzung nicht im Wege stehen, sich eher gegenseitig ergänzen, aber der Kosten wegen haben wir uns zu gegebener Zeit für eine der beiden Möglichkeiten zu entscheiden.

Ich gehe davon aus, die Entscheidung fällt für die Arbeitszeitverkürzung. Niemand könnte es verstehen, wenn die Bauwirtschaft auf dem Weg zur 35-Stunden-Woche ganz hinten bleibt.“

Auch IG Druck und Papier zahlte „schmerzlichen Preis“

Nach dreitägigen Schlichtungsverhandlungen in München, die buchstäblich auf des Messers Schneide standen, gelang es der IG Druck und Papier, am Morgen des 6. Mai einen neuen Tarifvertrag abzuschließen, der von der Großen Tarifkommission einstimmig gebilligt wurde. Die Absicht des Bundesverbandes Druck, noch unter dem Metallkompromiß zu bleiben, die Dreischichtarbeiter leer ausgehen zu lassen und Rache für die Niederlage von 1984 zu nehmen, mißlang. Zweifellos ist das Ergebnis ein Verdienst der Kampfbereitschaft der Mitgliedschaft und der 10 000 Kolleginnen und Kollegen, die noch am 4. und 5. Mai mit spontanen Warnstreiks in 125 Betrieben der Verhandlungskommission den Rücken stärkten.

Trotzdem mußte die IG Druck und Papier, wie schon zuvor die IG Metall, einen „schmerzlichen Preis“ zahlen, „in Gestalt eines Lohnarbeitsvertrages von dreijähriger Laufzeit“, so der stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende Detlef Hensche im Zentralorgan seiner Organisation. Und Vorsitzender Erwin Ferlemann sprach noch am Verhandlungsort von „einem Wechsel auf die Zukunft“ und vom „größten Opfer“ der IG Druck und Papier. Bei Abwägung des „tarifpolitischen Umfeldes“ jedoch und des „sehr harten Widerstandes des Unternehmersverbandes“ bezeichnet die Gewerkschaft den Abschluß insgesamt als „tragbaren Kompromiß“ (druck und papier, Nr. 10/87).

Der Abschluß entspricht weitgehend dem in der Metallindustrie. Er sieht für die rund 160 000 Beschäftigten der Druckindustrie ab 1. April 1989 die Einführung der 37-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in zwei Stufen vor (ab 1. April des nächsten Jahres auf 37,5 und ein Jahr später auf 37 Stunden). Für das laufende Jahr wurden rückwirkend zum 1. April Lohnerhöhungen von 3,7 Prozent und für die Jahre 1988 und 1989 von 2 bzw. 2,5 Prozent vereinbart. Empfohlen wurde, diese Ergebnisse auf die regionalen Angestelltentarifverträge zu übertragen.

Streitpunkt der Marathonschlichtung unter Vorsitz des Präsidenten des Bundessozialgerichts Dr. Reiter waren die 22 000 Beschäftigten in Dreischichtbetrieben. Noch bis zur letzten Stunde pokerten die Vertreter des Bundesverbandes Druck dermaßen hoch, daß ein Scheitern nahelag. So kamen sie mit dem für die Gewerkschaft unakzeptablen „Angebot“ von einer 12minütigen bezahlten Pause, die statt einer Arbeitszeitverkürzung einen Stundenlohn pro Woche mehr gebracht hätte.

Erst die Warnstreiks in den Betrieben und die Erinnerung an 1984 im Hinterkopf ließen die Unternehmer nachgeben. Durchgesetzt wurde, daß es für alle Dreischichtarbeiter keine Verrechnung mehr mit den Pausen geben darf. Das bedeutet, daß dieser Beschäftigtenkreis ab 1. April nächsten Jahres sechs freie Tage bekommt.

Für diejenigen, die „aufgrund von Betriebsvereinbarungen, Entscheidungen von Einigungsstellen“ bisher bezahlte Pausen hatten, wurde eine Besitzstandsgarantie erreicht, so daß auch die Dreischichtarbeiter voll in die Arbeitszeitverkürzung einbezogen sind.

Abgewehrt werden konnten auch die weitgehenden Flexibilisierungsvorstellungen der Unternehmer. Darüber hinaus wurde ein Maßregelungsverbot vereinbart, über das ebenfalls hart verhandelt werden mußte und ohne das es wahrscheinlich keinen Abschluß gegeben hätte. Nach dem Motto, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, kam die Unternehmenseite mit dem absurden Argument, da ja Friedenspflicht bestanden habe, hätte es auch keine Warnstreiks gegeben. Tatsächlich aber wurde in der zurückliegenden Tarifrunde in zahlreichen Betrieben die Arbeit niedergelegt. Und Rache gegen angebliche Rädelsführer gehört wie eh und je zum Disziplinierungsinstrument der Unternehmer. Um Disziplinierungen von an Warnstreiks Beteiligten zu verhindern, wurde festgelegt: „Auf arbeits- und zivilrechtliche Maßregelung von Beschäftigten wegen Teilnahme an der Tarifbewegung in der Druckindustrie wird verzichtet. Schadensersatzansprüche wegen der Tarifbewegung werden nicht geltend gemacht“ (druck und papier, Nr. 10/87). Außerdem wurde vereinbart, „daß beide Tarifvertragsparteien unter dem Vorsitz des Unparteiischen über ein generelles Maßregelungsverbot verhandeln und im Laufe dieses Jahres vereinbaren“.

Entgegen dem von den Massenmedien kolportierten „neuen Stil der Tarifpolitik“, ausgehend von dem Bad Homburger Spitzengespräch zwischen IG Metall und Gesamtmetall, ist der Abschluß der IG Druck und Papier ein Ergebnis der Kampfbereitschaft, der spontanen Warnstreiks, anderer Aktivitäten, der Solidarität der DGB-Gewerkschaften und der 35-Stunden-Woche-Komitees, die sich an zahlreichen Orten gebildet haben. Mit zur Sensibilisierung für die Arbeitszeitverkürzung hat sicherlich auch die Unterschriftensammlung der DruPa-Frauen über den Bereich der

eigenen Gewerkschaft hinaus beigetragen. Bis Anfang Mai waren übrigens 35 000 Unterschriften eingegangen.

Wenn es auch Unzufriedenheit über die lange Laufzeit gibt, so ist doch sicher, daß Friedhofsruhe im Bereich der IG Druck und Papier nicht eintreten wird. Neue Auseinandersetzungen sind bereits vorprogrammiert: So ist es beschlossene Sache, das Schieds- und Schlichtungsabkommen bereits Ende Juni zum Ende des Jahres zu kündigen. Doch von weitaus größerer Brisanz ist die bereits beschlossene Kündigung des Manteltarifvertrages – mit Ausnahme der Arbeitszeitbestimmungen – zum 31. Dezember 1988 und der vom letzten Gewerkschaftstag geforderte Technologietarifvertrag. Dafür müssen auch andere Gewerkschaften, insbesondere die IG Metall, gewonnen werden, um – wie es in dem entsprechenden Beschluß A 81 heißt – „ein koordiniertes Vorgehen im Rahmen des DGB... sicherzustellen“.

Gisela Mayer

38,5-Stunden-Woche und höhere Gehälter

In dritter Verhandlungsrunde einigte sich am 12. Mai in München die zur IG Druck und Papier gehörende Deutsche Journalisten-Union (dju) mit dem Verband der Zeitschriftenverleger auf neue Mantel- und Gehaltstarifverträge für die rund 5000 Redakteure und Volontäre an Zeitschriften. Die wichtigsten Verbesserungen sind: Ab 1. Januar 1988 beträgt die Regelarbeitszeit 38,5 Stunden an fünf Tagen in der Woche. Das Urlaubsgeld wird bereits in diesem Jahr von 65 auf 70 Prozent eines Monatsgehaltes bei gleichzeitiger Anhebung der Bemessungsgrenze von 5200 auf 5500 DM erhöht. Sie wird im nächsten Jahr auf 5750 und 1989 auf 6000 DM angehoben. Erhöht wurden auch die Sonn- und Feiertagszuschläge, und zwar für Redakteure bis zu vierstündiger Arbeit auf 75 DM (bisher 65 DM) und bei über vierstündiger Arbeit auf 150 DM (bisher 130 DM). Volontäre erhalten 65 bzw. 130 DM. Die Gehälter der Redakteure und Volontäre werden rückwirkend ab 1. Mai mit einer Laufzeit von zwölf Monaten um 3,7 Prozent erhöht. Danach steigen sie um 3,5 Prozent.

HBV gab grünes Licht für Arbeitskampf

Am 17. Mai hat der Hauptvorstand der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) den Streikvertrag gebilligt und grünes Licht für Arbeitskampfmaßnahmen beim Bayerischen Rundfunk gegeben. Der Tarifkonflikt hatte sich an der Weigerung der Geschäftsleitung entzündet, mit der Gewerkschaft überhaupt über einen Tarifvertrag zu verhandeln.

Erste Abschlüsse im Einzelhandel

Die Löhne und Gehälter der rund 150 000 Beschäftigten im hessischen Einzelhandel wurden rückwirkend ab 1. März um durchschnittlich 3,8 Prozent erhöht. Darüber hinaus wurden Strukturverbesserungen vereinbart, die dazu führen, daß einzelne Beschäftigtengruppen bis zu 4,3 Prozent Erhöhungen bekommen. Darauf einigten sich in der Nacht zum 22. Mai der Landesverband des Einzelhandels und die Gewerkschaft HBV. Der neue Tarifvertrag hat eine Laufzeit von zwölf Monaten. Wenige Tage zuvor war für die 180 000 Beschäftigten im baden-württembergischen Einzelhandel ebenfalls ein Tarifabschluß erfolgt. Rückwirkend zum 1. April wurden Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 3,7 Prozent angehoben. Zusätzliche Erhöhungen konnten für Lager- und Versandkräfte, Lebensmittelfilialeiter und für das Verkaufspersonal der untersten Gehaltsgruppen durchgesetzt werden. Wie in Hessen so gilt auch hier der neue Tarifvertrag für ein Jahr.

IG Chemie beschloß 6-Prozent-Forderung

Am 19. Mai haben die zentrale Verhandlungskommission und Entgeltkommission der IG Chemie in Frankfurt die Forderungen für die anstehende Tarifrunde beschlossen. Für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende sollen die Einkommen um sechs Prozent erhöht werden. In der bevorstehenden Tarifrunde soll auch der endgültige Abschluß eines Entgelttarifvertrages für Arbeiter und Angestellte erfolgen.

Am 26. Mai fand inzwischen in Bad Homburg die erste Verhandlungsrunde statt. Sie brachte erwartungsgemäß kein Ergebnis. Die nächste Verhandlung ist bereits für den 25./26. Juni in Frankfurt terminiert.

GdED gegen „Diebstahl an Freizeit“

„Umgehende Neueinstellungen bei der Bahn zur weiteren Aufrechterhaltung des Schienenverkehrs“ hat der Vorsitzende der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED), Ernst Haar, lt. „Deutschem Eisenbahner“ Nr. 5/87 gefordert. In vielen Dienststellen und Dienstzweigen der Bundesbahn seien die Personalengpässe so gravierend, daß reibungslose Betriebsabläufe nicht mehr gesichert seien. Haar kritisierte die Absicht des Bahnmanagements, mit einer neuen Pausenregelung den Eisenbahnern ihre Freizeit zu stehlen. Wenn arbeitsmangelbedingte Unterbrechungen nicht mehr auf die Arbeitszeit angerechnet würden, bedeute dies für jeden Eisenbahner im

Wechseldienst eine Schichtverlängerung von wöchentlich mindestens 2½ Stunden. Das aber sei nichts anderes als „Diebstahl an Freizeit und Gesundheit“.

Erster Abschluß im Textilbereich

Für die rund 30 000 Beschäftigten der nordrheinischen Textilindustrie ist die diesjährige Lohn- und Gehaltstarifrunde gelaufen. In der Nacht zum 21. Mai einigten sich in Krefeld die Gewerkschaft Textil – Bekleidung und Textil-Unternehmerverband, rückwirkend ab 1. Mai die Löhne und Gehälter um 3,7 Prozent zu erhöhen. Über einen Rationalisierungsschutzvertrag soll im Juli verhandelt werden. Für letzteren hatte es Warnstreiks und Protestdemonstrationen gegeben.

Vermittlungsvorschlag für Landschaftsgärtner

Nach mehrstündigen Verhandlungen am 28. Mai, die von internen Beratungen unterbrochen wurden, hat der als Schlichter berufene ehemalige Bundesinnenminister Hermann Höcherl (CSU) im Tarifstreit zwischen der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) und dem Bundesverband des Garten-, Landschafts- und Sportplatzbaus für die rund 35 000 Beschäftigten einen Vermittlungsvorschlag vorgelegt. Danach soll der tarifliche Ecklohn ab 1. Juni 1988 um 50 Pfennig (Eckgehalt um 3,61 Prozent) erhöht werden. Für die Monate April und Mai ist eine Pauschale von 130 DM vorgesehen. Am 1. April 1988 soll der Ecklohn um weitere 48 Pfennig (Eckgehalt um 3,47 Prozent) angehoben werden. Die Lohn- und Gehaltstarifverträge sind zum 31. März 1989 kündbar. Ab 1. Januar 1988 wird der Grundurlaub um einen Tag verlängert. Die Erklärungsfrist läuft am 10. Juni, 24.00 Uhr, aus.

Einigung nach Streikvorbereitung

Aufgrund von Arbeitskampfvorbereitungen wie Warnstreiks, Urabstimmungen und Verweigerung von Überstunden legten die Molkerei- und Käsereiunternehmer Nordrhein-Westfalens Mitte Mai ein neues Angebot vor, dem die Tarifkommission der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten (NGG) auch zustimmte. Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen erhöhen sich um 3,7 Prozent. Ab 1. Januar des nächsten Jahres steigen die sogenannten vermögenswirksamen Leistungen um 6,50 DM auf 58,50 DM; Auszubildende erhalten die Hälfte.

M. T.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarifverträge für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Bereichen.

30. Juni – 0,9 Mio.

Chemische Industrie Nordrhein, Hessen, Rheinland-Pfalz (389 600); Steinkohlebergbau Ibbenbüren, Ruhr, Aachen, Saar (167 400); Einzelhandel, Buchhandel, coop-Unternehmen Westberlin (66 900); Kautschukindustrie Hamburg, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz/Saarland (53 000); Energieversorgung Elektromark Hagen, GWE-Bereich (41 400); Ersatzkassen – ohne Techniker-Krankenkasse – Bundesgebiet (30 800); Kfz-Gewerbe Bremerhaven, Hessen, Westberlin (28 000); Filmtheater Bundesgebiet (15 200); Privathaushalte Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen (14 600); Molkereien Hessen, Bayern – ohne Allgäu – (13 200); Bekleidungsindustrie – Heimarbeiter – Bundesgebiet und Westberlin (12 300); Fleischwarenindustrie Hamburg, Hessen, Saarland, Westberlin (9 100); Metallhandwerk – ohne Elektro, Klempner, Kfz – Hamburg (9800).

31. Juli – 0,4 Mio.

Chemische Industrie einschl. z.T. Kautschuk-/Kunststoffverarbeitung Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Westfalen, Baden-Württemberg, Westberlin (215 700); Einzelhandel Schleswig-Holstein (64 600); Friseurhandwerk Bremen, Nordrhein-Westfalen (46 700); Hohlglas- und Kristallerzeugung einschl. Hüttenveredlung und -verarbeitung (Gesamtvereinigung) Niedersachsen, Bremen – ohne Regierungsbezirk Osnabrück – (15 900); Bäckerhandwerk Hessen (14 600); Bekleidungsindustrie – Gesamtvereinigung Niedersachsen, Bremen – ohne Regierungsbezirk Osnabrück – (13 200); Milchindustrie Bayern (6 500).

31. August – 0,11 Mio.

Chemische Industrie einschl. z.T. Kautschuk-/Kunststoffverarbeitung Bayern, Saarland (78 100); Hotel- und Gaststättengewerbe Rheinland-Pfalz (21 600); Kürschnerhandwerk Bundesgebiet (7 100); Bäcker- und Konditorenhandwerk Westberlin (6 400).

30. September/31. Oktober – 0,23 Mio.

Gebäudereinigerhandwerk Nordrhein-Westfalen (24 600); Deutsche Seeschiffahrt (22 400); Kali- und Steinsalzbergbau Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Südbaden (12 000); Tischlerhandwerk Schleswig-Holstein, Hamburg (6 200); 31. Oktober: Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalen, Bremen (155 200); Heizungsindustrie Hessen, Rheinland-Pfalz (9 000); Tabakindustrie – Firma Brinkmann – Bremen (2 100).

Die Großbanken schwimmen in Geld Rekord für das vergangene Jahr

„Deutsche Bank: Ein einmalig glänzendes Ergebnis“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“), „Dresdner Bank erreicht neues Terrain und setzt Meilensteine“ („Frankfurter Rundschau“) und „Commerzbank: Neuer Ergebnisrekord“ („Handelsblatt“), so betitelte die Presse die wirtschaftlichen Ergebnisse der drei Großbanken für das vergangene Jahr. Und tatsächlich, die Großbanken schwimmen in Geld.

Die „Gewinne“ der Großbanken sind 1986 nochmals gegenüber den bereits im Vorjahr erreichten Rekordmarken deutlich gestiegen. Der Deutsche-Bank-Konzern schloß das Jahr 1986 mit einem Betriebsergebnis von über fünf Milliarden Mark ab, die Dresdner Bank mit annähernd drei Milliarden, und der „Gesamtgewinn“ der Commerzbank belief sich auf knapp zwei Milliarden DM (zu den wichtigsten Bilanzpositionen vergleiche die Tabelle).

Das Betriebsergebnis spiegelt – wengleich die Banken hierzu nur unexakte Zahlen bekanntgeben – noch am ehesten die tatsächliche Gewinnentwicklung wider. Es setzt sich zusammen aus dem sogenannten Teilbetriebsergebnis – das sind die Zins- und Provisionsüberschüsse abzüglich Personal- und Sachaufwendungen – und den Gewinnen aus dem Handel auf eigene Rechnung, etwa mit Wertpapieren und Devisen.

Das Schweigen der Bankvorstände zum Betriebsergebnis wird durchaus gesetzlich legitimiert. Ohnehin stammen wesentliche Teile der eingehenden Erträge aus nicht bilanzwirksamen Geschäften. Die realisierten Profite verschwinden in der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung. Vor allem dürfen die Kreditinstitute ihre Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen oder Wertpapiere mit Gewinnen aufrechnen, entscheiden also faktisch selber, was offiziell unter dem Strich (und damit zu versteuern) stehen soll.

Von dieser Möglichkeit, sagt Deutsche-Bank-Sprecher Christians, habe die Bank „voll Gebrauch gemacht“. So hat die größte bundesdeutsche Bank mittlerweile – laut „SPIEGEL“ – die kaum vorstellbare Summe von 11,9 Milliarden Mark für die Risikovorsorge beiseite gelegt. Das ist mehr, als die offiziell verkündeten „haftenden Mittel“ der Deutschen Bank ausmachen (zehn Milliarden). Auch dies dürfte nicht die ganze Wahrheit sein. So gibt die Bank ihre Beteiligungen im Nichtbankbereich mit 2,7 Mrd. DM an. Aber allein das Paket von 28,5 Prozent an Daimler-Benz wird gegenwärtig an der Börse mit mehr als elf Milliarden Mark bewertet.

Mit der glänzenden Geschäftsentwicklung des vergangenen Jahres konnten die Großbanken ihren Marktanteil im Kreditgewerbe weiter ausbauen, wie selbst die

Bundesbank in ihrem Jahresbericht vermeldete. Trotzdem gilt ihr zu Recht die Ertragslage des gesamten Kreditgewerbes als unverändert günstig. Die Jahresabschlüsse des Jahres 1986 bewerten die Notenbank als durchweg (!) befriedigend.

Hervorragend haben insbesondere solche Institute und Bankengruppen abgeschnitten, bei denen das Konsortialgeschäft (Großkredite, -anleihen), der Handel in Wertpapieren und das Devisengeschäft einen wichtigen Zweig der Geschäftstätigkeit darstellen. Diese Bereiche sind insbesondere Domänen der Großbanken, allen voran der Deutschen Bank. Mit ihrem (offiziellen) '86er Ergebnis konnte das führende westdeutsche Geldhaus zum zehnten Mal hintereinander seinen „Gewinn“ gegenüber dem Vorjahr steigern.

Dies verweist uns auf ein erstaunliches Phänomen: Insbesondere den Großbanken gelang es, seit Ende der siebziger bzw. Anfang der achtziger Jahre über alle Krisenzyklen hinweg zu expandieren, ihre Geschäftsvolumina zu vergrößern und ihre Profite zu steigern. Dieses Phänomen muß als Ausdruck der Macht der Groß-

banken verstanden werden und basiert vornehmlich auf der Universalität ihrer Tätigkeit, dem hohen Grad der Verflechtung mit Nichtbankunternehmen (über Geschäftsbeziehungen, Aktien, Stimmrechte und personale Beziehungen) und basiert auch auf der zwar durchdachten, nichtsdestotrotz aber aggressiven internationalen Ausdehnung, beginnend Mitte der siebziger Jahre.

Im Ergebnis läßt sich ein relativer Bedeutungszuwachs der Banken, insbesondere der Großbanken, gegenüber anderen Bereichen feststellen. Am Beispiel der Deutschen Bank will ich dieses illustrieren. Im Zeitraum von 1970 bis 1975 hat sich das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik verdreifacht, der Umsatz des warenproduzierenden Gewerbes immerhin noch gut verdoppelt. Demgegenüber wuchs die Bilanzsumme der Deutschen Bank in diesen Jahren um mehr als das Sechsfache. Der gewaltigen Expansion der Bank stand andererseits aber nur eine geringfügige Zunahme der Beschäftigten gegenüber: 1970 erwirtschafteten 37 000 „liebe Mitarbeiter“ eine Bilanzsumme von gut 38 Milliarden Mark, 1985 betrug die Bilanzsumme der Bank 237 Milliarden Mark, bei nur wenig mehr Beschäftigten, nämlich 49 000.

Wenn heute die Beschäftigten im Bankgewerbe bei gleicher Qualifikation im Durchschnitt weniger Einkommen haben als ihre Kollegen in der Industrie und zudem noch immer die 40-Stunden-Woche, ist dies also nicht mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Banken zu begründen. Mit rund 25 Prozent Gewerkschaftsmitgliedern (HBV und DAG) sind die Bankbeschäftigten nur schwach organisiert. Was trotzdem möglich ist, deutete die vergangene Tarifaufeinandersetzung an. Was mit mehr Gewerkschaftern künftig möglich sein wird, muß die Zukunft zeigen.

Hermannus Pfeiffer

GROSSBANKEN IM VERGLEICH

– Ausgewählte Daten aus den Bilanzen 1986 –

Konzern:	Deutsche Bank		Dresdner Bank*		Commerzbank	
	Mrd. DM	Ver-ändg. %	Mrd. DM	Ver-ändg. %	Mrd. DM	Ver-ändg. %
Geschäftsvolumen	261,9	+7,9	200,5	+ 4,1	150,7	+ 8,0
Bilanzsumme	257,2	+8,4	196,8	+ 4,3	148,2	+ 8,0
Kreditvolumen	179,8	+3,0	134,2	+ 3,9	102,7	+ 8,2
Fremde Gelder	236,6	+8,6	185,9	+ 3,9	140,3	+ 7,3
Haftende Mittel	10,0	+6,9	6,7	+20,7	4,9	+27,9
Geschäftsstellen	1410	±0	1425	+20,7	881	– 0,1
Beschäftigte	50 590	+3,5	36 769	+11,1	25 635	+ 6,2
Kunden (in Tsd.)	6 570	+1,1	4 512	+17,3	2 762	+ 3,7
„Gewinn“ (Betriebsergebnisse, geschätzt)	über 5 Mrd. DM		knapp 3 Mrd. DM		knapp 2 Mrd. DM	
			*Die teilweise fulminanten Anstiege gehen auf die Einbeziehung der Oldenburgischen Landesbank in den Konzern zurück.			

Quelle: Geschäftsberichte 1986, „Handelsblatt“ vom 15. 4. 1987, Eigenberechnungen

BDA will Selbstbeteiligung – im Krankheitsfalle weniger Geld

Zum 35. Mal hatte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) zu ihrer jährlichen Geschäftsführerkonferenz eingeladen. Die selbstbewußten Herren im Nadelstreifen – und auch einige wenige Damen – trafen sich diesmal vom 14. bis 16. Mai in der Kurstadt Baden-Baden. Zusammenkünfte dieser Art haben eine mehrfache Aufgabe: Einmal soll im Kapitalinteresse für die Regierung die Sozial- und Gesellschaftspolitik vorformuliert werden, zum anderen sollen die Manager der Verbände vom BDA-Präsidenten und Hauptgeschäftsführer die Marschroute entgegennehmen, und es wird elitäre Konversation unter seinesgleichen in festlicher Form (Smoking oder dunkler Anzug) gepflegt.

Allein schon das Äußere an verstaubtem Konservatismus ist nicht mehr zu überbieten. Für die „begleitenden Damen“ wird ein separates Programm organisiert, und die „hochverehrten Gemahlinnen“ der Spitzen von BDA, so die Gemahlin des Ehrenpräsidenten Otto Esser, werden besonders gehuldigt. Wie das Äußere konservativ, so ist auch der Inhalt reaktionär.

Dankbar zeigte sich BDA-Hauptgeschäftsführer Dr. Ernst-Gerhard Erdmann, daß Bonn den Paragraphen 116 AFG novelliert habe. Wie zum Hohn fügte er hinzu: „Insgesamt hat die klarstellende Neufassung des Paragraphen 116 aber doch zur Milderung eines eklatanten Ungleichgewichtes in der Tarifpolitik beigetragen.“ Wenn dann Erdmann die Floskel hinzufügt, diese „Regierung sei gewiß keine Unternehmerregierung“, so ist das ebenso, als wenn jemand behaupten würde, der Satan habe gewiß mit der Hölle nichts zu tun.

Allerdings drängte der neue BDA-Präsident Dr. Klaus Murmann die Unternehmer und die Herren Geschäftsführer, sich künftig noch mehr direkt ums Regieren zu kümmern. Immerhin konnte er schon verkünden, daß ein Geschäftsführer der Unternehmerverbände heute Finanzminister in einem Bundesland sei und ein anderer die Funktion des Fraktionsvorsitzenden der CDU ausübe. Im übrigen sprach der Präsident eher im Stile einer Büttenrede. Stichworte waren u. a. Teilzeitarbeit insbesondere für Frauen, Flexibilisierung und Selbstbeteiligung bei der Krankenversicherung. Als angeblichen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit sollen die Unternehmer Vollzeitbeitsplätze in Teilzeitarbeit umwandeln und auf diesen vorwiegend Frauen beschäftigen. Das wäre nach Murmann auch profitabler, weil bei geringerem Lohn in vier oder sechs Stunden fast ebensoviel geleistet würde wie in acht Stunden.

Was die Förderung der Frauen für Familie und Beruf betrifft, so wirkte in diesem Kreis der Herren Geschäftsführer die Rede der Ministerin Rita Süßmuth geradezu revolutionär. Sie diene jedoch den Unternehmern mehr als Verzierung, um die re-

aktionäre Grundhaltung nicht so brutal zu offenbaren.

Wohin die Unternehmer wollen, haben Murmann und Erdmann mehr oder weniger unverblümt dargelegt. Letzterer begrüßte z. B. das bis 1989 befristete Beschäftigungsförderungsgesetz und verlangte: „Unser Ziel muß es sein, diese Befristung (des Beschäftigungsförderungsgesetzes, W.P.) aufzuheben und die begonnene Flexibilisierung des Arbeitsrechtes weiter zu fördern.“

Gegner studieren

Als direkter Gegner der Gewerkschaften ist die BDA die Klassenkampforaganisation des Kapitals. Nahezu 90 Prozent der Unternehmer sind in den jeweiligen Verbänden mehr oder weniger straff organisiert. Für die Gewerkschaften dürften Kenntnisse über Strukturen und Formen der Machtausübung und über die Gliederung der Unternehmerverbände nicht uninteressant sein. Vieles kann bei Geschäftsführertagungen und anderen Unternehmerzusammenkünften wahrgenommen werden. Darum fragen politische Beobachter, warum auf der Pressebank bei Veranstaltungen wie der in Baden-Baden kein Journalist von Gewerkschaftsorganen bzw. DGB-Präsidenten vertreten ist.

Ganz anders beobachtet BDA die Gewerkschaften. Das von ihr mitfinanzierte Institut der Deutschen Wirtschaft gibt zur Information und Ausrichtung der Unternehmer eine spezielle Zeitschrift „Gewerkschaftsreport“ heraus, und ganze Stabsabteilungen beschäftigen sich mit der Politik des DGB und seiner Gewerkschaften. Wenn auch die Gewerkschaften nicht über die Mittel wie die Unternehmerverbände verfügen, wäre es nur zu wünschen, daß der DGB sich stärker mit der Politik seines unmittelbaren Gegners beschäftigt, auch um Anschläge, wie beispielsweise die auf die soziale Krankenkasse, besser abzuwehren und gegebenenfalls auch rechtzeitig angreifen zu können. P.

gesetzes, W.P.) aufzuheben und die begonnene Flexibilisierung des Arbeitsrechtes weiter zu fördern.“

Ebenso sprach sich Erdmann dafür aus, die Möglichkeiten für flexibilisierte Teilzeitarbeitsplätze zu verbessern und die Arbeitsbedingungen zu flexibilisieren. Er machte deutlich, wohin die Unternehmer in der Gestaltung der Tariflöhne und -gehälter wollen: Durch ein „Auseinanderziehen der Tariflohngruppen“ will das Kapital ein „breites Eingruppierungsgitter“ erreichen. „Dann könnten auch Gruppen mit Übergangstarifen während der Einarbeitungszeiten vereinbart werden. Vor allem muß wieder darauf hingewirkt werden, Tariflohnbestimmungen ihrem Wesen gemäß als Mindestbedingungen auszustatten, wie das früher weitgehend der Fall gewesen ist. Dann gewinnen die Unternehmen Gestaltungsräume zurück, die heute vielfach verlorengegangen sind.“ Also Flexibilisierung nicht nur bei der Arbeitszeit, sondern an allen Fronten.

Vorrangig wollen die Unternehmer die soziale Krankenversicherung in frühkapitalistische Zeiten des vergangenen Jahrhunderts zurückdrehen. Angesichts der Kostenexplosionen wären einschneidende Maßnahmen dringend erforderlich. Die BDA blies zum Generalangriff auf die einst hart erkämpften Errungenschaften der Gewerkschaften. Was Erdmann allgemein mit den Worten „vorrangige Aufgabe der unmittelbaren Zukunft“ und „marktwirtschaftliche Elemente in die soziale Krankenversicherung zu verankern“ ausdrückte, konkretisierte der bayerische Unternehmerpräsident Hubert Stärker in einem der Arbeitskreise:

- Wirksame prozentuale Selbstbeteiligung der Versicherten. Die Obergrenze dürfe nicht zu niedrig festgelegt werden.
- Bestimmte Leistungen, wie Sterbegeld, Mutterschaftsgeld, Abtreibung auf Krankenschein, sollen ganz wegfallen.
- Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle soll durch Karenztage oder Senkung auf 80 Prozent des Nettolohnes abgebaut werden.
- Technische Geräte in Krankenhäusern sollen auch in den Abendstunden und an Samstagen benutzt werden.
- Radikale Verkürzung der Verweildauer in den Krankenhäusern. Allein in Bayern gebe es augenblicklich zehntausend Krankbetten zuviel.

Diese Attacke des Kapitals erfordert harten Widerstand der Gewerkschaften und ihrer Bündnispartner. Es wäre eine vorrangige Aufgabe der „Solidaritätskomitees für die 35-Stunden-Woche und gegen die Aussperrung“, jetzt den aktiven Widerstand gegen den Anschlag auf die soziale Krankenversicherung zu organisieren.

Weiterhin drängt die BDA auf eine „Reform der Rentenversicherung“, die in der nächsten Legislaturperiode der Regierung wirksam werden soll. Etwas skeptisch stehen die Unternehmer der vorgesehenen Novellierung des Betriebsverfassungsge-

GEW Hessen will streiten für fortschrittliche Bildungspolitik

Der Schreck der hessischen Landtagswahl saß ihnen noch in den Gliedern, als die rund 350 Delegierten der hessischen Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft vom 14. bis 17. Mai in Marburg ihre Vertreterversammlung durchführten. Denn besonders die CDU hatte über Jahre hinweg die Bildungspolitik in Hessen zum Schwerpunkt scharfer Attacken nicht zuletzt auch gegen die GEW gemacht. Und die erste Amtshandlung der neu installierten Schwarz-Gelben war denn auch die Einbringung des „Gesetzes zur Wiederherstellung der freien Schulwahl“, mit dem die obligatorische Förderstufe in Hessen wieder abgeschafft werden soll.

Nach Ansicht der Pädagogen ist dies eine Rückkehr zur Klassenschule der 50er Jahre. Politik mit Kußhand und Brechstange – das war denn auch ein häufig geäußelter Vorwurf vor allem an den neuen hessischen Ministerpräsidenten Wallmann. Noch vor der Abstimmung im Landtag hatte die CDU bereits landauf, landab ihr „Schulfreiheitsgesetz“ als Realität ausgegeben. Unter dem lebhaften Beifall der Delegierten forderte daher der hessische DGB-Vorsitzende Jungmann die Oppositionsparteien im Landtag auf, durch Auszug – und damit Beschlußunfähigkeit – die Verabschiedung des Gesetzes zu vereiteln, zumindest zeitweilig. (Inzwischen ist das Gesetz verabschiedet.)

Die hessischen Gewerkschaften wollen sich also ins bildungspolitische Getümmel stürzen. Dabei sicherte Jungmann die Unterstützung der Einzelgewerkschaften zu: „Der DGB und alle Mitgliedsgewerkschaften müssen begreifen, daß nur ein geschlossenes Vorgehen aller Gewerkschaften neokonservative Bildungsvorstellungen zurückdrängen kann. Der Kampf um die richtige Schule ist historisch und aktuell ein wesentlicher Teil des Kampfes der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaftsbewegung um ihren Platz in der Gesellschaft.“

Gefordert war allerdings die gesamte Breite der Bildungspolitik, von der Kindertagesstätte über die Grundschule, Hochschule und Forschung, die Weiterbildung bis zur beruflichen Bildung. Auf allen Sektoren gelte es, der konservativen Wendepolitik entgegenzutreten und darüber hin-

setzes gegenüber. Sie sind natürlich für eine weitere Spaltung der Belegschaften, befürchten aber zugleich, daß durch den Druck des DGB und seiner Gewerkschaften, z. B. bei der sozialen Gestaltung der neuen Technik, Bestimmungen in das Gesetz gelangen könnten, die die unternehmerischen Entscheidungskompetenzen beschränken. Das wäre „überflüssig und schädlich“. Offenbar will die BDA verhindern, daß die CDU/CSU aus wahltaktischen Gründen dem sogenannten Arbeitnehmerflügel Zugeständnisse machen könnte. Werner Petschick

aus die eigenen bildungspolitischen Vorstellungen zu formulieren. Dazu hält die GEW verstärkt Ausschau nach Bündnispartnern. Denn „eine fortschrittliche Bildungspolitik kann nur durchgesetzt werden, wenn alle daran Interessierten zusammenarbeiten“. In einem reaktivierten Bündnis „Bildung für alle“ geht es zuallererst um die Zusammenarbeit mit den Eltern, um verstärkte Aktionen „Arbeitnehmer in die Elternbeiräte“, deren Wahl je-

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

weils im Herbst ansteht, aber auch um die Gewinnung von Politikern, eben um alle bildungspolitischen Reformkräfte.

Wenn auch die Auseinandersetzung mit der hessischen Landesregierung einen deutlichen Schwerpunkt der Konferenz bildete, wandten sich die Delegierten auch den übrigen Feldern gewerkschaftlicher Aktivitäten zu. Nach wie vor brennen der GEW die hohe Lehrerarbeitslosigkeit und Fragen der Arbeitszeitverkürzung auf den Nägeln. Die Forderungen lauten: kein weiterer Stellenabbau in Hessens Schulbereich, Abschaffung aller Formen von unterwertigen Beschäftigungsverhältnissen, aller Zwangsteilzeitbeschäftigung und Überführung in ein unbefristetes volles Beschäftigungsverhältnis.

Nicht nur im Hinblick auf die hohe Lehrerarbeitslosigkeit bleibt die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auf der Tagesordnung. Hier erhielt die GEW auch Unterstützung durch den Bezirksvorsitzenden der hessischen ÖTV, Herbert Mai, der davon ausging, daß kein Bereich des öffentlichen Dienstes von der Arbeitszeitverkürzung ausgenommen werden darf, insgesamt der öffentliche Dienst nicht auf dem Weg zu kürzeren Arbeitszeiten zurückbleiben dürfe. Insofern ist auch die GEW in der Diskussion über die tarifpolitischen Absichten der Gewerkschaften des öf-

fentlichen Dienstes, die ja gemeinsam antreten, für die bevorstehende Runde 1988 gefordert.

Aus den Diskussionen der Vertreterversammlung zeigte sich deutlich, daß die hessische GEW nicht gelähmt ist. Die Gewerkschafter wollen ihre bildungspolitischen und tarifpolitischen Vorstellungen mit schärferen strategischen Überlegungen untermauern, sie wollen – so der eindeutige Tenor – nachdrücklicher und lauter werden. Sie nehmen die Unterstützung der jetzigen Oppositionsparteien gern entgegen. Dennoch mußte sich der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion herbe Kritik für vergangene Versäumnisse entgegenhalten lassen. Dieser selbstbewußte und aktionsorientierte Kurs drückte sich im Vorfeld der Konferenz bereits in einer Demonstration in Wiesbaden aus. Beim Überdenken des gewerkschaftlichen Vorgehens, so der wiedergewählte hessische GEW-Vorsitzende Klaus Müller, gewinnt „der Rückgriff auf gewachsene gewerkschaftliche Vorstellungen an Bedeutung“. Renate Bastian

GEW-Sportler protestieren gegen Überwachung

Dem breiten Protest gegen die Überwachung der Initiative „Sportlerinnen und Sportler für den Frieden – gegen Atomraketen“ durch den Verfassungsschutz hat sich die Sportkommission der GEW am 15. Mai in einer Resolution angeschlossen. Durch ihr Engagement für den Frieden hätten die Sportlerinnen und Sportler „eine besonders wichtige Vorbildfunktion für Schülerinnen und Schüler“ eingenommen, wird betont. Die GEW-Sportkommission hat den Verfassungsschutz aufgefordert, das Dossier über die Friedensinitiative der Sportler „unverzüglich zurückzuziehen und die Bespitzelung von Mitarbeitern der Initiative einzustellen“.

DGB befürchtet „Aderlaß“

Auf einer am 8. Mai in Gelsenkirchen stattgefundenen DGB-Tagung warnte DGB-Vorsitzender Ernst Breit vor den negativen Auswirkungen der Steuerreform. Städte und Gemeinden befürchten Einnahmeausfälle von 10 Mrd. DM. „Dieser Aderlaß wird erfahrungsgemäß in erster Linie Kürzungen bei den Investitionsausgaben nach sich ziehen. Und dieses wiederum wirkt sich negativ auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und auf die für uns alle so wichtige Versorgung mit öffentlichen Infrastrukturentwicklungen und Dienstleistungen aus“, erklärte Breit. Er forderte, die wirtschaftspolitischen Weichen endlich umzustellen. Dazu gehören eine aktive Arbeitsmarktpolitik sowie Arbeitszeitverkürzungen. Öffentliche Investitionen müßten in solche Bereiche gelenkt werden, die dazu angetan seien, die Lebensqualität zu verbessern und zugleich Arbeitsplätze zu schaffen.

Delegiertenkonferenzen der ÖTV im Zeichen der Tarifrunde

In der Gewerkschaft ÖTV wirft der turnusmäßige Gewerkschaftstag bereits seine Schatten voraus. Er ist anberaumt für die Zeit vom 18. bis 24. Juni 1988 in Hamburg. In seinem Vorfeld finden ab der Sommerpause in den Kreisverwaltungen die Delegiertenkonferenzen und im Zeitraum von Dezember 1987 bis Februar 1988 die Bezirksdelegiertenkonferenzen mit Antragsberatungen und Wahlen der jeweiligen Vorstände statt. Laut Satzung liegt der Antragsschluß für den Gewerkschaftstag drei Monate vor seinem Stattfinden. Formal bestünde für die Kreisverwaltungen also auch später noch die Möglichkeit, über zusätzliche antragsberechtigte Delegiertenversammlungen auf den Gewerkschaftstag einzuwirken.

In der Regel werden aber wohl die Weichen bereits nach der Sommerpause gestellt, da wichtige Antragsbegehren auf den Weg über die Bezirkskonferenzen geschickt werden. Die bevorstehenden Kreisdelegiertenkonferenzen könnten demnach bereits ein wichtiges Instrument sein, um die Tarifbewegung 1988 vorzubereiten, in der ja nach dem erklärten Willen der großen Tarifkommission der ÖTV vom Januar dieses Jahres die 35-Stunden-Woche im Mittelpunkt stehen soll. Vom geschäftsführenden Hauptvorstand wurde im ötv-magazin 6/87 der Startschuß zur Mitgliederdiskussion mit folgenden Schwerpunkten gegeben:

Nach den Vorstellungen des geschäftsführenden Hauptvorstandes soll in Sachen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich „ein größerer Sprung erfolgen“, um die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes spürbar zu entlasten und beschäftigungspolitische Möglichkeiten zu erschließen. Als Essentials sind angeführt:

- Alle Beschäftigten einschließlich der Auszubildenden sollen in die Forderung einbezogen werden.

- Die Verteilung der Arbeitszeitverkürzung auf die einzelnen Arbeitstage, die Ansammlung von Stunden für einen „Frühschluß“ an einem Wochentag oder zusätzliche freie Tage soll Gegenstand der Diskussion sein, um die betrieblichen Interessenlagen möglichst genau einzufragen.

- Um die betrieblichen Gegebenheiten stärker zu berücksichtigen, soll die Verteilung der Arbeitszeitverkürzung betrieblich geregelt werden.

- In Sachen Lohn und Gehalt macht der geschäftsführende Hauptvorstand noch keine Diskussionsvorlage, da die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung kaum abschätzbar sei.

Zuoberst scheint es von Wichtigkeit zu sein, daß in der Tarifforderung der ÖTV für 1988 das Ziel der 35-Stunden-Woche ausdrücklich formuliert ist. 1984, beim ersten

Schritt zur Verkürzung der Arbeitszeit, der zwei freie Tage brachte, hatte die ÖTV lediglich den Tarifkompromiß der IG Metall und der IG Druck und Papier, nämlich die 38,5-Stunden-Woche, zur Forderung erhoben. Da es aber bislang wohl noch kein Beispiel in der Tarifgeschichte gibt, daß Forderung und Abschluß identisch wären,

„Jetzt kommt es darauf an, das gemeinsame Ziel mit großer Geschlossenheit anzugehen. Wir werden alle gewerkschaftliche Kraft brauchen, um auch den öffentlichen Arbeitgebern eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit abzutrotzen. Je sorgfältiger wir uns schon jetzt auch auf die jeweils beste Form der betrieblichen Umsetzung vorbereiten, um so größer wird der Erfolg:

- mehr freie Zeit für die Beschäftigten,
- mehr Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst.“

(Aus der Stellungnahme des geschäftsführenden Hauptvorstands der ÖTV zur Tarifbewegung 1988)

signalisierte die Gewerkschaft – ob gewollt oder ungewollt – ihre Bereitschaft, in der Arbeitszeit hinter bereits errungenen Positionen zurückzubleiben. Soll sich dies 1988 nicht wiederholen, soll der öffentliche Dienst tatsächlich den Anschluß an weite Teile der Privatwirtschaft finden, müssen die tariflichen Forderungen in der Zielsetzung unmißverständlich für die Unternehmer sein. Das gilt natürlich auch für die Einkommen. Die Tatsache, daß jetzt noch keine Diskussionsempfehlung für Lohn und Gehalt gegeben wurde, darf nicht dazu führen, daß dieser Bereich vergessen wird. Wenn die Gewerkschaft nicht fordert, bieten die Arbeitgeber nicht, so daß schnell die Gefahr einer Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich heraufzieht.

Aber die Aufstellung einer klaren und gründlich durchdachten Forderung markiert erst den Beginn einer Tarifbewe-

gung. „Was die IG Metall erreicht hat, wird uns und anderen Gewerkschaften nutzen“, konstatiert die ÖTV-Vorsitzende. Ob aus dieser Chance schließlich auch Realität wird, hängt aber nicht zuletzt von der Mobilisierung der Mitglieder, von wirksamen Durchsetzungsstrategien ab. An Vorstellungen und Beschlüssen mangelt es der ÖTV hier eigentlich nicht. Unter dem Eindruck harter Arbeitskämpfe 1984 machte der Gewerkschaftstag in München in mehreren Anträgen detaillierte Vorschläge für innerorganisatorische Mobilisierungspläne, deren Ziel in jedem Fall die Kampffähigkeit der Gewerkschaft, ihre Streikbereitschaft, sein sollte. Und auch jetzt fordert der geschäftsführende Hauptvorstand „große Geschlossenheit“.

In den vergangenen Jahren hatte man als Beobachter aber häufig den Eindruck, daß die Mobilisierung der Mitglieder nach der Aufstellung der Forderung auf Sparflamme gesetzt war. Eine der wesentlichen Lehren der Tarifbewegung 1987 ist es aber, daß – wie Franz Steinkühler ausdrückte – die Konfliktbereitschaft der Gewerkschaften die Kompromißbereitschaft der Unternehmer entscheidend gefördert hat. Und auch die persönlichen Verhandlungskräfte einer Vorsitzenden können nur das bewirken, wofür die Aktivitäten an der Basis Raum schaffen.

Es kann nützlich sein, sich dieses Einmalens der Tarifpolitik ab und zu in Erinnerung zu rufen. Denn auch auf anderen Gebieten bahnen sich Auseinandersetzungen an. Es ist völlig unbestritten, daß der öffentliche Dienst erst am Beginn einer tiefgreifenden Umstrukturierung durch neue technologische Systeme steht. In der Diskussion über das Arbeitsprogramm „Neue Techniken/Rationalisierung sozial gestalten“ schälte sich die Erkenntnis heraus, daß sich hier ein tarifpolitisches Feld auftut, auf dem die Interessensgegensätze von Beschäftigten und Unternehmern hart aufeinanderprallen.

Der Einsatz technologischer Systeme, die Gestaltung von Arbeitsinhalten, Qualifikationsplanung und nicht zuletzt Arbeitsplatzsicherung rücken in die vordersten Plätze tarifpolitischer Schwerpunktsetzung. Die Gewerkschaften werden ihre Vorstellungen nur dann durchsetzen können, „wenn es gelingt, für die Veränderung der Software genauso hart zu kämpfen, wie für eine Lohnerhöhung“ – warnte Wulf-Mathies auf einer hessischen Technologietagung Ende März. Das ist sicherlich unbestreitbar. Gleichzeitig wirbt sie aber für einen „sozialen Konsens“ zur Lösung der anstehenden gesellschaftspolitischen Probleme: „Unser Ziel ist ein neuer sozialer und ökologischer Reformpakt mit allen denen, für die der Mensch und nicht der Markt das Maß aller Dinge ist“ (ötv-magazin, 5/87). Was verbirgt sich hinter diesen interpretierbaren Formulierungen? Strebt die ÖTV-Vorsitzende eine neu geschminkte Sozialpartnerschaft an, oder will sie mit dem Reformpakt eine breite soziale Bewegung zur Unterstützung gewerkschaftlicher Zielsetzungen initiieren?

Renate Bastian

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

9 Thesen der IG Metall zur Angestelltenarbeit

Im Februar hat die IG Metall 9 Thesen für „eine selbstkritische Diskussion der Angestelltenpolitik“ veröffentlicht. Ziel ist es, durch eine innergewerkschaftliche Diskussion ein „Angestelltenpolitisches Programm“ für das kommende Jahrzehnt zu erarbeiten. Wie Siegfried Bleicher, das für die Angestelltenarbeit zuständige geschäftsführende Vorstandsmitglied, in einer den Thesen vorangestellten Vorbemerkung erläutert, soll damit auch die Diskussion über die „Umsetzung der Entschließung E 23“ des 15. Gewerkschaftstages (19. bis 25. Oktober 1986 in Hamburg) eingeleitet werden. Zur Information unserer Leser dokumentieren wir die 9 Thesen im Wortlaut. Lesen Sie dazu auch das Interview mit Siegfried Bleicher auf den den Thesen folgenden Seiten.

These 1

In der Metallindustrie – wie im gesamten Industriesektor – vollzieht sich ein tiefgreifender Wandel in der Beschäftigungsstruktur: Der Anteil der direkten Produktionstätigkeiten nimmt beständig und unaufhaltsam ab, während der Anteil der Tätigkeiten, die der Fertigung vor- und nachgelagert sind, ebenso beständig zunimmt. Es bedarf keiner prophetischen Begabung, um vorauszusagen, daß sich diese Entwicklung mit dem massiven Einsatz moderner Technologien zukünftig noch beschleunigen wird. Tätigkeiten in Forschung und Entwicklung, in der Konstruktion, in der Fertigungsvorbereitung, -steuerung und -kontrolle, in der Auftragsbeschaffung, im Vertrieb und im Kundenservice werden zahlenmäßig, aber auch unternehmensstrategisch, an Bedeutung zunehmen.

Diese Entwicklung bedeutet für uns: Wenn wir diese überwiegend angestelltenspezifischen Beschäftigungsbereiche in der Metallindustrie weiterhin als organisationspolitisches Niemandsland behandeln, vernachlässigen wir keineswegs ein Randproblem unserer Gewerkschaftsarbeit, sondern wir setzen sehenden Auges die zukünftige Kampfkraft und Politikfähigkeit der IG Metall aufs Spiel. Der weitere Verzicht auf die systematische Organisation der Beschäftigten dieser Tätigkeitsbereiche bedeutet, daß wir zu Zukunftsverlierern werden, die sich von kommenden Generationen verhalten lassen müssen, die IG Metall aus ihrer eigenen Geschichte als handlungsfähige Interessenvertretung entlassen zu haben.

Inhaltsverzeichnis

Gemeinsame und solidarische Interessenvertretung aller Arbeiter und Angestellten / Interview mit Siegfried Bleicher, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall	15
Menschenrechte und wissenschaftlich-technische Revolution	20
Ein kritischer Blick in einige Gewerkschaftszeitschriften	22
Memorandum '87: Arbeitszeitverkürzung und Umweltprogramme	23

These 2

Mit 2,6 Millionen Mitgliedern ist die IG Metall eine starke und durchsetzungsfähige Gewerkschaft, die durch ihre erfolgreiche Politik die Modernität des Solidaritätsgedankens und die Alternativlosigkeit der organisierten Selbsthilfe in der spätindustriellen Eigentums-gesellschaft unwiderlegbar unter Beweis stellt. Angestelltenpolitik ist organisationspolitische Zukunftsvorsorge. Es ist deshalb ein Selbstbetrug, aus der gegenwärtigen Kampfkraft auf unsere zukünftige Stärke und Politikfähigkeit zu schließen.

Die Mitgliederstruktur der IG Metall heute entspricht – was das zahlenmäßige Verhältnis Arbeiter:Angestellte betrifft – der Beschäftigungsstruktur der Metallindustrie vor 1950. Wir haben zu keinem Zeitpunkt das Mißverhältnis zwischen der Mitglieder- und der Beschäftigungsstruktur verringern können. Im Gegenteil: Während der Anteil der Angestellten an der Zahl der Beschäftigten beständig zunimmt, ist der Anteil der Angestelltenmitglieder an der Mitgliederzahl der IG Metall weitgehend unverändert geblieben. Der durchschnittliche Organisationsgrad der Angestellten in der IG Metall stagniert faktisch seit mehr als 10 Jahren, obwohl in einigen Organisationsbereichen beachtliche Erfolge erzielt wurden.

Aus dieser Darstellung statistischer Daten ergibt sich nur eine realistische Schlußfolgerung: Wir schöpfen unsere Stärke aus einer Quelle, die allmählich versiegt. Wir stehen in einer Situation, in der sich die Struktur unserer Mitgliedschaft Jahr für Jahr weiter von der sozialen Basis unseres Organisationsbereiches entfernt. Die Hinnahme dieser Situation durch die IG Metall hat mittelfristig den schleichenden Verlust ihrer Autorität, ihrer Überzeugungskraft, ihrer Meinungsführerschaft innerhalb der Arbeitnehmerschaft und ihrer einheitsgewerkschaftlichen Integrationsfähigkeit zur Folge. Dies ist der politische Preis, den wir für die weitere Verdrängung des Angestelltenproblems zu zahlen haben.

These 3

Wir haben – allen aktuellen parteipolitisch motivierten Angriffen zum Trotz – die politische Einheitsgewerkschaft, d. h. die unterschiedslose Organisation von Arbeitnehmern verschiedenster politischer Richtungen und Weltanschauungen, nach 1949 erfolgreich in die Tat umgesetzt. Es ist uns aber bis auf den heutigen Tag nicht gelungen, die soziale Einheitsgewerkschaft, d. h. die Organisation von Arbeitnehmern aller Berufe, aller Tätigkeitsbereiche und aller Qualifikationsstufen in gleicher Weise zu verwirklichen.

Es ist an der Zeit, daß wir uns als IG Metall mit diesem Kapitel der Einheitsgewerkschaft offen und ehrlich auseinandersetzen. Wir haben den Aspekt der einheitsgewerkschaftlichen Herausforderung, der die Integration der Angestellten nach 1949 zum Ziel hatte, unterschätzt. Wir haben diese Herausforderung teilweise gar nicht als große einheitsgewerkschaftliche Aufgabe verstanden. Die vielen beitragswilligen Angestellten, die in den fünfziger Jahren zur DAG geschickt wurden, zeugen davon. Wir haben das uns gestellte Ziel der historischen Überwindung der betrieblichen Arbeitsteilung durch die solidarische Interessenvertretung aller Arbeitnehmer mit einem halbherzigen Verständnis von Einheitsgewerkschaft lösen wollen.

Die mangelnden Erfolge bei der organisatorischen Integration der Angestellten konnten so lange als Randproblem behandelt werden, wie die Angestellten zahlenmäßig eine Minderheit waren. In einer Volkswirtschaft, in der jeder zweite Arbeitnehmer Angestellter ist, oder in einem Wirtschaftszweig wie der Metallindustrie, in dem auf zwei Arbeiter im Durchschnitt ein Angestellter kommt – in einzelnen Wachstumsbranchen überwiegt die Zahl der Angestellten sogar –, wird unser organisationspolitisches Angestelltendefizit als die Achillesferse unseres Einheitsgewerkschaftsanspruchs unübersehbar.

These 4

Nach wie vor ist es in der gewerkschaftlichen Diskussion üblich, den niedrigen Organisationsgrad der Angestellten mit dem sogenannten „Angestelltenbewußtsein“ oder mit einer angeblichen „Angestelltenmentalität“ zu erklären und zu rechtfertigen. „Standesdünkel“, „Mittelstandsbewußtsein“ und eine konservative gesellschaftspolitische Grundhaltung sollen die Gründe für die mangelnde Eintrittsbereitschaft der Angestellten sein.

Angestellte beurteilen – zweifellos auch aufgrund ihrer betrieblichen Funktionen und Positionen – teilweise die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Mitgliedschaft anders, aber nicht ablehnender oder sogar feindlicher als andere Arbeitnehmergruppen. Es gibt darüber hinaus keine wirklichkeitsnahen Anhaltspunkte dafür, daß Angestellte gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen unkritischer und konservativer beurteilen als Arbeiter. Umfragen unter Arbeitnehmern machen im Gegenteil deutlich, daß die politischen Auffassungen und Einstellungen von Facharbeitern und Angestellten größere Gemeinsamkeiten und größere Übereinstimmungen aufweisen, als dies beispielsweise in den Auffassungen von Facharbeitern und an- und ungelerten Arbeitern der Fall ist.

Deshalb muß die Frage erlaubt sein, ob die These vom „falschen Angestelltenbewußtsein“ den Industriegewerkschaften nicht ein willkommener Anlaß dafür gewesen ist, um die eigenen Halbherzigkeiten, Defizite und Schwächen, aber auch um ihre Hilflosigkeit und ihre Furcht vor einer Arbeitnehmergruppe zu überdecken, die nicht ins traditionelle Bild und Selbstverständnis vom Gewerkschaftsmitglied paßt. Eine gewerkschaftliche Angestelltenpolitik ist verfehlt, wenn sie den niedrigen Organisationsgrad zum selbstgerechten Ausgangspunkt nimmt, die Angestellten zur Zielgruppe kollektiver Schuldzuweisung zu machen, d. h. ihnen den Schwarzen Peter für ihr mangelndes gewerkschaftliches Engagement zuzuschreiben. Gewerkschaftliche Angestelltenpolitik muß von der Einsicht ausgehen, daß das Angestelltenbewußtsein nicht „falsch“, sondern teilweise anders ist, ohne daß damit unüberwindbare Barrieren für die gewerkschaftliche Organisierung gegeben sind.

Es ist für die Neuorientierung der gewerkschaftlichen Angestelltenarbeit unverzichtbar, offen und aufrichtig mit uns selbst auch die Versäumnisse, Fehlbeurteilungen und Defizite, die ebenfalls als Faktoren zu dem gewerkschaftlichen Angestelltenproblem beigetragen haben – nämlich unsere eigenen – zu analysieren und zu diskutieren.

These 5

Wir werden den organisationspolitischen Wettlauf mit dem Beschäftigungswandel in der Metallindustrie, den Kampf um die Meinungsführerschaft und um die Gestaltungsautorität innerhalb der Arbeitnehmerschaft unseres Organisationsbereiches verlieren, wenn wir nicht begreifen, daß gewerkschaftliche Angestelltenarbeit eine Kernaufgabe der organisatorischen Zukunftsvorsorge ist.

- Solange die organisationspolitische Bedeutung der Arbeit von Angestelltenausschüssen nur auf dem Papier festgehalten ist, solange Angestelltenausschüsse, häufig sich selbst überlassen, keine organisations- und betriebspolitischen Impulse für die Arbeit vor Ort vermitteln können,

- solange wir an die Stelle einer lebendigen Angestelltenarbeit die Routine von folgenlosen Sitzungsabläufen setzen,

- solange eine erhebliche Zahl von Angestellten, die der Organisation positiv gegenüberstehen, in Umfragen behaupten können, sie seien noch nie von Betriebsräten oder Vertrauensleuten angesprochen worden,

- solange wird die Organisierung von Angestelltenmitgliedern das Ergebnis zufälliger Entscheidungen einzelner Angestellter oder des persönlichen Engagements einzelner Funktionsträger, aber nicht das Resultat einer systematisch angelegten und engagierten Organisationsarbeit sein.

Der hohe Organisationsgrad von Angestellten in einigen Betrieben und Regionen unseres Organisationsbereiches ist der beste Be-

weis dafür, daß gewerkschaftliche Angestelltenarbeit erfolgreich ist, wenn die organisatorischen und politischen Voraussetzungen geschaffen und gezielt zur Mitgliedererwerbungs eingesetzt werden. Erfolgreiche gewerkschaftliche Angestelltenarbeit ist nicht die Quadratur des Kreises, sie ist harte und geduldige Überzeugungsarbeit, die selbst die Überzeugung von der Notwendigkeit voraussetzt.

These 6

Angestellte sind nicht dadurch zu mobilisieren, für gewerkschaftliche Ziele oder eine Mitgliedschaft zu gewinnen, daß wir ihnen – teilweise entgegen ihren eigenen Erfahrungen – Horrorvisionen über ihre soziale Situation vor Augen halten. Die Mitgliederentwicklung der letzten Jahre im Angestelltenbereich zwingt geradezu zu der Schlußfolgerung, daß eine Politik der negativen Aufklärung allein – und mag sie die negative Entwicklung noch so präzise beschreiben – keinen Mobilisierungseffekt hat.

Kritisches Bewußtsein und eine die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse in Frage stellende Nachdenklichkeit entsteht nicht mechanisch oder wie eine chemische Reaktion dadurch, daß sich die Arbeits- und Lebensumstände verschlechtern. Kritische Denkpoteentiale entwickeln sich an glaubwürdigen, nachvollziehbaren Alternativen und sinnvollen Perspektiven, die mehr sind als nur eine kurzfristige Reaktion auf einen aktuellen Problemdruck. Gewerkschaftliche Angestelltenarbeit muß deshalb ihr Ziel verfehlen, wenn sie sich in folgenloser Nörgelei über bestehende Verhältnisse erschöpft und ihre Phantasie auf die Entwicklung apokalyptischer Zukunftsperspektiven beschränkt.

Gerade gewerkschaftliche Angestelltenarbeit ist gefordert, humane Gestaltungsalternativen in Betrieb und Gesellschaft gegen die sich abzeichnenden Entwicklungen von Arbeit und Technik aufzuzeigen und praktisch umzusetzen.

Gerade gewerkschaftliche Angestelltenarbeit ist aufgerufen, die über den Tag hinausweisenden gesellschaftspolitischen Perspektiven und Utopien der Arbeiterbewegung wieder aufzugreifen, mit ihnen moderne gesellschaftliche Entwicklungen im Arbeitnehmerinteresse zu interpretieren und sie zeitgemäß und populär darzustellen.

Die IG Metall muß aus der Auseinandersetzung über die glaubwürdige Arbeits- und Lebensalternative als der Hoffnungsträger hervorgehen. Mit ihrem Namen muß sozialer Fortschritt, politische Gestaltungskompetenz und ein glaubwürdiger Entwurf der Zukunftsgesellschaft verbunden werden.

These 7

Die Angestellten gehören nicht zu den Arbeitnehmergruppen, die – wie dies insbesondere bei den Facharbeitern der Fall ist – aufgrund traditioneller Bindungen und eigener lebensgeschichtlicher Erfahrungen eine gewerkschaftliche Mitgliedschaft von vornherein als selbstverständlich ansehen. Die Mitgliedschaft von Angestellten ist nur durch unsere Fähigkeit, überzeugend zu argumentieren, politische und fachliche Kompetenz vermitteln zu können und dies in zäher Geduld darzustellen, zu verwirklichen. Die Angestellten lassen sich weder unhinterfragt Glaubenssätze aufzwingen, noch akzeptieren sie von außen vorgegebene Organisationsauffassungen. Sie lehnen nicht gewerkschaftliche Positionen ab, sie lehnen aber die Methode der kategorischen Vermittlung dieser Positionen nach dem Motto „Friß oder stirb!“ entschieden ab. Die Gewerkschaft ist für die Angestellten nicht die ausschließliche und bedingungslose Orientierungsinstanz in der Arbeitswelt, an die man sich aus traditionellen Gründen emotional gebunden fühlt. Angestelltenwerbung und Angestelltenarbeit bedürfen deshalb neuer und anderer Qualifikationen unserer Funktionsträger, die in der Lage sein müssen, auch kritische Auffassungen und mögliches Infragestellen ernstzunehmen und selbstbewußt zu beantworten.

Mittelfristig, erst recht aber langfristig, werden diese Anforderungen an gewerkschaftliche Funktionsträger nicht nur für die Gewinnung der Angestellten von großer Bedeutung sein. Schon heute zeigt sich, daß die jungen Arbeitnehmer insgesamt nicht mehr so

stark durch ihre familiäre und soziale Herkunft in ihrer gesellschaftlichen Auffassung geprägt sind. Anderen Instanzen, wie etwa Schule und Universitäten, kommt hier eine wachsende Bedeutung zu. Für diese junge Arbeitnehmergeneration ist der Beitritt zu einer Gewerkschaft nicht mehr so selbstverständlich, wie dies noch vor wenigen Jahrzehnten der Fall gewesen ist. Deshalb ist eine Neuorientierung, insbesondere der gewerkschaftlichen Angestelltenarbeit, die sich durch eigene Offenheit und Lernbereitschaft, eine argumentative Geduld und durch eine neue Sachlichkeit auszeichnen muß, notwendig.

These 8

In keiner historischen Phase der Industriegesellschaft hat sich die Stellung der Arbeitnehmer so grundlegend verbessert wie in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg. Diese Verbesserung der sozialen Situation der Arbeitnehmer, an der die Gewerkschaftspolitik selbst den entscheidenden Anteil gehabt hat, hat auch die Voraussetzungen gewerkschaftlichen Handelns tiefgreifend verändert. So hat die Arbeitszeitverkürzung auch gleichzeitig zu einer Erhöhung der Bedeutung der Freizeit beigetragen. Die Bildungsreform, die von den Gewerkschaften ständig gefordert und schließlich auch erreicht wurde, hat zu einer Verlängerung der Schulzeiten und zu einer größeren Durchlässigkeit des Bildungssystems geführt. Der zeitliche Anteil der Arbeit an der Lebenszeit der Arbeitnehmer ist erheblich geringer geworden. Die Wohnbedingungen der Arbeitnehmer haben sich grundlegend verändert und können mit den Wohnbedingungen vor 1933 schlechterdings nicht verglichen werden. Traditionelle soziale Kommunikationsstrukturen der Arbeiterbewegung haben sich im privaten und Freizeitbereich tiefgreifend verändert und zum Verlust kollektiver Lebensbezüge geführt. Im Zuge dieser Entwicklungen hat das in der Geschichte der Arbeiterbewegung wichtige und solidarische Prinzip des „Gemeinsam arbeiten – gemeinsam leben – gemeinsam kämpfen“ ein Stück von seiner Bedeutung verloren. Gleichzeitig ist die Kompetenz gewerkschaftlicher Politik mehr und mehr auf das Arbeitsleben zurückgedrängt worden.

Für die gewerkschaftliche Angestelltenpolitik – aber nicht nur für sie – wird es eine wichtige Zukunftsaufgabe sein, auch wieder ein Stück gewerkschaftlicher Kompetenz bei der Gestaltung des Lebens außerhalb der Arbeitszeit zurückzuerobieren. Gewerkschaften müssen wieder eine eigene kulturelle Autonomie entwickeln, die sie in die Lage versetzt, gesamtgesellschaftliche Perspektiven und Gegenentwürfe zu konservativen Zukunftsmodellen in umfassender Weise zu repräsentieren.

Ein nicht unerheblicher Teil der Angestellten engagiert sich insbesondere in Bewegungen, die sich mit außerbetrieblichen, gesellschaftlichen und kulturellen Fragen auseinandersetzen. Ein wichtiger Ansatz gewerkschaftlicher Angestelltenpolitik muß deshalb sein, dieses Engagement vieler, insbesondere junger Angestellter, in der Freizeit aufzugreifen, ein entsprechendes attraktives Angebot über Veranstaltungen und organisatorische Möglichkeiten der Mitarbeit vor Ort zu machen und für die Gewerkschaften zu nutzen.

Ein solches Angebot zur Integration engagierter Angestellter, die häufig in hochqualifizierten technischen und kaufmännischen Berufen tätig sind, ist mit den üblichen organisatorischen Bordmitteln und Routineveranstaltungen nicht zu bewerkstelligen.

Die traditionellen Veranstaltungsformen sind nicht geeignet, junge Arbeitnehmer anzusprechen. Die IG Metall muß mit viel Phantasie außerhalb der Routineveranstaltungen neue Formen der Mitarbeit in der Organisation anbieten, die auch die Möglichkeiten zu stärkeren Eigenaktivitäten beinhalten. Darüber hinaus müssen auch Fragestellungen aufgegriffen werden, deren Bezug zu den unmittelbaren Problemen der Arbeitswelt nicht immer auf den ersten Blick einsichtig sind. Fragen des Umweltschutzes, der Rüstungskonversion, der Lebensqualität, der sinnvollen kulturellen Nutzung von Freizeit usw. sind Themen, die in einer Gesellschaft, in der die Bedeutung der Arbeit zumindest in zeitlicher Hinsicht abnimmt, auch signalisieren sollen, daß die Gestaltungskompetenzen der Gewerkschaften über den Betrieb hinausreichen und daß Gewerkschaften als Bestandteil der Arbeiterbewegung immer mehr waren als nur pragmatische, arbeitsplatzbezogene Interessenvertretungsorganisationen.

These 9

Die Politik der neuen, argumentativ orientierten Sachlichkeit und der kulturellen Autonomie als zentrale Voraussetzungen einer erfolgreichen Angestelltenarbeit schließen sich nicht aus. Die Bewältigung unserer Tagesarbeit wird auf Dauer nur gelingen, wenn wir unserer alltäglichen Arbeit einen Sinn verleihen können, der über den Alltag hinaus in eine lebenswerte Zukunft weist. Gewerkschaften sind in dem Maße erfolgreiche Interessengemeinschaften in der Arbeitswelt, wie es ihnen gelingt, sich auch als zukunftsorientierte Wertegemeinschaft darzustellen, als organisatorischer Schnittpunkt von gesellschaftlicher Arbeit und privatem Leben. Als moderne Organisation der Solidarität und der praktizierten Selbsthilfe wird die IG Metall für die Angestellten und die „neuen“ Arbeitnehmer nur attraktiv und identifikationsfähig sein, wenn sie in einer von wirtschaftlichen Krisen, politischer Orientierungslosigkeit und kulturellem Wertewandel mehr und mehr geprägten Welt nicht nur pragmatische Interessenvertretung ist, sondern auch Lebensgemeinschaft, die den von Reaktionären und Konservativen vereinnahmten Begriff „Heimat“ für sich wieder zurückerobert: „Mehr Mitglieder müssen ihre Gewerkschaft lieben – es geht nicht nur um kühl kalkulierte Interessenvertretung als Profession, es geht um die Gewerkschaftsbewegung als Lebensgemeinschaft.“

(Hans Mayr)

Alltäglicher Abwehrkampf und konkrete Utopie, Arbeitszeit und Freizeit, Politik und Kultur müssen durch unsere Politik wieder zu einer Einheit zusammenwachsen.

Gemeinsame und solidarische Interessenvertretung aller Arbeiter und Angestellten

Interview mit Siegfried Bleicher, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Unter dem Stichwort „Solidarität 2000“ machte Siegfried Bleicher, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und zuständig für die Angestelltenarbeit, auf Organisationslücken der IG Metall aufmerksam und stellte Thesen für die künftigen Anforderungen an gewerkschaftliche Arbeit zusammen. Seine Auffassungen, die sicherlich auch die anderen Einzelgewerkschaften und den DGB berühren, haben bereits ein widersprüchliches Echo hervorgerufen. In einem Interview mit Renate Bastian nahm er zu einigen Kernpunkten seiner Thesen ausführlich Stellung.

NACHRICHTEN: Ausgangspunkt Ihrer Thesen zur Angestelltenpolitik „Solidarität 2000“ ist das deutliche Auseinanderklaffen von Beschäftigungsstruktur in der Metallindustrie und der sozialen Zusammensetzung der IG-Metall-Mitglieder. Sie befürchten, die Gewerkschaften könnten zu „Zukunftsverlierern“ werden, wenn es nicht gelingt, in verstärktem Maße Angestellte zu organisieren. Stellen die in der unmittelbaren Produktion Beschäftigten noch ein relevantes Mitgliederreservoir für die IG Metall dar?

Siegfried Bleicher: Die von mir vorgelegten Thesen zur selbstkritischen Diskussion der Angestelltenpolitik der IG Metall haben in erster Linie die Funktion, einen gründlichen und ehrlichen Diskussionsprozeß in Gang zu setzen, wie in den nächsten Jahren und Jahrzehnten die gewerkschaftliche Durchsetzungsfähigkeit und Kampfkraft der organisierten Arbeitnehmer gesichert werden kann. Dazu ist es auch notwendig, sich die veränderte Beschäftigungsstruktur der Metallwirtschaft vor Augen zu führen. Die Bedeutung einzelner Beschäftigtengruppen, insbesondere der Angestellten,

für den gesamten Produktionsprozeß und Betriebsablauf, hat sich doch erheblich gewandelt.

Aus diesem Grunde ist es nicht nur eine Frage der noch immensen zahlenmäßigen Organisationsreserven, die wir in der Metallwirtschaft vorfinden, sondern vor allem eine Frage der strategischen Bedeutung dieser zur Zeit noch sehr mangelhaft organisierten Teile der Arbeitnehmerschaft. Zu den konkreten Zahlen möchte ich sagen, daß es neben den rund 900000 noch nicht organisierten Angestellten in der Metallindustrie immerhin noch mehr als 800000 unorganisierte Arbeiter gibt. Beide Zahlen sind enorm, nur eben mit dem Unterschied, daß der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Arbeiter doch weit über 60 Prozent liegt, während er bei den Angestellten eben seit Jahren unter 30 Prozent verharrt.

NACHRICHTEN: *Heißt das, daß die IG Metall zukünftig ihre organisationspolitischen Ressourcen schwerpunktmäßig auf die Angestellten konzentrieren wird?*

Siegfried Bleicher: Nein, das ist eine falsche Alternative. Gewerkschaftspolitisch wäre es meiner Meinung nach geradezu verheerend, sich jetzt nur noch auf die Angestellten konzentrieren und stützen zu wollen. Wir werden bei einem Zahlenverhältnis von Arbeitern zu Angestellten in den Betrieben von durchschnittlich 2:1 auch weiterhin eine große Arbeitergewerkschaft bleiben, dennoch sind wir mit rund 400000 organisierten Angestellten bereits heute die größte Angestelltengewerkschaft in unserem Wirtschaftsreich. An der Interessen- und Schutzpolitik der IG Metall für die Arbeiter unseres Organisationsbereiches darf es und wird es auch zukünftig keine Abstriche geben. Unser Ziel ist die Realisierung des Prinzips der sozialen Einheitsgewerkschaft, d. h. für die IG Metall, die gemeinsame und solidarische Interessenvertretung aller Arbeitnehmer: aller Arbeiter und aller Angestellten. Das bedeutet für unsere Organisation zunächst einmal zusätzliche Aufgaben, zusätzliche Politikfelder zu besetzen, und für unsere Funktionäre bedeutet das zusätzliche und zum Teil auch neuartige Anforderungen.

In diesem Zusammenhang möchte ich ganz deutlich sagen, daß die Intensivierung der Angestelltenpolitik, die Organisierung der Angestellten kein Selbstzweck ist. Angestellte zu organisieren dient in erster Linie den Interessen der Angestellten selbst. Um die Interessen der Angestellten jedoch wirkungsvoll vertreten und durchsetzen zu können, brauchen wir die Angestellten. Auf unserem letzten Gewerkschaftstag ist dieses auf die treffende Formel gebracht worden: Die Angestellten brauchen die IG Metall – die IG Metall braucht die Angestellten. Deutlicher als in der letzten Tarifrunde ist der Wahrheitsgehalt dieser Formel noch nie demonstriert worden. Hat doch die Tarifrunde 1987 gezeigt, daß die Arbeitgeber mit List und Tücke versuchen, immer mehr Angestellte aus dem Geltungsbereich der Tarifverträge herauszuhalten, zumindest aber sie von bestimmten tariflichen Leistungen, hier der Arbeitszeitverkürzung, auszuklammern.

Hätten sich die Arbeitgeber mit ihrer Forderung durchgesetzt, alle AT-Angestellten und zusätzlich eine Quote von 10 bis 20 Prozent der Beschäftigten jedes Betriebes auszuklammern, dann wären möglicherweise 800000 oder sogar mehr Angestellte aus der Arbeitszeitverkürzung herausgefallen. Das hieße, mindestens 60 Prozent aller Angestellten wären damit von der weiteren Arbeitszeitverkürzung abgekoppelt worden. In dieser Tarifrunde hat sich meiner Meinung nach auch deutlich gezeigt, daß Angestellte zukünftig ihre eigenen Interessen immer weniger gewissermaßen im Schlepptau der gewerkschaftlichen Aktivität und Kampfkraft von Arbeitern mit durchsetzen können. Wollen die Angestellten zukünftig nicht Gefahr laufen, von tariflichen Leistungen abgekoppelt zu werden, so müssen sie stärker als bisher eigene gewerkschaftliche Kraft als solidarischen Beitrag zur Steigerung der Durchsetzungsfähigkeit aller Arbeitnehmer in die IG Metall einbringen.

NACHRICHTEN: *Besteht nicht die Gefahr, daß die IG Metall mit dem jetzt eingeschlagenen Kurs einer stärkeren Orientierung auf andere soziale Gruppierungen und dem Versuch, diese zu integrieren, ein Stück ihrer politischen Prinzipien, ihres Wesens preisgeben muß? Ist nicht das Mehr an Rationalität und neuer Sachlichkeit, das zum Umgang und zur Ansprache von Angestellten gefordert wird, ein erster Schritt zur Anpassung, bei der die IG Metall ih-*

ren Charakter einer gesellschaftsverändernden politisch sozialen Bewegung einbüßt?

Siegfried Bleicher: Nein, das keinesfalls. Es ist ja nun keineswegs so, daß wir den Blick für die ökonomisch begründeten Macht- oder Herrschaftsstrukturen in unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verloren hätten. Wenn wir heute anders vorgehen – Stichwort: neue, stärker argumentativ orientierte Sachlichkeit –, dokumentieren wir damit kein voluntaristisches Politikverständnis, in dem Sinne etwa, daß politische Realitäten aus dem Wettstreit der besseren Argumente hervorgingen. Um die Angestellten zu organisieren und in die gewerkschaftliche Organisation zu integrieren, werden wir auch nicht den ebenen und glatten Pfad des Anpassens oder Anbieters wählen, sondern weiter auf dem steinigem und mühseligen Pfad der Politisierung von Angestellten vorwärtsgehen. Das auch deshalb, weil wir natürlich nicht den Grundwiderspruch kapitalistischer Wirtschaft, d. h., den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, für überwunden halten und von daher auch an dem Ziel der Veränderung, des Umbaus gesellschaftlicher Strukturen festhalten.

Als abhängig Beschäftigte gehören Angestellte, soweit sie keine Eigentümerfunktion ausüben, natürlich zur Arbeiterklasse. Ein Be-



Foto: André Gelpke

griff, der heute nicht nur aus Opportunität ein wenig in Vergessenheit zu geraten scheint. Dazu hat Bertolt Brecht so treffend bemerkt: „Der Begriff Klasse ist vielleicht, weil er uns vorliegt in der Konzeption des vorigen Jahrhunderts viel zu mechanisch im Gebrauch, was allerdings noch vorhanden ist, ist die Klasse selber. Glücklicherweise ist sie kein Begriff.“ Die Erscheinungsformen des Grundwiderspruchs und die Differenzierungen innerhalb der Klasse haben sich verändert, sind vielfältiger und auch komplizierter geworden, und genau darauf reagieren wir mit unseren Formen und Methoden gewerkschaftlicher Angestelltenarbeit. Selbstverständlich aber gilt für alle Arbeitnehmer, unabhängig von ihrem sozialversicherungsrechtlichen Status, daß sie in einer kapitalistischen Gesellschaft prinzipiell den gleichen Konflikten unterworfen sind und damit im Prinzip auch gleichartige Interessen haben.

Allerdings werden mit der Differenzierung der sozialen Situationen innerhalb der Klasse der Arbeitnehmer auch die Perspektiven zunehmend vielfältiger. Eine Bürokauffrau in einem Betrieb des Metallhandwerks lebt und sieht ihre Umwelt anders als ein Konstruktionsingenieur in der Automobilindustrie oder ein Außendienstler der EDV-Industrie. Weil dieses so ist, müssen wir auch den Versuch unternehmen, anknüpfend an die unterschiedlichen Soziallagen und die damit verbundenen Bewußtseinsstrukturen der verschiedenen Angestelltengruppen, unsere Organisationsarbeit entsprechend differenziert auszurichten. Man kann Angestellten z. B. bei der Diskussion über technologische Prozesse nicht mit allgemeinen oder inhaltslosen Worthülsen kommen. Die Angestellten legen sehr großen Wert auf fachliche Kompetenz. Sprüche und Schlagworte sind deshalb in der Angestelltenarbeit völlig fehl am Platz. Das werden wir in Form von mehr Sachlichkeit, von rationalerer und begründeter Argumentation berücksichtigen müssen.

NACHRICHTEN: *Sie haben ja schon darauf hingewiesen, daß die Angestelltenschaft keine in sich homogene soziale Gruppe darstellt und daher sozusagen „adressatenspezifisch“ angesprochen*

werden müßte. Um welche Angestelltengruppen geht es Ihnen nun im einzelnen?

Siegfried Bleicher: Es gibt einzelne Angestelltengruppen, wie übrigens bei den Arbeitern auch, die immer entscheidender für den Betriebsablauf und damit für die übrigen Arbeitnehmer insgesamt werden. Dies sind meines Erachtens vor allem die für Forschung und Entwicklung der Produkte und des Einsatzes von neuen Technologien in den Betrieben verantwortlichen Angestellten. Sie sind deshalb von Bedeutung, weil sie schon zu einem sehr frühen Stadium über die Art der Produktionstechniken und über die wesentlichen Merkmale des Produktes und des Produktionsprozesses mitentscheiden. Von ihren Vorschlägen und Einstellungen, von ihren Alternativen und Berechnungen hängen ganz entscheidend so wichtige Dinge wie die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und damit auch ihrer Belastungen, Qualifikationen und Entlohnung sowie auch die Frage der Umweltbelastungen, der Ressourcenschonung, aber auch Verbraucher- und Konsumentenfragen mit ab, um nur einige zu nennen. Das ist nur eine Gruppe, die ich unter dem eher strategischen Gesichtspunkt, der Gewinnung und Beteiligung von Kompetenz und Sachverstand zur Gestaltung unserer zukünftigen Arbeitswelt und Umwelt herausgegriffen habe. Natürlich vergesse ich dabei die übrigen Angestelltengruppen nicht. Es sind dies die Schreibkräfte und Sekretärinnen, die weiblichen Angestellten insgesamt, junge Angestellte, die Büro- und Industriekaufleute, die Buchhalter und Betriebswirte, die Meister und Arbeitsvorbereiter oder die Vorgesetzten und Angestellten in Leitungsfunktionen und nicht zuletzt die große Zahl der Angestellten im Außendienst, deren Arbeits- und Lebensbedingungen wir mit unserer gewerkschaftlichen Schutzpolitik sichern wollen und die wir für eine beteiligungsorientierte gewerkschaftliche Gestaltungs- und Durchsetzungspolitik gewinnen müssen.

NACHRICHTEN: *Sie sprechen in einer Ihrer Thesen davon, daß Umfragen relativ große Übereinstimmungen in den Einstellungen von Facharbeitern und Angestellten ergeben haben. Dennoch fordern Sie in einer anderen These „neue und andere Qualifikationen“ für die Funktionsträger der IG Metall, um Angestellte für die Gewerkschaft zu gewinnen. Sehen Sie möglicherweise doch unterschiedliche Interessenlagen bei Angestellten, die neu und anders thematisiert werden müßten? Welche Inhalte müßten die neuen Qualifikationen für Funktionäre haben?*

Siegfried Bleicher: Es ist in der Tat so, dies haben verschiedene Untersuchungen in der letzten Zeit bestätigt, daß es so etwas wie ein typisches „Angestelltenbewußtsein“ oder eine besondere „Angestelltenmentalität“ nicht bzw. nicht mehr gibt. Vielmehr erleben wir ein Zusammenwachsen der Ansichten und Einstellungen von Facharbeitern und Angestellten, die sich zumindest in vielen Fragen weitaus näher stehen als die verschiedenen Gruppen in der Arbeiterschaft. Die Scheidelinie für Meinungen und für politische Einstellungen verläuft nicht längs der sogenannten „Kragenlinie“. Differenzierende Befragungen zeigen sowohl bei den Arbeitern als auch bei den Angestellten weite Meinungsspektren, wobei die Übereinstimmungen zwischen einzelnen Arbeitergruppen und Angestellte zum Teil größer sind als die Übereinstimmung innerhalb der Gruppe der Arbeiter oder der Angestellten. Dennoch spielt die unterschiedliche Sozialisation der meisten Angestellten gegenüber den Arbeitern und ihre unterschiedliche Arbeitssituation, die Frage von Kollegialität, Solidarität, Konkurrenz und Aufstiegsorientierung eine nach wie vor entscheidende Rolle bei der gewerkschaftlichen Organisation dieser beiden Arbeitnehmergruppen. Das darf nicht übersehen werden, und es wäre falsch, dies zu leugnen.

Doch ich möchte mich entschieden dagegen zur Wehr setzen, daß pauschal behauptet wird, Angestellte hätten ein „falsches“ Bewußtsein und andere ein „richtiges“. Wer stellt denn das fest? Und woran wird das gemessen? Ist es nicht so, daß in vielen Bereichen unseres Lebens, so z. B. beim Einsatz neuer Technologien in den Betrieben und in anderen Lebensbereichen, in der Frage des Umweltschutzes, des Datenschutzes oder der Friedenspolitik vor allem Angestellte und viele der sogenannten „Intellektuellen“ kritischen Positionen sehr aufgeschlossen sind und mit ganz vorne marschieren und kämpfen? Und vielen Arbeitern dagegen diese Problematik nicht ganz so einfach vermittelt werden kann? Umgekehrt gibt es eben auch Themen, die Angestellten etwas schwerer fallen, bis sie sich persönlich damit identifizieren können. Ich glau-

be deshalb, es wird höchste Zeit, daß wir mit falschen Schuldzuweisungen, wie z. B.: die noch nicht Organisierten seien selbst schuld an ihrer Situation, sie bräuchten doch nur zu kommen, aufhören müssen. Fragen wir uns doch alle selbst einmal als Gewerkschaftsfunktionär im Betrieb und Verwaltungsstelle, ob wir wirklich mit Herz und Verstand den mühevollen Weg der persönlichen Ansprache und Überzeugung auch in der letzten Zeit wieder einmal gegangen sind. Es muß uns doch zu denken geben, daß viele Angestellte sagen, sie seien im letzten Jahr überhaupt nicht persönlich auf einen Gewerkschaftsbeirat angesprochen worden. Und deshalb plädiere ich leidenschaftlich dafür, daß wir uns für jede Beschäftigtengruppe gesprächsbereit und mitwirkungsbereit zeigen müssen. Dieses bedeutet jedoch, Sprache und Probleme, spezielle Interessenlagen und Bedürfnisse der einzelnen Arbeitnehmergruppen zu kennen und sie in einem Gesamtkonzept zur Gestaltung von Arbeit, Technik und Umwelt miteinzubeziehen.

NACHRICHTEN: *Sie lehnen es ab, die Angestellten mit „Horrorvisionen“ über die sozialen Auswirkungen der neuen Technologien zu gewinnen. Gehört es aber nicht gerade zu den Schutzfunktionen einer Gewerkschaft, auf Gefährdung der Qualifikation, der Arbeitsplätze oder der Bezahlung sowie auf wachsenden Leistungsdruck aufmerksam zu machen und Gegenwehr zu organisieren, bereits bevor diese sozialen Gefährdungen Wirklichkeit geworden sind?*

Siegfried Bleicher: Natürlich bleibt es die ureigene Aufgabe der Gewerkschaften, also der bereits organisierten Arbeitnehmer, sich mit den Folgen des Technikeinsatzes und anderen Veränderungen ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen frühzeitig zu beschäftigen. Sollten dabei negative Auswirkungen zu befürchten sein, muß aufgeklärt und Gegenwehr organisiert werden. Das haben wir in der Vergangenheit auch getan. Ich erinnere in diesem Zusammenhang z. B. nur an unsere „Oberhausener Tage“, in denen wir bereits Ende der sechziger Jahre über die Grenzen des Wachstums, die Qualität des Lebens und die Folgen des ungezügelter Technikeinsatzes beraten haben. Doch mit welchen Folgen? Unsere Prophezeiungen, die ziemlich exakt waren, wie wir heute leider feststellen können, wurden eher mitleidig belächelt und nicht einmal von Gewerkschaftsfunktionären vollends für ernst genommen. Andererseits haben sich eben auch so manche „Horrorvisionen“ als nicht realistisch erwiesen, zumindest was die Frage des zeitlichen Abbaus oder des quantitativen Umfangs betreffen. Ich denke hierbei nur an das Schlagwort vom „papierlosen Büro“ oder die Diskussion um massenhafte Dequalifizierung, um die Computerheimarbeit bzw. Telearbeit.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß mit Angstbildern und apokalyptischen Zukunftsgemälden keine Gegenwehr organisiert werden kann, wenn nicht gleichzeitig Lösungsansätze und Gestaltungsmöglichkeiten aufgezeigt und erfolgreich vorexerziert werden können. Dies ist ein schwieriger Prozeß, aber ich glaube, unsere einzige Möglichkeit. Unsere Erfahrungen in den Ingenieurarbeitskreisen oder betrieblichen und örtlichen Arbeitsgruppen zu Produktkonversion, insbesondere z. B. in Rüstungsbetrieben, zeigen uns, daß es gerade Angestellte sind, die an den konkreten Problemlösungen mitzuarbeiten bereit sind. Gerade hier werden ihre Qualifikationen und ihre besonderen Fähigkeiten benötigt, im Interesse aller Arbeitnehmer. Aber es wirkt lähmend, wenn wir uns hinstellen und nur von Weltuntergangsszenarien reden. Es gibt auch keinen Organisationsmechanismus nach dem Muster: Es muß den Angestellten eben nur einmal schlecht gehen, sie müssen nur einmal selbst die Opfer ihrer Rationalisierungsstrategien werden, dann organisieren sie sich. So läuft es eben nicht. Und dies muß jeder schnellstmöglich begreifen.

NACHRICHTEN: *Als eine Voraussetzung für die Gewinnung der Angestellten fordern Sie eine „eigene kulturelle Autonomie“ der Gewerkschaften und das Engagement für Probleme, die über die engere betriebliche Sphäre hinausreichen. Denken Sie in diesem Zusammenhang an den geplanten „Report 2000“ und an eine umfassende programmatische Diskussion innerhalb der Mitgliedschaft der IG Metall?*

Siegfried Bleicher: Es ist natürlich das Ziel meiner Thesen, daß aus der Diskussion über den Zustand der gewerkschaftlichen Angestelltenarbeit als der gewerkschaftlichen Zukunftsaufgabe zur

Sicherung der gesamten Organisation und ihrer Kampffähigkeit eine breite und umfassende programmatische Diskussion in der Organisation entsteht. Der „Report 2000“, dessen Aufgabe es unter anderem ist, Auskunft über die möglichen und wahrscheinlichen Problemfelder in den kommenden Jahrzehnten zu geben, wird dabei eine wegweisende Rolle spielen können. Ich denke, daß wir in diesem Zusammenhang ein Stück „realer Utopie“ entwickeln werden. Wir werden in einem umfassenden Diskussionsprozeß unsere eigenen Vorstellungen und Wünsche an unsere Zukunft formulieren; wir werden konkrete Forderungen im Hinblick darauf, wie wir zukünftig arbeiten und leben wollen, aufstellen. Der Weg in unsere Zukunft, die Umsetzung unserer positiven Zukunftsvorstellungen wird ein solidarischer Prozeß, den wir als IG Metall nicht stellvertretend, sondern nur zusammen mit den Arbeitnehmern, mit den Angestellten gehen wollen. Ich glaube, daß wir diese Perspektive einer positiv bestimmten Zukunft, die auch Fragen nach Lebenszielen, Existenzsinn beantwortet, eben eine reale Utopie, brauchen, um Arbeitnehmern ein gemeinsames Ziel aufzuzeigen, für das sich Engagement lohnt, für das es lohnt zu kämpfen.

Zu dieser sicherlich sehr abstrakt dargestellten Strategie gibt es meines Erachtens keine Alternative. Neue Sachlichkeit – also gewerkschaftliche Interessenvertretung auf einer sehr qualifizierten Ebene – und reale Utopie bilden eine Einheit. Gerade Angestellte werden gewerkschaftlich nicht aktiv, wenn sie nicht die Perspektive einer positiven, erstrebenswerten Zukunft haben. Es kommt darauf an, diese Zukunft darzustellen, Wege zu ihrer Erlangung aufzuzeigen, aber auch ein gewerkschaftliches Innenleben zu entwickeln, das dazu führt, daß konzipierte Wege und Ziele gern und mit Lust angegangen werden. Dazu können wir uns nicht nur als Interessengemeinschaft definieren, sondern müssen uns auch als Wertegemeinschaft verstehen und finden. Gewerkschaften als Wertegemeinschaft sind keine Absage an eine „neue Sachlichkeit“, sondern ergänzen diese durch „reale Utopien“. Integrierter Bestandteil einer gewerkschaftlichen Wertegemeinschaft müssen Politik und Kultur sein. Oder besser gesagt: Es geht darum, eine politische Kultur herauszubilden, die unsere gewerkschaftlichen Werte sinnlich erfahrbar macht. Dies ist nichts anderes als Solidarität. Das ist es, was ich mit „kultureller Autonomie“ meine. Es muß uns gelingen, Gewerkschaften auch als eine Form des gemeinsamen Lebens, Arbeitens und Kämpfens erlebbar zu machen. Dazu gehört z. B., daß wir Möglichkeiten schaffen, daß Kolleginnen und Kollegen sich auch außerhalb der Arbeitswelt freundschaftlich begegnen.

Man kann nicht gemeinsam in einer Organisation kämpfen, aber außerhalb der Organisation aneinander vorbeigehen. In diesem Rahmen wird es möglich, daß Angestellte über Entwürfe für die zukünftige Gesellschaft diskutieren, die abweichen von den vorgegebenen politischen Schienen. Gerade Angestellte, insbesondere jüngere Angestellte, haben sehr oft das Bedürfnis, auch einmal querfeldein zu denken und dabei nicht ständig nur Satzung und Programm im Hinterkopf zu beachten. Ein erster Schritt in diese Richtung könnte es sein, unsere Gewerkschaftshäuser, die heute mehr oder weniger weit entwickelte Dienstleistungszentren sind, zu Zentren der Arbeitnehmerkommunikation zu öffnen, zu „lebendigen Gewerkschaftshäusern“ zu erweitern.

Letzte Gelegenheit, Geld zu sparen

Nur noch bis zum 30. Juni haben unsere Leser Gelegenheit, die 6. neu kommentierte und erweiterte Auflage „Betriebsverfassungsgesetz – Kommentar für die Praxis“ zum Subskriptionspreis von 32,- DM zu bestellen (gilt allerdings nur bei Vorkasse). Danach steigt der Preis um 10,- DM auf 42,- DM. Nutzen Sie also die Gelegenheit, Geld zu sparen.

Unverändert ist es das Hauptanliegen der Autoren, dem Betriebsrat und allen, die mit dem Betriebsverfassungsgesetz arbeiten müssen, praktisch verwendbare Ratschläge zu geben. Unter Be-

Von A bis Z . . .

Abberufung s. Erlöschen

Abfindung 112,10; 113; 9,10 KSchG

Abstimmung

- geheime, bei Wahl des Vorsitzenden des BR 26,5
- über gemeinsame Wahl 14,2–4

Abteilungsversammlung

- außerordentliche 43,10
- Kontrolle des Unternehmers und Einhaltung dessen Pflichten 23,7
- Teilnahmerecht, Gewerkschaftsvertreter 46,1–6
- Teilnahme, Vertreter des Unternehmensverbandes 46,7
- Themen 45,1–5

Änderungskündigung

- Anhörung des BR 77,23
- zur personellen Einzelmaßnahme 99,11–20

Zustimmungsbedürftigkeit

- Auswahrlinien 95
- Beurteilungsgrundsätze 92,9–10
- Kündigung 102; 103
- Personalfragebogen 92,5
- personelle Einzelmaßnahmen 99
- vorläufige personelle Maßnahmen 100

**BETRIEBS
VERFASSUNGS
GESETZ** Kommentar
für die Praxis

Siebert
Degen
Becker

6. Auflage

Neu kommentiert und erweitert

Nachrichten Verlags Gesellschaft

685 S., geb.,
fester Umschlag

**Subskriptionspreis
bis 30. 6. 87:**

32 DM

(danach 42 DM)

... Praxisbeispiele, Muster,
Tips und Kniffe für die
tägliche Betriebsratsarbeit.

achtung des rechtlichen Rahmens, insbesondere auch der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts, wird den Betriebsräten eine ideenreiche Auslegung des Gesetzes geboten. Während andere Kommentare für Betriebsräte und Unternehmer gleichermaßen „brauchbar“ sein wollen, ist dieser Kommentar von Siebert-Degen-Becker von vornherein einzig und allein für eine aktive, kühne und manchmal auch trickreiche Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten durch ihre gewählten Betriebsräte geschrieben worden. Mit diesem Kommentar können sie mehr für die Belegschaften herausholen, weil ihnen nicht mit formaljuristischen Sowohl-als-auch-Abwägungen der Blick für die Möglichkeiten erfolgreicher Interessenvertretung verstellt wird.

Die 6. Auflage erscheint im „neuen Gewand“: mit festem Umschlag und in handlichem Buchformat. Wir sind sicher, vielen Betriebsräten und Gewerkschaftern auch mit dieser 6. Auflage des BetrVG-Kommentars wieder nützliche Anregungen und Hilfestellung bei einer erfolgreichen Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten gegenüber dem Unternehmer geben zu können.

Ich bestelle hiermit:

- Expl. BetrVG-Kommentar für die Praxis
zum Preis von 32,- DM/Expl.

Ich bezahle folgendermaßen:

- Verrechnungsscheck anbei
 den Betrag habe ich auf das Konto 3050 40-606 beim Postgiroamt Frankfurt/M. unter Angabe der Bestell-Nr. 068 überwiesen.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Zur Mitgliederstatistik der DGB-Gewerkschaften

Anfang Mai hat der DGB-Bundesvorstand seine Mitgliederbilanz für 1986 veröffentlicht. Insgesamt blieb unter dem Strich ein Mitgliederplus gegenüber dem Vorjahr von 45 229. Damit setzte sich der Aufwärtstrend von 1985 nach den drei Verlustjahren 1982, 1983 und 1984 fort. Allerdings ist der Mitgliederrekord von 1981 mit 7 957 512 noch lange nicht erreicht.

Besonders im Hinblick auf den Neue-Heimat-Skandal ist von einem vollen Erfolg zu sprechen, denn die Rechnung der Gewerkschaftsgegner und ihrer Massenmedien auf massenweises Hinschmeißen von Gewerkschaftsbüchern hat sich als Trugschluß erwiesen. Zu berücksichtigen ist auch die Arbeitslosigkeit, die bei einigen besonders betroffenen Gewerkschaften negativ zu Buche schlug. Gerade hier wird das Versäumnis sichtbar, die arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen nicht in die Gewerkschaftsarbeit einbezogen zu haben. Daraus sollten die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden.

Eine neue Höchstmarke weisen die Angestellten auf. Hier betrug der Jahreszuwachs 35 218, das sind rund 2 Prozent. Insgesamt waren am Jahresende 1 755 078 Angestellte Mitglieder in DGB-Gewerkschaften. Trotz dieser erfreulichen Entwicklung bleibt für die Gewerkschaften noch ein gerüttelt Maß Arbeit, da sich infolge der technischen Entwicklung die Beschäftigungsstruktur grundlegend verändert. Aus dieser Tatsache beginnen die Gewerkschaften – wenn auch manche noch zögernd – die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen, beispielsweise die IG Metall mit dem Beginn eines Diskussionsprozesses über die Angestelltenarbeit (siehe dazu die neun Thesen der IG Metall sowie das Interview mit Siegfried Bleicher an anderer Stelle unseres Dokumententeils). Daß Angestellte sehr wohl für gewerkschaftliche Forderungen ansprechbar

und bereit sind, dafür einzutreten, zeigt die Tarifaueinandersetzung bei den Banken.

Wie im Jahr zuvor konnten die weiblichen Mitglieder auch 1986 wieder eine überdurchschnittliche Steigerungsrate erreichen. Ihr Zuwachs betrug 50 832 oder 3 Prozent. Mit dem neuen Höchststand von 1 755 963 stellen sie nun 22,6 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder, im Vorjahr waren es 22,1 Prozent. Nach Angaben des DGB hat sich auch die Entwicklung bei den jugendlichen Mitgliedern stabilisiert. Nach wie vor besteht das Gros der Mitglieder aus Arbeitern. Sie stellen 5 191 313, bei den Beamten sind es 818 306.

Drei der 17 DGB-Gewerkschaften konnten im letzten Jahr einen Mitgliederrekord erreichen: Es sind die Gewerkschaften Handel, Banken und Versicherungen (plus 5 217 oder 1,4 Prozent), Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (plus 19 171 oder 1,6 Prozent) und die Deutsche Postgewerkschaft (plus 2 526 oder 0,5 Prozent). Mitgliederzuwächse verzeichneten außerdem noch folgende Gewerkschaften: IG Chemie – Papier – Keramik (plus 4 207 oder 0,6 Prozent), IG Druck und Papier (plus 2 659 oder 1,9 Prozent), Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (plus 415 oder 1 Prozent), Gewerkschaft Kunst (plus 1015 oder 4,1 Prozent) und die IG Metall (plus 45 282 oder 1,8 Prozent).

Mitgliederverluste mußten die neun übrigen Gewerkschaften hinnehmen: Die IG Bau – Steine – Erden verlor 22 473, die IG Bergbau und Energie 1505, die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands 2 772, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft 1509, die Gewerkschaft Holz und Kunststoff 1 699, die Gewerkschaft Leder 395, die Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten 1 150, die Gewerkschaft der Polizei 1 038 und die Gewerkschaft Textil – Bekleidung 2 877 Mitglieder.

Den Verlusten standen jedoch die Zuwächse der anderen sieben Gewerkschaften gegenüber, was dazu führte, daß ein Nettozuwachs von 45 229 übrig bleibt. Insgesamt zeigt die Statistik, daß einige DGB-Gewerkschaften auf dem richtigen Weg sind. Es bleibt jedoch noch viel zu tun, um den Mitgliederrekord von 1981 zu erreichen und zu überbieten. Ein Reservoir an Mitgliedern ist jedenfalls vorhanden.

G. M.

DGB 1986 erneut mit Mitgliederzuwachs

Gewerkschaft	Arbeiter		Gesamt	Angestellte		Gesamt	Beamte		Gesamt	Gesamt		Insgesamt	in %	Abs. Zu-/ Abnahme
	männl.	weibl.		männl.	weibl.		männl.	weibl.		männl.	weibl.			
IG BSE	422 175	23 133	445 308	32 389	7 358	39 747				454 564	30 491	485 055	6,2	- 22 473
IG BE	306 526	1 331	307 857	41 033	6 071	47 104	240		240	347 799	7 402	355 201	4,6	- 1 505
IG ChPK	438 226	88 938	527 164	90 117	36 495	126 612				528 343	125 433	653 776	8,4	+ 4 207
IG DruPa	84 981	23 084	108 065	24 515	10 804	35 319				109 496	33 888	143 384	1,8	+ 2 659
GdED	152 446	14 170	166 616	8 491	6 071	14 562	160 089	10 141	170 230	321 026	30 382	351 408	4,5	- 2 772
GEW				21 119	29 959	51 078	70 456	70 985	141 441	91 575	100 944	192 519	2,5	- 1 509
GGLF	31 739	5 476	37 215	2 314	670	2 984	2 610	56	2 666	36 663	6 202	42 865	0,6	+ 415
HBV	33 119	16 578	49 697	124 481	202 320	326 801				157 600	218 898	376 498	4,8	+ 5 270
GHK	116 342	16 743	133 085	7 217	2 652	9 869				123 559	19 395	142 954	1,8	- 1 699
GK				17 433	10 701	28 134				17 433	10 701	28 134	0,4	+ 1 015
GL	25 255	20 473	45 728	1 828	776	2 604				27 083	21 249	48 332	0,6	- 395
IGM	1 913 725	289 284	2 203 009	297 983	97 331	395 314				2 211 708	386 615	2 598 323	33,5	+ 45 282
NGG	148 465	63 594	212 059	27 449	26 500	53 949				175 914	90 094	266 008	3,4	- 1 150
ÖTV	475 606	101 915	577 521	281 659	253 868	535 527	73 165	12 354	85 519	830 430	368 137	1 198 567	15,4	+ 19 171
GdP	6 315	2 676	8 991	8 624	8 056	16 680	133 468	3 413	136 881	148 407	14 145	162 552	2,1	- 1 038
DPG	85 670	56 805	142 475	10 532	28 816	39 348	221 840	59 489	281 329	318 042	145 110	463 152	6,0	+ 2 526
GTB	92 022	134 501	226 523	17 070	12 376	29 446				109 092	146 877	255 969	3,3	- 2 877
DGB Gesamt	4 332 612	858 701	5 191 313	1 014 254	740 824	1 755 078	661 868	156 438	818 306	6 008 734	1 755 963	7 764 697	100,0*	
	83,5%	16,5%	100%	57,8%	42,2%	100%	80,9%	19,1%	100%	77,4%	22,6%	100%		
		66,9%			22,6%			10,5%						
Vergleichszahlen														
31. 12. 1985	4 341 778	839 903	5 181 681	1 004 379	715 481	1 719 860	668 180	149 747	817 927	6 014 337	1 705 131	7 719 468	100%	
	83,8%	16,2%	100%	58,4%	41,6%	100%	81,7%	18,3%	100%	77,9	22,1	100%		
		67,1%			22,3%			10,6%						

* Durch interne Rundungen der Stellen hinter dem Komma ergibt die Addition nicht immer genau 100,0 Prozent

Die Abkürzungen der Gewerkschaften bedeuten: IG BSE = IG Bau – Steine – Erden; IG BE = IG Bergbau und Energie; IG ChPK = IG Chemie – Papier – Keramik; IG DruPa = IG Druck und Papier; GdED = Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands; GEW = Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft; GGLF = Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft; HBV = Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen; GHK = Gewerkschaft Holz und Kunststoff; GK = Gewerkschaft Kunst; GL = Gewerkschaft Leder; IGM = IG Metall; NGG = Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr; GdP = Gewerkschaft der Polizei; DPG = Deutsche Postgewerkschaft; GTB = Gewerkschaft Textil – Bekleidung.

REDFEN • BESCHLÜSSE • MEINUNGEN

Menschenrechte und wissenschaftlich- technische Revolution

Nächst dem elementaren Gebot der Friedenssicherung sind die Fragen nach den Wirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die sozialen Lebensbedingungen der Menschen, vor allem die Frage nach der Zukunft der Arbeit, den Wandlungen in der Arbeit, diejenigen, die die Menschen am meisten bewegen.

Werden diese gewaltigen Produktivkräfte für die absehbare Zukunft sinnvolle Arbeit für alle Arbeitsfähigen ermöglichen oder führen sie nur dem „Ende der Arbeitsgesellschaft“ entgegen; müssen sich die kommenden Generationen auf ein sinnvolles Leben ohne sinnvolle Arbeit – Berufsarbeit – einstellen? Müssen wir der Arbeit einen anderen Wert geben als den, den sie für alle früheren Menschengenerationen hatte? Führen die technologischen Wandlungen zu einer Sinnentleerung, zu einer Verarmung der Inhalte und Funktionen der Arbeit? Führen sie uns in die Gefangenschaft anonymen, immer komplizierteren, immer weniger durchschaubareren, vom einzelnen beeinflussbarer technologischer und organisatorischer Strukturen; verengen sie unsere Freiheitsräume in der Arbeitswelt. Verunsichert die technisierte Umwelt, mit der wir uns mehr und mehr umgeben, unsere Lebensumstände nicht in höherem Maße, als sie unsere Bequemlichkeit vermehrt? Zwingt sie uns nicht in Lebensrhythmen, die der menschlichen Natur nicht gemäß sind?

Die wissenschaftlich-technische Revolution ist nicht mehr so jung, als daß ihre dominierenden Wirkungen und deren innere Widersprüchlichkeit nicht klar genug zutage träten.

Zumindest soviel scheint mir unbestreitbar:

1. Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution ist die bislang tiefste Zäsur in der Entwicklung der Produktivkräfte. Sie bedeutet in ihrer allgemeinen Tendenz, daß fundamentale materiell-gegenständliche Existenz- und Entwicklungsbedingungen der menschlichen Gesellschaft zunehmend veränderbar, gestaltbar werden. Sie hat den Makrokosmos wie den Mikrokosmos (die Welt des Atoms und der Elementarteilchen, die Mikrostrukturen des Lebendigen, die Kristallstrukturen der Werkstoffe) in den Bereich menschlicher Tätigkeit gerückt. Sie macht den Menschen zum Schöpfer von Natur; die Entzifferung des Codes der Erbinformationen hat den Menschen – noch befinden wir uns hier in den ersten Anfängen – in die Lage versetzt, auf „direkt konstruierendem Wege“ Lebewesen zu verändern, neue Arten hervorzu bringen, die die natürliche Evolution nicht hervorgebracht hat. Mit der beginnenden massenhaften Technisierung geistiger Tätigkeiten wird eine neue Dimension menschlicher Wirkungsfähigkeit erschlossen, eine Vielfachung der geistigen Kräfte des Menschen.

2. Die wissenschaftlich-technische Revolution bringt immer neue Effektivitätspotentiale hervor, immer neue Mittel, um den Lebensprozeß der Menschen zu erweitern, zu bereichern und zu fördern. In noch höherem Maße bringt sie neue Bedürfnisse hervor, die diese Möglichkeiten in weit höherem Maße überflügeln als in früheren Zeiten. Es ist erst recht nicht abzusehen, daß einer vernünftig eingerichteten Gesellschaft der Vorrat an Ideen über wichtige, dringende Arbeiten ausgehen könnte.

3. Die wissenschaftlich-technische Revolution erweitert in ihrer dominierenden Tendenz die Möglichkeiten, die Technik nach menschlichem Maß einzurichten. Es trifft zu, daß die technologischen und organisatorischen Strukturen immer komplizierter und komplexer werden. Aber sie vergrößert auch die Möglichkeiten, diese zunehmende Kompliziertheit und Komplexität in die technischen Systeme hineinzuverlagern. Gerade die modernen Informationstechniken, automatisierten Steuerungen beweisen, daß es an der Nahtstelle zwischen Mensch und Technik nicht immer komplizierter wird; im Gegenteil. Der Umgang mit moderner Informationstechnik

zum Beispiel wird tendenziell einfacher, leichter. Gerade die modernen technischen Entwicklungen machen technologische und organisatorische Strukturen durchsichtig, wie dies noch vor einem Jahrzehnt nicht vorstellbar gewesen wäre. Die Technik wird tendenziell flexibler, in den direkten Mensch-Technik-Beziehungen elastischer. Die Freiheitsräume für bewußte Gestaltung sozial erstrebenswerter Arbeitsinhalte und -bedingungen werden günstiger. Die moderne Technik ermöglicht und erfordert zunehmend die Ablösung der bislang dominierenden Tendenz der Zergliederung menschlicher Arbeitstätigkeiten durch Zusammenführung, Integration und Komplexität, die Erweiterung des Arbeits- und Verantwortungsfeldes.

4. Die wissenschaftlich-technische Revolution erleichtert und bereichert nicht nur die menschlichen Lebensumstände, sie macht sie tendenziell auch sicherer. Tausende Kilometer zurückzulegen ist heute mit weniger Gefahren verbunden als vor hundert Jahren; die Wasserversorgung ist nicht nur besser, sondern auch zuverlässiger.

Ja, wir sind auf die Funktionssicherheit unserer technisierten Umwelt zunehmend auch in unseren elementaren Lebensumständen heute mehr angewiesen als früher. Der Ausfall der Energie- oder Wasserversorgung in einem Hochhaus würde uns dies sofort und auf drastische Weise spüren lassen; aber der wissenschaftlich-technische Fortschritt ist zugleich der Hauptweg, technische Systeme sicherer, zuverlässiger zu machen.

All dies verlangt gebieterisch nach einer Gesellschaftsverfassung, nach einer Politik, nach einem demokratisch funktionierenden Sy-

Der Autor dieses Beitrages, Harry Nick, ist Professor an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Für unsere Leser ist es sicherlich interessant zu erfahren, wie die Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution in der DDR diskutiert werden. Aus Platzgründen mußten wir den Beitrag kürzen.

stem, welche diese neue humanistische Potenz, die die wissenschaftlich-technische Revolution bedeutet, wirklich in den Dienst des Menschen zwingt.

Die modernen Produktivkräfte stellen uns vor manches neuartige Problem, verlangen uns nicht wenige ungewohnte Einsichten, Haltungen und Fähigkeiten ab. Aber sie liefern keine Belege für die so hartnäckig vorgetragene Behauptung, daß Wissenschaft und Technik – wie dies der frühere Präsident des VDI der BRD, Dettmering, ausdrückte – angeblich immer mehr einer „Eigengesetzlichkeit“ folgen, daß sie sich immer mehr von den aus sozialer und menschlicher Sicht wünschenswerten Zielen und Zwecken entfernen.

Die großen, neuartigen Gefahren und Möglichkeiten der wissenschaftlich-technischen Revolution verlangen gebieterisch, sich ihrer wirklichen sozialen Natur bewußt zu sein. Von tiefer Überzeugung getragene humanistische Gesinnung ist in unserer Zeit in ganz wesentlichen Voraussetzungen anders gar nicht möglich.

So wichtig es ist, den konkreten Fragen der Mensch-Technik-Beziehungen, den durch die wissenschaftlich-technische Revolution verursachten Voraussetzungen für die Arbeitsinhalte und -bedingungen, für geistig-kulturelle Prozesse u. a. nachzugehen, so sehr führt eine Entgegensetzung von Mensch und Technik in die Irre. Technik – das sind vom Menschen geschaffene und in Bewegung gesetzte künstliche Gebilde, die die Produktivkraft seiner Arbeit und damit die fundamentalen Grundlagen seines Lebens vergrößern, erweitern. Der Fortschritt von Wissenschaft und Technik ist die wichtigste objektive Voraussetzung der spezifischen Weise der Evolution der Gattung Mensch, die sich eben nicht in erster Linie auf dem Wege biologischer Evolution, sondern sozialer Evolution vollzieht. Folgt man der Einsicht, daß die menschliche Gattung ihre Existenz und Höherentwicklung vor allem auf Arbeit gründet, folglich auch auf die steigende Wirksamkeit der Arbeitsmittel, vor allem

eben der Technik, wird deutlich, daß jede technikfeindliche Haltung in ihrem Denkansatz antihumanistisch ist.

Nun wird jede realistische Prognose über die Beschäftigungsentwicklung in den kapitalistischen Ländern zu dem Schluß kommen müssen, daß die Massenarbeitslosigkeit in einer absehbaren Zeit nicht verschwinden wird; möglicherweise wird sie weiter ansteigen. Es ist sicher eine der neueren bitteren Einsichten für alle diejenigen, die der kapitalistischen Gesellschaft anhängen, daß die wissenschaftlich-technische Revolution nicht – wie noch in den fünfziger und sechziger Jahren erwartet wurde – diese Gesellschaft „verjüngen“, ihre sozialen Gebrechen mildern werde, sondern daß sie die Gefahr der Arbeitslosigkeit vergrößert, so daß über alle Konjunkturphasen hinweg, eben auch in den Aufschwungphasen, der hohe Sockel der Arbeitslosigkeit sich nicht vermindert.

Nächst dem Recht auf Leben ist das Recht auf Arbeit das wichtigste Menschenrecht; denn nützliche Arbeit ist die spezifisch menschliche Art, die Mittel zum Leben zu erlangen. Arbeit ist nicht Selbstzweck, aber auch nicht nur Mittel; Arbeit ist zugleich Selbstverwirklichung und Selbsterfahrung. Die Gefahren wie großen Möglichkeiten für die Bereicherung menschlichen Lebens, die die wissenschaftlich-technische Revolution hervorbringt, verlangen gebieterisch, auf der wirklichen Gewährung gerade auch der sozialen Rechte zu bestehen, eine Politik und Verhältnisse herbeizuführen, die eine dauerhafte Gewähr für soziale Sicherheit, Recht auf Arbeit, auf Bildung, auf Erholung, auf soziale Sicherungen im Alter und im Krankheitsfall bieten.

Wer da so schnell auf Durchschnittszahlen über materielles Lebensniveau hinweist, Obdachlose, Hungernde und Frierende, das soziale Elend von „Randgruppen“ vergißt, aus seinem Bewußtsein verdrängt, sie gar als Preis für Freiheit und Wohleben der Mehrheit ausgibt, kann für sich wirkliche humanistische Gesinnung nicht beanspruchen. Diese Betonung des Rechts jedes einzelnen auf freie Entwicklung seiner Persönlichkeit war von allem Anfang an untrennbares Moment der sozialistischen Idee.

Die Voraussetzungen für diese freie Entwicklung eines jeden können nur durch Veränderungen der gesellschaftlichen Strukturen, durch gemeinsame Kraftanstrengungen, durch eine bestimmte Verfaßtheit der Gesellschaft insgesamt geschaffen werden. Und Individualität entfaltet sich immer in lebendigem Wechselverhältnis zu anderen, zur Gemeinschaft; der Wert des einzelnen erweist sich immer darin, was er für den anderen Menschen bedeutet.

Warum ist die Betonung dieses Rechts des einzelnen, aller Mitglieder der Gesellschaft auf freie, allseitige Entwicklung eigentlich der Kernpunkt humanistischer Gesinnung und Politik, humaner Verhältnisse? Sicher ist dies eine voraussetzungslose, d. h. keiner weiteren Begründung bedürftige, im Menschenrecht selbst gesetzte Forderung. Aber es kommt etwas sehr wesentliches hinzu: Jeder Mensch – auch derjenige, der diese Rechte genießt – kann sich ihrer nur sicher sein, sie wirklich genießen, wenn jeder andere sie auch genießen kann. Das verwirklichte Recht eines jeden bedeutet einen qualitativ neuen Zustand, auch für den einzelnen. Verwirklichtes Recht auf Arbeit für jeden bedeutet Vollbeschäftigung. Soziale Sicherheit kann es nur für alle geben oder es gibt sie gar nicht, zumindest nicht für die Mehrheit der Bürger. Unter der Arbeitslosigkeit leiden nicht nur die direkt von ihr Betroffenen; die Angst vor der Arbeitslosigkeit, unter der viel mehr Menschen leiden und die selbst sehr handgreifliche negative soziale Wirkungen hat, gehört direkt zu diesem sozialen Übel. Und schließlich: Wirklich menschliche Beziehungen zwischen den Menschen, solidarisches Verhalten können dauerhaft nur auf einem Boden, in einem sozialen Klima gedeihen, welche durch die freie Entwicklung jedes einzelnen bestimmt sind.

● Soziale Sicherheit ist immer Errungenschaft und Aufgabe zugleich. Sie muß immer wieder erkämpft, erarbeitet werden, weil ihre Inhalte dynamischer Art sind.

● Soziale Sicherheit ist nicht nur Sicherheit des Arbeitsplatzes; aber allein dies setzt Wachstum der Wirtschaft voraus, zumindest in der Höhe, wie die Produktivkraft menschlicher Arbeit, vor allem durch wissenschaftlich-technischen Fortschritt, gesteigert wird (bei gleichbleibenden Beschäftigtenzahlen).

● Soziale Sicherheit ist im Verständnis der DDR-Bürger schon lange ein Anspruch auf Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen, auf realen sozialen Fortschritt, und zwar in einem Maße, das vor allem durch eigene Leistung bestimmt wird.

● Soziale Sicherheit schließt alle Komponenten der sozialen Lebensbedingungen ein. Sie bedeutet wachsendes Bildungsniveau – 85 Prozent aller Berufstätigen der DDR haben eine abgeschlossene Berufsbildung, davon 21 Prozent eine abgeschlossene Fach- oder Hochschulbildung – und die gleichen Möglichkeiten des Zugangs zu allen Bildungseinrichtungen für jeden Bürger. Sie bedeutet Verbesserung der Arbeitsbedingungen und -inhalte, der gesundheitlichen Fürsorge, die in allen ihren Arten selbstverständlich kostenlos ist. Von besonders großer Ausstrahlung auf die Gesamtheit der Lebensbedingungen der Menschen sind die Wohnverhältnisse; sie haben sich in der DDR seit Beginn der 70er Jahre grundlegend gewandelt, verbessert. Die SED hat das Wohnungsbauprogramm zum Kernstück ihres Sozialprogramms gemacht, darauf gerichtet, das Wohnungsproblem als soziales Problem bis 1990 zu lösen.

● Sozialer Fortschritt hängt heute und künftig noch mehr davon ab, wie wir die wissenschaftlich-technische Revolution meistern, ihre großen und wachsenden ökonomischen und sozialen Potenzen erschließen.

Nächst der Botschaft des Friedens ist es vor allem die Botschaft, daß die wissenschaftlich-technische Revolution konsequent und uneingeschränkt in den Dienst des Menschen gestellt werden kann, die die sozialistische Welt heute an die Menschheit richtet. Gäbe es diese praktische Erfahrung der sozialistischen Länder nicht – woher wüßten wir dann, daß die wissenschaftlich-technische Revolution nicht zu massenhafter Dauerarbeitslosigkeit, zur Entleerung der Arbeit, zu zunehmender Kälte in den zwischenmenschlichen Beziehungen führen muß.

Natürlich stellen sich gerade unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution sozialer Fortschritt, soziale Sicherheit, nicht von allein her. Sie sind in viel höherem Maße Ergebnis planmäßigen, vorausschauenden Handelns. Höhere Anforderungen ergeben sich an die staatliche Strukturpolitik, an die Investitionspolitik, welche die Vollbeschäftigung in den konkreten zeitlichen und territorialen Bezügen sichern müssen. Das gesamte System der Allgemeinbildung, Berufsausbildung, Weiterbildung wurde auf die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution eingestellt und muß in den Lebensinhalten diesen Erfordernissen ständig angepaßt werden.

Neue Anforderungen ergaben und ergeben sich an die Leitung und Planung der sozialen Prozesse. Die seit jeher in unserem Lande übliche Praxis, die Werktätigen, deren Arbeit durch Rationalisierung verändert wird, von Anfang an, d. h. schon in der Vorbereitungsphase, in diese Prozesse aktiv einzubeziehen, ist heute, da die Veränderungen in Arbeitsinhalten und Bedingungen viel gravierender sind, von noch größerer Bedeutung. Wichtig ist auch hier, daß die sozialen Probleme wirklich mit jedem einzelnen konkret beraten werden: möglicher Arbeitsplatzwechsel, Qualifizierung, Wohnungsprobleme u. a. Jeder einzelne hat die Sicherheit, daß er im Ergebnis von Rationalisierungsmaßnahmen keine materiellen Einbußen haben wird.

Direkte Verbesserung der Arbeitsinhalte und -bedingungen, d. h. Reduzierung schwerer körperlicher und geistig-monotoner Arbeit, die Anreicherung der Arbeit mit geistig-schöpferischen Elementen, abwechslungsreichere und anspruchsvollere Arbeit, Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes gehören seit jeher zur sozialistischen Rationalisierung. Viele Rationalisierungsprozesse zielen hierauf vor allem ab. Aber bei komplexen flexiblen Automatisierungslösungen kann es nicht ausreichen, dies einfach auch anzustreben, möglicherweise nachträglich entsprechende arbeitgestalterische Maßnahmen zu ergreifen. Notwendig sind klare Zielsetzungen, Vorgaben für Arbeitsinhalte und -bedingungen, die in das System z. T. auch „hineingebaut“ werden müssen. Notwendig ist eine „projektorierende“ anstelle früher nicht selten anzutreffender nachträglich korrigierender Arbeitsgestaltung.

Dies alles sind keine „leichten“ Dinge. Und vieles kann dem einzel-

BEDEN: BESCHÜSSE • MEINUNGEN

nen nicht abgenommen werden, wie das Lernen, das Eingewöhnen in neue Arbeitskollektive, Wechsel des Betriebes, mitunter auch des Wohnortes. Aber eine Gesellschaft hat dann auch moralisch gerechtfertigte, einsehbar Gründe, dem einzelnen solche Mühen, Selbstüberwindungen abzuverlangen, wenn sie selbst nur ein oberstes Ziel hat: die höchste Wohlfahrt jedes einzelnen.

Ein kritischer Blick in einige Gewerkschaftszeitungen

Nicht jeder Leser der NACHRICHTEN hat die Möglichkeit, regelmäßig über sein unmittelbares Wirkungsfeld hinaus die Zeitschriften der Gewerkschaften zu verfolgen. Eine ausgewählte und kommentierende Übersicht über politisch-theoretisch wie praktisch wichtige Themen, die in Zeitschriften wie den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ (GeMo), „Die Mitbestimmung“ und den „WSI-Mitteilungen“ behandelt werden, kann hier vielleicht eine Hilfestellung bedeuten. Ergänzend soll, wo dies angebracht erscheint, auf weitere Literatur oder andere Informationsquellen hingewiesen werden.

Ein erster Themenkreis, der den Schwerpunkt des Heftes 2/87 der GeMo bildet, umfaßt die grundlegend neuen Bedingungen gewerkschaftlicher Politik, die durch die gesellschaftlichen Umbruchprozesse sowie die konservative Offensive geschaffen wurden. Vielfach wird dies unter der Fragestellung eines „Abschieds von der Arbeiterbewegung“ diskutiert. So auch der Titel eines Aufsatzes von Helga Grebing, prominente sozialdemokratische Historikerin, die zwar eine Fülle von Literatur zu diesem Thema angibt, aber in der für sie charakteristischen Ausgrenzungsmasche solche anregenden Publikationen wie „Ende oder Zukunft der Arbeiterbewegung“ von Frank Deppe (Köln 1984) oder andere marxistische Veröffentlichungen nicht zur Kenntnis nimmt. Ihr eigener Überblick über Krisenscheinungen in der europäischen Arbeiterbewegung bleibt oberflächlich und einseitig.

Mit Ulrich Beck, der den ersten Beitrag in dem Heft zum Thema „Die Entmündigung der Sinne – Alltag und Politik in der industriellen Risikogesellschaft“ verfaßt hat, konnte die Redaktion einen der zur Zeit meistdiskutierten bundesdeutschen Soziologen als Autor gewinnen. Beck, dessen Buch „Risikogesellschaft“ (Frankfurt 1986) ein großes Echo gefunden hat, analysiert die Risiken der Atomenergie, der Bio- und Gentechnik und der ökologischen Krise wie auch die Veränderungen in der Sozialstruktur und Lebensweise auf eine solche Art, daß Stimmungen, Bewußtsein und Konfliktwahrnehmung der heutigen jüngeren „Krisengeneration“ feinfühlig aufgenommen werden.

Daß die Wahrnehmung der modernen Risiken sich verändert hat (vgl. z. B. die Reaktionen auf Tschernobyl), daß das Expertenwissen und die wissenschaftliche Analyse einen zunehmenden Stellenwert in den sozialen Bewegungen besitzt, daß eine „Individualisierung der Lebenslagen“ die Herstellung von Kollektivität und Einsichten in die gemeinsame (Klassen-)Lage erschwert, all dies gehört auch für Gewerkschafter zu den neuen Erfahrungen. Da Beck aber nicht zu den politisch-ökonomischen Ursachen dieser Entwicklungen vorstößt und er Klassenanalyse für antiquierten Marxismus hält, können seine Schlußfolgerungen wenig zur Strategiediskussion der Gewerkschaften gegen kapitalistische Modernisierungs- und Flexibilisierungskonzepte beitragen.

In den „WSI-Mitteilungen“ 1/87 hat Reinhard Bispinck (ebenso wie Kaspar Maase in den Marxistischen Blättern 3/87) eine Rezension hierzu verfaßt. Diese Besprechungen zeigen, wie man Beck kritisch und zugleich produktiv lesen kann, um das eigene Problembewußtsein für neue Konfliktfelder und für eine neue Konfliktwahrnehmung zu schärfen. Daß dies nicht schaden kann, zeigen die vielerorts bemerkbaren Schwierigkeiten in der Arbeiterbewegung, sich auf die neuen Probleme der Umbruchperiode einzustellen.

Weitere Beiträge in den GeMo 2/87 beschäftigen sich mit dem Konservatismus und den gewerkschaftlichen Zukunftsaufgaben – ein Thema, das nach der Bundestags- und der Hessenwahl 1987 erhöhte Aktualität gewonnen hat, da offensichtlich die konservative Regierungszeit in der Bundesrepublik (wie in vielen anderen westeuropäischen Ländern) keine kurze Episode bleibt.

Die konservative Strategie – so Schmitz/Tiemann (IG-Metall-Vorstand/Grundsatzabteilung) – setzt auf den Niedergang gewerkschaftlicher Gegenmacht durch die Umwälzung der Wirtschaftsstrukturen und die Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen. Zentrale Zukunftsaufgabe der Gewerkschaften sei „die Gestaltung der Arbeit“, die über den betrieblichen Handlungsrahmen hinaus auf den gesamten Lebenszusammenhang der Menschen zielen müsse.

Eine Lieblingsidee der konservativen Wirtschaftspolitiker ist die „Renaissance der Privatinitiative“, die u. a. zur Zunahme der Selbständigen und der Kleinbetriebe mit positiven Beschäftigungswirkungen führe. Zwar nimmt seit 1976 die Zahl der Selbständigen insbesondere im Dienstleistungssektor tatsächlich zu, jedoch ist die „Sterblichkeitsrate“ dieser Neugründungen hoch, und die Beschäftigungswirkungen sind minimal. Dies weist Stephanie Weimer im Heft 1+2/87 von „Die Mitbestimmung“ nach (ausführliche Daten auch bei Jörg Goldberg in „Blätter für deutsche und internationale Politik“ 3/87). Der oftmals übertrieben dargestellte Anteil von Neugründungen im High-Tech-Bereich beträgt maximal 2 Prozent, so das Ergebnis nüchterner statistischer Analyse.

Eine neue Tendenz stellt in der Tat die „Dezentralisierungsstrategie“ von Großkonzernen dar. Auf der Basis datentechnischer Vernetzungsmöglichkeiten durch die Konzernzentralen nehmen Zulieferbetriebe oder nachgelagerte Servicebetriebe sowie Aufspaltungen von Unternehmensbereichen zu. Damit werden zugleich oftmals gewerkschaftliche Interessenvertretungsmöglichkeiten und Schutzrechte unterlaufen.

Auch deshalb gewinnt die „Interessenvertretung in Klein- und Mittelbetrieben“ – so der Themenschwerpunkt der „Mitbestimmung“ 2/87 – an Bedeutung, zumal hier noch große Organisationsreserven der Gewerkschaften liegen. Über 40 Prozent aller Beschäftigten sind in Kleinbetrieben (unter 100 Beschäftigte) tätig. Der Organisationsgrad ist weit unter dem Durchschnitt, Betriebsratsarbeit wird oft behindert, und die gewerkschaftliche Betreuung überfordert in vielen Fällen die Organisation. Solche Probleme, aber auch Ansatzpunkte zur Aktivierung gewerkschaftlicher Arbeit – etwa bei der Einführung neuer Technologien, bei der Entwicklung betriebsnaher Bildungsarbeit usw. – werden in zahlreichen Artikeln beleuchtet. Wenn über Gewerkschaftsarbeit gesprochen wird, bezieht man sich häufig – unausgesprochen – auf Großbetriebe wie Daimler, Opel oder Hoesch. Dabei arbeiten zahlreiche aktive Kolleginnen und Kollegen unter ganz anderen Bedingungen. Insofern ein überfälliges und praktisch sehr nützliches Heft!

Angesichts der Massenarbeitslosigkeit, zunehmender arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitisch verstärkter Differenzierungen und auch Ausgrenzungen sowie den Problemen der Rentensicherung haben Diskussionen über eine allgemeine bedarfsbezogene Grundsicherung zugenommen. In den „WSI-Mitteilungen“ 2/87 werden Fragen einer „bedarfsbezogenen Grundsicherung für Erwerbslose“ und der „Ausbau des Solidarcharakters der Rentenversicherung sowie die Einführung einer bedarfsbezogenen Grundrente“ diskutiert.

Neuland betreten die „WSI-Mitteilungen“ in Heft 4/87 mit dem Themenschwerpunkt „internationales Arbeitsrecht“, der durch einen Beitrag von Wolfgang Däubler eingeleitet wird. Eine Ursache für das gewachsene Interesse an internationalen Rechtsnormen liegt darin, daß das Arbeitsrecht in der Bundesrepublik durch die konservative Deregulierungspolitik unter Druck geraten ist. Schwerpunkte sind Beiträge zum Arbeitskampfrecht (BRD, USA, Italien sowie internationale Gremien) und zur Flexibilisierung (USA, Frankreich, Japan).

Klaus Pickshaus

Memorandum '87: Arbeitszeitverkürzung und Umweltprogramme

Am 27. April stellte die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik auf einer Pressekonferenz in Bonn ihr diesjähriges Memorandum vor. Es hat den programmatischen Titel „Am Beginn des Abschwungs: Mit Arbeitszeitverkürzungen und Umweltprogrammen gegen die Krise“ (erschienen im Pahl-Rugenstein-Verlag Köln, 14,80 DM). Standen die Wirtschaftswissenschaftler und Gewerkschafter der Memorandumgruppe mit ihrer Kritik am Konjunkturoptimismus von Bundesregierung und Sachverständigenrat im vergangenen Jahr noch allein auf weiter Flur, so müssen inzwischen auch einige Wirtschaftsforschungsinstitute diese Einschätzung teilen.

Zentrale Feststellung ist: „Der gegenwärtige Konjunkturzyklus geht zu Ende“ (S. 11). Und das vor dem Hintergrund einer negativen Bilanz der vergangenen vier Aufschwungjahre, die im ersten Kapitel des Memorandum '87 gezogen wird. Der Aufschwung ging am Arbeitsmarkt vorbei: 1986 war die Zahl der registrierten Arbeitslosen lediglich um 76000 geringer als im Vorjahr. Ohne verstärkte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, ohne die vermehrte Inanspruchnahme des Vorruhestandes und ohne statistische Manipulationen hätte sie allerdings um 18000 höher als 1985 gelegen! Einschließlich der „stillen Reserve“ beträgt der Sockel der Arbeitslosigkeit gegenwärtig etwa 3,3 Millionen Menschen, deren Zahl im Abschwingjahr auf 4 bis 5 Millionen steigen wird.

„Die Lage der Arbeitslosen hat sich im Aufschwung weiter verschlechtert. 1986 waren 750000 registrierte Arbeitslose (knapp 32 Prozent) 1 Jahr und länger arbeitslos. Für sie wird es immer schwerer, wieder ins Erwerbsleben zurückzukehren. 828000 Arbeitslose (rd. 37 Prozent) erhielten weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe von den Arbeitsämtern. Davon sind vorwiegend Frauen betroffen. Immer mehr Arbeitslose sind auf Sozialhilfe angewiesen. Zwar hat die Bundesregierung beschlossen, die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung altersabhängig zu verlängern, jedoch wird dies nur eine geringfügige Verbesserung für die Betroffenen bringen. Zugleich spart der Bund Ausgaben für die Arbeitslosenhilfe ein: 1981 gab er noch 8700 DM pro Arbeitslosen aus, 1985 waren es nur noch 4000 DM“ (S. 11).

„Besonders dramatisch ist in den letzten Jahren die Armut gestiegen. 1985 gab es bereits 2,8 Millionen Sozialhilfeempfänger (+ 9,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr). 25 Prozent der Haushalte, die bei den Sozialämtern „laufende Hilfe zum Lebensunterhalt“ beantragen, sind infolge von Arbeitslosigkeit in diese Notlage geraten. Dieser Anteil wächst ständig weiter. In Hamburg sind z. B. schon zwei Drittel aller neuen Sozialhilfeanträge Folge von Arbeitslosigkeit. Einschließlich der Dunkelziffer wird die Gesamtzahl der an oder unter der Armutsgrenze lebenden auf 5 Millionen Personen geschätzt. Das sind rund 8 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik“ (S.12).

Trotz einer Steigerung der Reallöhne um 4,5 Prozent ging auch im vergangenen Jahr die Umverteilung von unten nach oben weiter. Die bereinigte Lohnquote ist mittlerweile wieder auf das Niveau von Anfang der 60er Jahre gesunken, die Gewinnquote entsprechend gestiegen. Die Gewinne werden allerdings in immer geringerem Maße zu Anlageinvestitionen genutzt: „Der Zusammenhang zwischen Gewinnen und Investitionen ist offenbar so locker wie noch nie“ (S. 13).

Im zweiten Kapitel des Memorandum werden die sich aus herrschender Wirtschaftspolitik und einseitiger Exportorientierung ergebenden Risiken für die Konjunktur dargestellt. Während der vergangenen Aufschwungphase – der schwächsten in der Geschichte der Bundesrepublik – hat die verstärkt auf Exportüberschüsse abzielende Wirtschaftsorientierung zu einer gefährlichen Verzerrung der Branchenstruktur geführt. Dieser „strukturelle“ Exportüberschuß

beruht vor allem auf der extremen Weltmarktorientierung der Investitionsgüter- und chemischen Industrie. Bei nachlassender Exportentwicklung sind die dort aufgebauten hohen Produktionskapazitäten nicht durch inländische Nachfrage auslastbar, wird ein Umsteuern vom Export auf Inlandsabsatz immer schwieriger. Ein alternatives wirtschaftspolitisches Konzept binnenwirtschaftlicher Nachfragesteigerung muß deshalb durch ein längerfristiges Umbaukonzept der Produktionsstruktur ergänzt werden.

In der Exportentwicklung liegen denn auch die großen Konjunkturrisiken: Die Konjunkturabschwächung in den wichtigsten kapitalistischen Handelspartnerländern, ergänzt durch die erfolgte starke DM-Aufwertung gegenüber dem Dollar, läßt für 1987 deutlich steigende Exporte als Konjunkturmotor nicht erwarten. Gleichzeitig entfallen die Sonderfaktoren, die im vergangenen Jahr die Inlandsnachfrage (u. a. den privaten Verbrauch) erhöht haben und damit zur Konjunkturstütze wurden: sinkende Importpreise insgesamt und drastischer Preisverfall beim Rohöl. Damit zeichnet sich die Gefahr eines erneuten Konjunkturreinbruchs ab.

Im dritten Kapitel setzt sich die Memorandumgruppe mit der Marktideologie als zentraler Grundlage der herrschenden Wirtschaftspolitik auseinander. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Konzentrationswelle in der Wirtschaft wird aufgezeigt, daß die den „freien Markt“ beschwörende „Marktöffnungs-“ oder „Deregulierungspolitik“ faktisch die Macht der Großunternehmen vermehrt. Auf der anderen Seite führt diese Politik zu einem Umbau des Wirtschaftssystems, „der dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes nur noch wenig Raum läßt“ (S. 19). Vor allem die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sind Schwerpunkte dieser marktradikalen Wendepolitik, die „die Staatstätigkeit in den meisten Bereichen auf das Setzen von Rahmenbedingungen für die Privatwirtschaft reduzieren will“ (S. 119).

Anhand verschiedener „Felder der Deregulierung“ werden die ökonomischen, sozialen und ökologischen Wirkungen dieses ordnungspolitischen Umbaus zugunsten der Unternehmer aufgezeigt. So stellen beispielsweise die Steuersenkungsbeschlüsse der Bundesregierung ein scharfes Instrument der Umverteilung zu Lasten der Lohn- und Gehaltsbezieher dar, das zudem beschäftigungspolitisch falsch ist, weil von ihm keine konjunkturwirksamen zusätzlichen Konsum- und Investitionsimpulse ausgehen.

Auch hinsichtlich der Felder „Privatisierung“, „Regionalpolitik“, „Umweltpolitik“, „Soziale Sicherungssysteme“ und „Arbeitsmarkt“ kommt die Memorandumgruppe zu der Einschätzung: „Während der Spielraum für Kapitalstrategien ... ausgeweitet wird, schränken all diese Vorschläge den arbeitsrechtlichen, sozialen und ökologischen Schutz für die große Mehrheit der Bevölkerung ein“ (S. 131). Gleichzeitig sollen die Gewerkschaften aus der kontrollierenden und gestaltenden Rolle der Wirtschaft herausgedrängt werden.

Dieser kapitalorientierten Politik mit der Perspektive zunehmender Arbeitslosigkeit, verstärkten Sozialabbaus und fortschreitender Umweltzerstörung werden im vierten Kapitel Alternativen entgegengesetzt, die sich auf die bereits in den vergangenen Jahren gemachten Vorschläge beziehen, diese aber auch präzisieren und weiterentwickeln. Beschäftigungspolitisch ist dabei die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche von größter Bedeutung: sie hätte einen Beschäftigungseffekt von 1,3 bis 1,7 Millionen Personen. Bekräftigt wird auch die Forderung nach einem 100-Milliarden-Beschäftigungsprogramm, wobei in diesem Jahr der Vorschlag eines ökologischen Sofortprogramms für einen Zeitraum von fünf Jahren und jährlich rund 52 Mrd. DM im Vordergrund steht. Neben dem damit zu erreichenden Einstieg in die Verbesserung der Umweltqualität würde das Programm etwa 670000 Arbeitsplätze schaffen oder sichern.

Die Finanzierung dieses Programms soll erfolgen durch die erheblichen Selbstfinanzierungseffekte aufgrund der verringerten Arbeitslosigkeit, durch eine Verbesserung des Steuereinzugs und Verhinderung der Steuerhinterziehung, durch den Abbau schädlicher Subventionen, durch eine gezielte Steuererhöhung für Besserverdienende, durch den Verzicht auf die Steuerentlastung 1988 und durch Ausweitung der programmbezogenen Nettokreditaufnahme. Daneben wird eine Verschärfung des Verursacherprinzips und staatlicher Ver- und Gebote im Umweltbereich gefordert.

Für die Arbeitslosen wird eine bedarfsorientierte Mindestsicherung verlangt und gegen die erneute Krisenzuspitzung in der Stahlindustrie die Vergesellschaftung empfohlen. Dazu heißt es wörtlich: „Der Widerstand seitens der Stahlkonzerne gegen dieses Konzept ist allerdings hart, offensichtlich nicht zuletzt deshalb, weil in einer modernisierten und von Überkapazitäten „befreiten“ Stahlindustrie nach wie vor hohe Gewinne gemacht werden können. So haben in den Jahren 1984/85 und 1986 alle Stahlkonzerne, mit Ausnahme der Saarstahl GmbH, schwarze Zahlen zu verzeichnen gehabt. Und ein Konzern wie z. B. Hoesch, der noch 1981/82 als Konkurskandidat gehandelt wurde, konnte (nicht zuletzt mit Hilfe hoher Subventionen in den Jahren 1983–1985) das Eigenkapital von 643 Mio. DM (1982) auf 1,656 Mrd. DM (1985) steigern, die Finanzschulden im gleichen Zeitraum um 600 Mio. DM reduzieren, die Investitionen von 215 auf 887 Mio. DM und den Jahresüberschuß von 19 auf 395 Mio. steigern.“

Der Preis dieser Sanierungsstrategie war das Hochschnellen der Arbeitslosenquote in Dortmund von 5,7 Prozent 1979 auf 17 Prozent im vierten Aufschwungjahr 1986. Es gibt keinen Grund, anzunehmen, daß die Fortsetzung dieser privatwirtschaftlichen Krisenlösungsstrategie nicht auf Kosten der Stahlarbeiter und Montanregionen gehen wird. Auch die Kosten für die Gesamtgesellschaft werden sich darüber hinaus weiter erhöhen“ (S. 232/233).

In einem ergänzenden Kapitel zur Energiepolitik werden wirtschaftliche Hintergründe und machtpolitische Hemmnisse eines Ausstiegs aus der Kernenergie analysiert und die Forderung nach Vergesellschaftung des Energiesektors begründet. Udo Gelhausen

Offener Dialog in Moskau: Gewerkschaften und Umweltschutz

In Moskau geben sich derzeit viele die Klinke in die Hand. Zusammenarbeit ist angesagt. Unternehmer erhoffen sich neue Aufträge, Regierungsvertreter schließen bilaterale Abkommen auf den verschiedensten Gebieten, so erst jüngst die Bundesregierung über Gesundheitsvorsorge, zur Kernenergieforschung und zum Umweltschutz. Die Erkenntnis, daß globale Probleme auch nur global zu lösen sind, bewog den Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften schon in der Vergangenheit, zu informellen Konferenzen der europäischen Gewerkschaften einzuladen. Ende März fand in der Sowjetmetropole das vierte Treffen dieser Art statt.

„Gewerkschaften und Umweltschutz“ lautete das Thema diesmal. Rund 60 Gewerkschafter aus 21 Ländern Europas waren der Einladung gefolgt, darunter auch Vertreter gewerkschaftsnaher Forschungseinrichtungen. Im Namen der Gastgeber, des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften (WZSPS) und der Gewerkschaftshochschule „Schwernik“, sprach sich Galina Sokhoruchenkova vom Sekretariat des WZSPS schon in ihrer Begrüßungsrede für neue Initiativen auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit der Gewerkschaften aus. Sie erinnerte daran, daß es gerade auf dem Gebiet des Arbeits- und Umweltschutzes in der zweiten Hälfte der 70er Jahre europäische Gewerkschaftskonferenzen gegeben habe; auch war auf ILO-Ebene ein Programm zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen erarbeitet worden. Die Erörterung eines gemeinsamen Umweltschutzprogramms und die Nutzung der vorhandenen Forschungspotentiale zu dessen Realisierung und zum Vorteil aller Beteiligten könnten Aufgaben solcher gesamteuropäischer Gewerkschaftsforen zum Umweltschutz sein.

Auf die revolutionären Umgestaltungsprozesse in ihrem Land eingehend, nannte Frau Sokhoruchenkova als Aufgabe der Gewerkschaften bei der Einführung neuer Technik, dafür zu sorgen, daß den sozialen und kulturellen Bedürfnissen der Beschäftigten Rech-

nung getragen werde. Die Gewerkschaften hätten dabei die aktive Gestaltung der Lebensqualität zu übernehmen. In den Umweltschutz müßten alle Arbeitskollektive einbezogen werden, hätten auch die Kontrolle darüber zu gewährleisten. Daß die Gewerkschaften ihren Aufgaben in der Vergangenheit nicht immer genügend und in selbständiger Weise gerecht geworden seien, stellte in seinem Einleitungsreferat auch der Rektor der Schwernik-Hochschule, Nikolajew Gritsenko, selbstkritisch fest.

Angesichts der weltweiten ökologischen Krise gelte es jetzt, eine Versöhnung von Ökonomie und Ökologie herzustellen, wenn man nicht schon bald gezwungen sein wolle, auf ökonomische Ziele zu verzichten. Den Gewerkschaften stelle sich die Aufgabe, ein Aktionsprogramm zu entwickeln, das die langfristigen Interessen der Mehrheit der Gesellschaft in den Vordergrund stellt, vor den eigennützligen Interessen einzelner Betriebe, Konzerne oder Ministerien. Den Arbeitern und ihren Gewerkschaften müßten dafür die breitesten Möglichkeiten eingeräumt werden, an den Entscheidungen auf allen Ebenen teilzunehmen, die bestmöglichen Instrumente für die ökonomische und zugleich soziale und ökologische Steuerung der Produktion zu schaffen. Die Veränderung der Produktionsstrukturen, hin zu geringerem Ressourcenverbrauch – bei Energie, Rohmaterialien und Abfällen sowie bei größtmöglicher Schonung der Umwelt – sei erforderlich.

Demnächst in unserem Verlag:

nachrichten-reihe 42

Heinz Schäfer (Hrsg.)

Sowjetische Gewerkschaften im Aufbruch

Gorbatschow eröffnet neue Perspektiven

Diese Nr enthält das Referat des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, vor den Delegierten des 18. Kongresses der Sowjetischen Gewerkschaften, den Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden des Zentralrates der Sowjetischen Gewerkschaften, Stepan Schalajew, sowie eine Einschätzung des Neuen, was sich in den Gewerkschaften der Sowjetunion zeigt, von Heinz Schäfer, der als Beobachter am 18. Kongreß Ende Februar in Moskau teilnahm.

96 S., Preis 6,- DM

Gritsenko sparte auch die Frage der Kernenergie nicht aus, auf die die Sowjetunion jedoch weiterhin nicht verzichten könne. Beide verfügbare Energiequellen, Kohle und Kernenergie, brächten Risiken mit sich. Technische Lösungen zu finden, die einen Unfall wie Tschernobyl ausschließen, bei dem die Strahlung einer kleineren Atombombe (ohne Schlagwelle) freigesetzt worden sei, und die Lösung des Entsorgungsproblems, seien die Aufgaben, mit denen sich Wissenschaftler vordringlich beschäftigen. Die Veranstalter hatten den Teilnehmern den Film „Die Warnung“ über die Reaktor-katastrophe vorgeführt, und eine Anzahl Wissenschaftler der verschiedensten Disziplinen, die mit Arbeits- und Umweltschutz befaßt sind, als Referenten geladen, darunter einen Arzt, der Tschernobyl aus nächster Nähe erlebte. Die Teilnehmer hatten darüber hinaus Gelegenheit, Institute und Forschungseinrichtungen zu besuchen und Gespräche zu führen.

Natürlich – das sei noch angemerkt – blieb der sowjetische Standpunkt zur friedlichen Nutzung der Kernenergie nicht unwidersprochen. Als Gritsenko im Abschlußplenum ein Resümee der 52 Wortbeiträge zog, das die von den Veranstaltern erwünschte Diskussion, den Meinungsstreit und zuweilen sogar Polemik, registrierte, war allen Beteiligten klar, daß diese Konferenz nur ein kleiner Anfang gewesen sein konnte. Ergebnis war jedoch auch die Bildung einer Arbeitsgruppe, die Materialien für weitere Arbeitskonferenzen vorbereiten soll. Aufgaben, so wurde festgestellt, gibt es zur Genüge. Beteiligt an der Arbeitsgruppe sind u. a. Gewerkschafter aus Italien, Großbritannien, Schweden, Frankreich, der DDR, Bulgarien und der Sowjetunion. Bernhard Keßeler

IG DruPa Hessen mit Plädoyer für die Mediengewerkschaft

Vom 1. bis 3. Oktober tagt in Fellbach bei Stuttgart der außerordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier. Vor den Delegierten steht dann die Aufgabe, den vom Hauptvorstand der IG Medien am 31. März der Mitgliedschaft zur Diskussion vorgelegten Satzungsentwurf der „IG Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst“ (2. Stufe) zu beraten und zu verabschieden. Im Vorfeld gab es in allen Landesbezirken der IG Druck Delegiertenkonferenzen bzw. -beratungen. Dabei zeigte sich, daß noch nicht überall die Vorbehalte gegenüber dem „Einfachen“, das nach Brecht „so schwer zu machen ist“, abgebaut werden konnten.

Ganz auf IG-Medien-Kurs ist der Landesbezirk Hessen der IG DruPa, der seine Landesdelegiertenkonferenz am 23. Mai in Frankfurt absolvierte. Und so stieß das geschäftsführende Hauptvorstandsmitglied Hans-Joachim Frenzel auf offene Ohren bei der Begründung der großen Organisation aller im Medienbereich Tätigen. Er warnte davor, durch Detaildiskussionen den Blick für das Ganze zu verlieren. „Und je größer der Streit im kleinen wird und je länger der Prozeß dauert, desto mehr besteht die Gefahr, daß das Ziel aus den Augen verloren geht oder gar die politische Idee der Mediengewerkschaft – Arbeiter und Intellektuelle in einer Gewerkschaft zu vereinen – verschüttet wird.“

Dabei ist die Mediengewerkschaft notwendiger denn je, vor allem, um dem „konzentrierten Kapital ... eine einheitliche, schlagkräftige Gewerkschaft gegenüberzustellen“, so Frenzel. Außerdem verfließen die Grenzen zwischen den Print- und elektronischen Medien immer mehr. Wörtlich erklärte er: „Autoren, Schauspieler, Regisseure, Kameramänner, Techniker, Redakteure und Drucker werden oder sind von den gleichen Arbeitgebern abhängig. Mit der Sanktionierung von Privatfunk wird die Trennung zwischen Presse und Rundfunk Schritt für Schritt aufgehoben.“ Aus diesem Grunde dürfe es auch keine Trennung zwischen den Beschäftigten in den Medien und kein Nebeneinander ihrer Organisationen geben.

Selbstkritisch stellte Hans-Joachim Frenzel fest, daß während der Verlobungszeit die Aktivitäten und die Entwicklung von Gegenmacht in den Kinderschuhen stecken geblieben seien. Trotz aller Schwierigkeiten aber müsse der beschrittene Weg zu Ende gegangen werden, denn das Scheitern der Mediengewerkschaft wäre „ein Schlag, von dem wir uns nur schwer erholen würden“. Auch der DGB würde getroffen „zur Freude unserer Gegner und zum Nachteil der Gewerkschaftsbewegung“. Frenzel appellierte an die Delegierten, „mit einem nochmaligen zusätzlichen Kraftaufwand den gordischen Knoten“ zu durchschlagen.

Den Delegierten lagen 17 Änderungsvor-

schlagsentwürfs, „die eine zügige Einigung mit der Gewerkschaft Kunst blockieren könnten“ (Wortlaut der Entschließung im Kasten).

Ausführlich war die Entschließung von Manfred Balder, dem 2. Landesbezirksvorsitzenden, begründet worden. Dabei ging er auf die „Ängste und Unsicherheiten“ sowohl bei der IG Druck als auch in besonderem Maße bei der Gewerkschaft Kunst ein und rief dazu auf, „mit mehr Selbstbewußtsein und Souveränität an die Lösung der noch ungeklärten Probleme in Sachen Mediengewerkschaft“ heranzugehen. Mit forscher Rhetorik und Kraftmeierei wären die Probleme nicht zu lösen. Etwas mehr Verständnis und Sensibilität gegenüber den Mitgliedern der Gewerkschaft Kunst seien notwendig.

Manfred Balder verglich die Mediengewerkschaft in ihrem jetzigen Stadium mit einem Haus, in dem die Organisationen noch in verschiedenen Stockwerken leben. „Der nächste Schritt muß die gleiche Etage sein. Wenn man auf der gleichen Etage wohnt, sind die Möglichkeiten für praktische Gemeinsamkeiten wesentlich größer.“ Er rief dazu auf, jetzt die richtigen Schritte zu gehen, denn „wenn wir jetzt nicht mit Vernunft und Augenmaß die Mediengewerkschaft voranbringen, dann wird es sie in unserer Generation nicht mehr geben. Dann muß wahrscheinlich unsere Generation erst aussterben, damit unsere Kinder und Kindeskiner im nächsten Jahrhundert endlich die Mediengewerkschaft schaffen können, wenn sie dann noch gebraucht werden sollte.“ G. M.

schläge zur Satzung sowie eine vom Landesbezirksvorstand eingebrachte Entschließung vor. Gefordert wurde, als grundlegende Ziele u. a. „demokratische Planung und Investitionslenkung, dazu Überführung von markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum“ in die Satzung aufzunehmen. Konkretisiert wurde auch die Formulierung zur Aussperrung und das Verbot gefordert.

Damit der Fahrplan eingehalten und der Umwandlungskongreß der IG Medien im April 1989 stattfinden kann, dazu leistete die hessische IG DruPa mit der einstimmig angenommenen Entschließung ohne Zweifel einen wesentlichen Beitrag. Abgelehnt werden Verschärfungen des Sat-

Mit Augenmaß zur IG Medien

Die Landesdelegiertenkonferenz der IG Druck und Papier Hessen befürwortet grundsätzlich den Satzungsentwurf für die IG Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst (2. Stufe). Die Landesdelegiertenkonferenz akzeptiert den Grundsatz, daß in der Satzung der IG Medien den unterschiedlichen, historisch gewachsenen Strukturen und Bedürfnissen der sich zusammenschließenden Organisationen Rechnung getragen werden muß. Daher kann die vorgesehene Gliederung der IG Medien in Fachgruppen vorrangig nur für die Gewerkschaft Kunst von Bedeutung sein. Für die bisherigen Berufsgruppen der IG Druck und Papier sollte weitgehend an dem bereits erreichten Stand der Organisationspraxis festgehalten werden.

Um die schwierige und historisch notwendige Aufgabe der Schaffung einer Mediengewerkschaft zu lösen, müssen den Organisationen der Gewerkschaft Kunst ihre bisherigen Wirkungsmöglichkeiten in ihren Bereichen auch in der IG Medien erhalten bleiben. Wenn guter Wille bei allen sich zusammenschließenden Organisationen besteht, wird es dabei zu keiner Überbeanspruchung der gemeinsam zu schaffenden Organisation kommen.

Die Landesdelegiertenkonferenz lehnt Verschärfungen des Satzungsentwurfs ab, die eine zügige Einigung mit der Gewerkschaft Kunst blockieren könnten. Zugleich müssen die bisherigen Kompetenzen der Berufsgruppen der IG Druck und Papier im Rahmen der Fachgruppen erhalten bleiben. Das gleiche gilt für die Personengruppen der IG Druck und Papier.

Die Landesdelegiertenkonferenz der IG Druck und Papier Hessen fordert die Delegierten des außerordentlichen Gewerkschaftstages auf, mit Augenmaß und in Verantwortungsbewußtsein den nächsten Schritt zur IG Medien als Mitgliedergewerkschaft zu ermöglichen. Die Idee der Mediengewerkschaft muß im Rahmen des jetzt Möglichen und Machbaren verwirklicht werden. Wir müssen der Wirklichkeit Rechnung tragen und dürfen uns nicht an Vorstellungen klammern, die möglicherweise erst im Prozeß des gemeinsamen gewerkschaftlichen Kampfes in der IG Medien zu verwirklichen sind.

Junge Postler mit Wohnmobilen „Für Arbeit auf Touren“

Interview mit Lothar Schröder,
Bundesjugendausschußvorsitzender der DPG

14 Tage waren junge Postler von Hamburg und Regensburg mit Wohnmobilen unterwegs, um darauf aufmerksam zu machen, daß ein großer Teil der jungen Fernmeldehandwerker nicht nur ausbildungsfremd, sondern auch in anderen Gegenden beschäftigt werden soll. Höhepunkt und Abschluß der Aktion war am 16. Mai eine lange Menschenkette vom Bonner Kaiserplatz bis zum Postministerium. Zahlreiche Unterschriften sollten übergeben werden. Doch nur ein „abgestellter“ Beamter nahm die Unterschriften entgegen. Zu der Aktion und seine Hintergründe beantwortete der Bundesjugendausschußvorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), Lothar Schröder, unserer Redakteurin Gisela Mayer einige Fragen.

NACHRICHTEN: Die Jugend der Deutschen Postgewerkschaft hat wiederum durch eine aufsehenerregende Aktion „Für Arbeit auf Touren“ von sich reden gemacht. Was waren Anlaß und Ziel dieser Aktion?

Lothar Schröder: 5200 Auszubildende bei der Deutschen Bundespost beenden dieses Jahr ihre Berufsausbildung im Fernmeldehandwerk. Das Bundespostministerium will rund 1500 dieser Auszubildenden die Weiterbeschäftigung im erlernten Beruf verweigern. Sie sollen ausbildungsfremd und oftmals heimatfern in der Briefverteilung, in der Briefzustellung oder gar als Pförtner eingesetzt werden. Viele Arbeitsplätze bei der Deutschen Bundespost, auf die die Fernmeldehandwerker abgedrängt werden, stünden danach für eine Einstellung vom Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung. Bei mehr als 2,2 Millionen Arbeitslosen und einer stillen Reserve von mindestens einer Million halten wir dies für einen Skandal – ein Skandal, der uns „auf Touren“ bringt.

Wir haben unsere Aktion durchgeführt, weil wir wissen und auch nachweisen können, daß dies nicht alles so sein muß. Die Bundespost verfügt über genug Möglichkeiten, die Auszubildenden in ihrem erlernten Beruf auf dauerhaften Vollarbeitsplätzen unmittelbar nach der Ausbildung weiterzubeschäftigen und damit auch den Arbeitsmarkt zu entlasten. Beispielsweise wird in den Fernsprechenstörungsstellen nicht im erforderlichen Umfang mehr Personal zur Verfügung gestellt, um Kunden und auch Postbeschäftigten gerecht zu werden.

Wir haben auf unserer Tour darüber hinaus zum Ausdruck gebracht, daß wir es für unvermeidbar halten, daß trotz hoher Arbeitslosigkeit über 1000 Arbeitsplätze allein im mittleren fernmeldetechnischen Dienst nicht besetzt werden sollen. Und wir haben auf die unbefriedigende Situation in den Dienststellen hingewiesen, in denen sich die Stammbeschäftigten über zuwenig Vertreter beklagen, die Fortbil-

dung nicht richtig läuft, ein hoher Stand von Überstunden zu verzeichnen und kaum Urlaub zu bekommen ist. Ein wesentliches Ziel war auch, auf die schlechende Privatisierung der Deutschen Bundespost hinzuweisen und Mitstreiter für eine gute Post für die Kunden, humanere



Arbeitsplätze für die Postler und die ausbildungsgerechte Weiterbeschäftigung der Auszubildenden zu gewinnen.

NACHRICHTEN: Und wie lief die Aktion ab?

Lothar Schröder: Die Jugend der Deutschen Postgewerkschaft startete in Hamburg und Regensburg am 1. Mai die Aktion „Für Arbeit auf Touren“. Auf einer Nord- und einer Südroute gingen jeweils 25 aktive junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mit Wohnmobilen auf Touren quer durch die Bundesrepublik, um Öffentlichkeit und Politiker über die Mißstände bei der Bundespost zu informieren. Sie wurden von einem Infobus begleitet. Innerhalb von zwei Wochen wurden über 30 Städte im Bundesgebiet angefahren und dort Aktivitäten durchge-

führt. Sie reichten vom Infostand, Unterschriftensammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen über Übernahme-konferenzen, Besuch von Politikern und Flugblattaktionen bis hin zu Autocorsos. Eine Menge Aufmerksamkeit in der Bevölkerung und bei den Postkunden haben wir damit erweckt und viel, sehr viel positive Resonanz gefunden. Dies belegt unsere Unterschriftenliste, die auf 600 Meter Länge angewachsen ist, und dies belegen unsere „Solidaritätserklärungen – Das Maß ist voll –“, die auch von Mitgliedern des Deutschen Bundestages unterschrieben wurden.

NACHRICHTEN: In Hochglanzbroschüren und Werbespots der Deutschen Bundespost werden die Ausbildungsleistungen hervorgehoben. Eigentlich müßte die DPG-Jugend offene Türen eingerannt haben, oder stimmen Anspruch und Wirklichkeit des BPM nicht überein?

Lothar Schröder: Die Deutsche Bundespost zeichnet – mit viel finanziellem Aufwand – ein recht positives Bild von ihren Ausbildungsleistungen in der Öffentlichkeit. Verschwiegen wird, daß wir Jahr für Jahr um die Höhe der Ausbildungsquoten ringen müssen, verschwiegen wird auch die berufliche Zukunft, die die Auszubildenden erwarten soll, obwohl es bessere Möglichkeiten bei der Bundespost gäbe. Der Anspruch, etwas zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit zu tun, ist eben nur unzureichend befriedigt, wenn die Auszubildenden nach der Ausbildung aufs ausbildungsfremde Abstellgleis geschoben werden sollen und damit Einstellungen vom Arbeitsmarkt verhindert werden. Auch der Anspruch, eine christlich-soziale Familienpolitik zu praktizieren, wird verhöhnt, wenn Auszubildende nach ihrer Ausbildung kreuz und quer durchs Bundesgebiet versetzt werden sollen. Weg von ihren Familien, weg von ihrem Freundeskreis.

Wir sind im Mai mit einer Karawane auf Touren gegangen, damit die Auszubildenden nicht ab September wie Nomaden kreuz und quer durchs Bundesgebiet ziehen müssen, um an ihre Arbeitsplätze zu kommen. Diese Aktion, die viel Aufwand, viel Kraft und auch persönlichen Urlaub unserer Aktiven erfordert hat, haben wir nicht durchgeführt, weil wir beim Postministerium offene Türen vorfinden. Wie die Bundespost unseren Forderungen gegenübersteht, hat die Abschlußveranstaltung gezeigt, bei der keiner der politisch verantwortlichen Herren im Postministerium willens oder in der Lage war, unsere Unterschriftenliste entgegenzunehmen. Dies ist leider die Wirklichkeit.

NACHRICHTEN: Abschluß ihrer Aktion war die Verlegung eines „heißen Drahtes“ vom Bonner DGB-Haus zum Postministerium. Können Sie uns Einzelheiten dazu nennen? Wie war die Beteiligung?

Lothar Schröder: Wir wollten unserer Kernmannschaft, die 14 Tage unterwegs war, in Bonn einen großen Bahnhof organisieren. Dabei sind wir zunächst davon



Steinkühler 50

Am 20. Mai 1987, knapp sieben Monate nach seiner Wahl zum Ersten Vorsitzenden der IG Metall, wurde Franz Steinkühler 50 Jahre. Sein beruflicher Werdegang führte ihn über die Ausbildung zum Werkzeugmacher, zum Meister und dann 1960 zum hauptamtlichen Funktionär in der IG Metall. 1963 kam er als Sekretär in die Bezirksleitung der IG Metall nach Stuttgart und arbeitete dort neun Jahre mit dem legendären Bezirksleiter Willi Bleicher zusammen. Nach dessen Ausscheiden führte er von 1972 bis 1983 diesen Bezirk. Der Münchner Gewerkschaftstag wählte ihn dann im Oktober 1983 zum Zweiten Vorsitzenden.

Unter Steinkühlers Leitung fand 1973 im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden die denkwürdige Auseinandersetzung um den Lohnrahmentarifvertrag II (Stichwort: Mindestlohnzeiten für Leistungslöhner) statt. Sein Name ist aber auch mit Aktionen wie „Unternehmer auf dem Prüfstand“ verbunden. In einem Interview mit den NACHRICHTEN verdeutlichte er 1982, daß mit dieser Aktion die Unternehmerideolo-

gie widerlegt werden solle, daß Lohnzurückhaltung zusätzliche Arbeitsplätze schaffe. Im Zusammenhang mit dem Kampf der IG Metall um die 35-Stunden-Woche in den Jahren 1983/84 wurde diese Aktion beispielhaft weiterentwickelt, so daß sie heute aus einer Tarifaufeinandersetzung nicht mehr wegzudenken ist.

Mit seinem Grundsatzreferat auf dem 15. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober 1986 in Hamburg setzte Steinkühler Akzente einer progressiven Gewerkschaftspolitik (siehe hierzu auch Nr. 41).

Einen Tag vor seinem Geburtstag, am 19. Mai 1987, sagte Steinkühler in Frankfurt: „Wir dürfen und wir werden nicht zum Juniorpartner des Kapitals degenerieren. Wir müssen und werden die Gegenmacht“ bleiben. „Nur dann werden wir unserem Auftrag als solidarische Interessenvertretung und als sozialer Hoffnungsträger gerecht. Nur dann werden wir dem konkreten Unrecht in der bestehenden Gesellschaft zu Leibe rücken und unseren realen Utopien von einer besseren Gesellschaft näherkommen.“

Franz Steinkühler setzt selbst hohe Maßstäbe, an denen er in seinen praktischen Handlungen gemessen werden sollte.

H. Sch.

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach hat am 16. Mai auf einer Gewerkschaftskonferenz in Passau der Bundesregierung vorgeworfen, daß sie mit ihren Privatisierungsplänen „einen Ausverkauf von ertragreichem Volksvermögen“ anstrebe, um ihre „unsoziale Steuerpolitik finanzieren zu können“. Die geplanten Voll- und Teilprivatisierungen von Bundesunternehmen würden letztlich zum Abbau von Personal führen.

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach hat am 16. Mai auf einer Gewerkschaftskonferenz in Passau der Bundesregierung vorgeworfen, daß sie mit ihren Privatisierungsplänen „einen Ausverkauf von ertragreichem Volksvermögen“ anstrebe, um ihre „unsoziale Steuerpolitik finanzieren zu können“. Die geplanten Voll- und Teilprivatisierungen von Bundesunternehmen würden letztlich zum Abbau von Personal führen.

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach hat am 16. Mai auf einer Gewerkschaftskonferenz in Passau der Bundesregierung vorgeworfen, daß sie mit ihren Privatisierungsplänen „einen Ausverkauf von ertragreichem Volksvermögen“ anstrebe, um ihre „unsoziale Steuerpolitik finanzieren zu können“. Die geplanten Voll- und Teilprivatisierungen von Bundesunternehmen würden letztlich zum Abbau von Personal führen.

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach hat am 16. Mai auf einer Gewerkschaftskonferenz in Passau der Bundesregierung vorgeworfen, daß sie mit ihren Privatisierungsplänen „einen Ausverkauf von ertragreichem Volksvermögen“ anstrebe, um ihre „unsoziale Steuerpolitik finanzieren zu können“. Die geplanten Voll- und Teilprivatisierungen von Bundesunternehmen würden letztlich zum Abbau von Personal führen.

H. Sch.

DGB: Privatisierung bedeutet Personalabbau

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach hat am 16. Mai auf einer Gewerkschaftskonferenz in Passau der Bundesregierung vorgeworfen, daß sie mit ihren Privatisierungsplänen „einen Ausverkauf von ertragreichem Volksvermögen“ anstrebe, um ihre „unsoziale Steuerpolitik finanzieren zu können“. Die geplanten Voll- und Teilprivatisierungen von Bundesunternehmen würden letztlich zum Abbau von Personal führen.

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach hat am 16. Mai auf einer Gewerkschaftskonferenz in Passau der Bundesregierung vorgeworfen, daß sie mit ihren Privatisierungsplänen „einen Ausverkauf von ertragreichem Volksvermögen“ anstrebe, um ihre „unsoziale Steuerpolitik finanzieren zu können“. Die geplanten Voll- und Teilprivatisierungen von Bundesunternehmen würden letztlich zum Abbau von Personal führen.

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach hat am 16. Mai auf einer Gewerkschaftskonferenz in Passau der Bundesregierung vorgeworfen, daß sie mit ihren Privatisierungsplänen „einen Ausverkauf von ertragreichem Volksvermögen“ anstrebe, um ihre „unsoziale Steuerpolitik finanzieren zu können“. Die geplanten Voll- und Teilprivatisierungen von Bundesunternehmen würden letztlich zum Abbau von Personal führen.

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach hat am 16. Mai auf einer Gewerkschaftskonferenz in Passau der Bundesregierung vorgeworfen, daß sie mit ihren Privatisierungsplänen „einen Ausverkauf von ertragreichem Volksvermögen“ anstrebe, um ihre „unsoziale Steuerpolitik finanzieren zu können“. Die geplanten Voll- und Teilprivatisierungen von Bundesunternehmen würden letztlich zum Abbau von Personal führen.

PERSONALIEN

Norbert Fischer, Hauptkassierer der IG Metall, gehört zu den Spitzenfunktionären dieser Gewerkschaft, die in den vergangenen Wochen runde Geburtstage feiern konnten. Er wurde am 20. Mai 60 Jahre. Seit 1958 ist er hauptamtlich bei der IG Metall tätig.

Willi Hanss, 37, stellvertretender Bezirksvorsitzender der hessischen ÖTV, hat alle Aussichten, als Tarifexperte in den geschäftsführenden ÖTV-Vorstand gewählt zu werden. Mit Mehrheit sprach sich Mitte Mai der Gewerkschaftsvorstand dafür aus, den Siebenunddreißigjährigen dem Beirat zur Wahl zu empfehlen. Willi Hanss würde damit Nachfolger von **Heinrich Schmidt**, 49, der ab 1. Juli 1987 Arbeitsdirektor bei den Stadtwerken Düsseldorf wird.

Rudi Kobilke, 61, gab seine Funktion als stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands auf. Seit Mitte Mai ist er Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbahn und zeichnet dort für Personal und Soziales verantwortlich. Kobilke löste den in den Ruhestand tretenden **Heinz Frieser** ab, dessen Gewerkschaftsfunktion er bereits vor mehreren Jahren übernommen hatte.

Herbert Mies, Vorsitzender der DKP, wurde Ende April als vierter Bundesbürger mit dem Lenin-Friedenspreis ausgezeichnet. Vor ihm hatte u. a. der vor einigen Jahren verstorbene hessische Kirchenpräsident **Martin Niemöller** den Lenin-Friedenspreis erhalten.

Horst Niggemeier, 57, in Personalunion Pressesprecher der IG Bergbau und Energie, Bürgermeister der Stadt Datteln sowie Bundestagsabgeordneter und bekannt für seine antikommunistische Haltung, erlitt bei der Wahl des SPD-Unterbezirksvorsitzenden eine Niederlage nach 18 Jahren in dieser Funktion. Es wurde der Gegenkandidat **Bernhard Kasparek**, 34, mit 124 zu 116 Stimmen gewählt. Niggemeier war auch in der eigenen Partei ins Kreuzfeuer der Kritik geraten, weil er in denunziatorischer Weise den Recklinghäuser Caritasdirektor darüber informierte, daß die beim Caritasverband angestellte Erzieherin **Martina Beckmann** Mitglied der DKP sei. Die Folge war die Kündigung.

Hans Preiss, seit 1972 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, wurde am 31. Mai 60 Jahre. In seiner Gewerkschaft ist er zuständig für Bildungswesen, Bildungspolitik, Berufsbildung und Bibliotheken. 1949 trat der engagierte Antifaschist und Angestellter der Gießener Straßenbauverwaltung in die ÖTV ein. Stationen seiner hauptamtlichen Tätigkeit sind u. a.: Sachbearbeiter in der IG-Metall-Vorstandsverwaltung, Lehrer an der IG-Metall-Bildungsstätte Lohr und von 1970 bis 1972 persönlicher Referent Otto Brenners. Hans Preiss gehört dem Kuratorium IG Metall/Ruhruniversität Bochum an.

Der Maxhütte in der Oberpfalz droht die völlige Vernichtung

Der Konkurs der Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg droht zur größten arbeitsplatzpolitischen Katastrophe in der Oberpfalz zu werden. Kurz vor Drucklegung dieser Ausgabe verdichteten sich die Anzeichen, daß es eine sogenannte Auffanggesellschaft zur Weiterführung der Produktion nicht geben wird. Die seit März dieses Jahres immer akuter werdende Zahlungsunfähigkeit hat inzwischen dazu geführt, daß Lohnzahlungen nur noch über die Verpfändung von Betriebseinrichtungen und -anwesen abgewickelt werden können und Lieferanten wie Kunden bereits jetzt der Hütte den Rücken kehren, weil kontinuierliche Liefer- und Zahlungsbedingungen angesichts fast wöchentlich neuer Hiobsbotschaften kaum mehr möglich sind.

Die noch 4500 Beschäftigten des einstigen Flick-Besitzes sehen sich ständigen Wechselbädern zwischen Hoffnung auf Weiterführung der Hütte und deren Ende ausgesetzt. Die Maxhütte – nach 133 Jahren Strandgut ruinöser, weil profitorientierter Konzernpolitik und Opferlamm arbeitsplatzvernichtender EG-Richtlinien? Für die Beschäftigten steht fest, daß der Ausgang des Konkurses im Prinzip nur die Wahl zwischen Äpfeln und Birnen sein kann. Würde es eine Weiterführung dieses Betriebes geben, dann mit Sicherheit nur auf der Basis einer Belegschaftszahl von 1000 bis 1500 Beschäftigten, einer Empfehlung, die dem Gutachten des Unternehmensberatungsunternehmens Roland Berger entspricht. Andere Annahmen, man käme „mit Freisetzungen zwischen 1000 und 1500 Beschäftigten“ aus (so der bayerische Wirtschaftsminister Jaumann wenige Tage nach dem Konkurs vom Gründonnerstag), werden in kompetenten Kreisen lange schon als „Träumerei“ abgetan. Dies also wäre Variante Nummer eins, zu der bereits die knapp 300 entlassenen Beschäftigten der im Maxhüttenbesitz befindlichen Eisenerzgrube „Leonie“ hinzuzurechnen sind.

Variante zwei bedeutet die völlige Schließung zum 30. Juni dieses Jahres, „wenn bis dahin kein Wunder geschieht“ (Betriebsratsvorsitzender Kick) und sich ferner keine Lösung findet, die dann erneut fälligen Lohnzahlungen zu finanzieren. Die Mai-Löhne konnten nur durch Verpfändung des Werkskasinos und zweier Vorstandshäuser ausgezahlt werden.

Die Befürchtung einer völligen Schließung der Hütte hat unter anderem dadurch Nahrung erhalten, daß Wirtschaftsminister Jaumann (CSU) Mitte des Monats Mai erklärte, „nur noch wenige Chancen“ für die erforderliche Auffanggesellschaft zu sehen. Vor diesem Hintergrund wird auch der Sinn folgender Fakten deutlich:

- Entgegen bestehender Koalitionsvereinbarungen der Bonner Regierung nach dem 25. Januar weigert sich deren Wirtschaftsminister Bangemann, finanziell an einer Sanierung mitzuwirken;

- die bayerische Staatsregierung will (entgegen anfänglicher Bereitschaft) von einer indirekten Unterstützung der Maxhütte nichts mehr wissen. Eine direkte Beteiligung hat sie ohnehin abgelehnt.

Dieses Verhalten entspricht genau den EG-Bestimmungen, wonach deren Mitgliedsländer keine staatlichen Subventionen und Förderungen an stahlproduzierende Unternehmen geben dürfen und gegenseitig vereinbart haben, „Stahlproduktionskapazitäten“ zu vernichten, was in der Konsequenz die Stilllegung ganzer Standorte heißt. Die Rollenzuweisung der



Maxhütte als „Opferlamm“ dieser Direktiven läge also geradezu auf der Hand. All das wäre schließlich im Sinne der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl, die bekanntlich schon lange die „Konzentration auf dem Stahlproduktionssektor“ fordert. Schließlich: Auch Dr. Gienow, Vorstandsvorsitzender des Hauptanteilseigners und jetzigen Gläubigers, scheint inzwischen mehr Geschmack an einer Stilllegung der Maxhütte bekommen zu haben. Seine Empfehlung an den konzernhörigen Konkursverwalter van der Beek lautete, die Stahlproduktionsquote der Hütte für 150 Millionen DM zu verkaufen. Die Summe entspricht dem in der Öffentlichkeit bekannten Schuldenstand der Maxhütte, und der Verkauf der Produktionsquote entzöge dem Werk die Betriebsbasis im Bereich Stahl.

„Schließt die Hütte, stirbt die Region“ –

diese Aussage ist wahr und läßt sich dennoch von Außenstehenden kaum begreifen: Die Maxhütte ist der absolut strukturbestimmende Betrieb in der Region. Ein „Aus“ bedeutet weit über 30 Prozent Arbeitslosigkeit. Die 4500 Beschäftigten hätten in der Mehrzahl nur geringe Chancen, unter den jetzt gegebenen Bedingungen in ihrer Heimat neue Arbeit zu finden. Jeder zehnte könnte samt Familie nicht einmal weg, weil er an einen landwirtschaftlichen Betrieb gebunden ist.

Der 50 Kilometer entfernte liegende Wirtschaftsraum Nürnberg wäre unter „normalen“ Bedingungen eventuell eine Ausweichmöglichkeit, doch auch dort steigt die Arbeitslosigkeit, weil große Konzernbetriebe Arbeitsplätze vernichten.

Die Zahl „unversorgter“ Auszubildenden steigt nach Angaben des Landesarbeitsamts Nordbayern schon jetzt an. „Abwandern“ in andere Regionen oder gar Bundesländer wird vor allen Dingen für Jugendliche und junge Familien notwendig sein, um Arbeit zu finden. Unterm Strich blieben eine weitere Überalterung Sulzbach-Rosenbergs wie des gesamten Kreises Amberg-Sulzbach, die Verringerung der Kaufkraft und damit die erhebliche Verschlechterung der Existenzbedingungen für Einzelhandel und Dienstleistungsgewerbe.

Jetzt erst geben die Politiker zu, daß ihre – unter dem rigiden Einfluß der Maxhütte – jahrzehntlang betriebene Monostrukturpolitik zur Katastrophe umschlagen kann, daß das ökonomische Schutzpatronat Maxhütte mit ihren Anteilseignern Klöckner, CRA u. a. wie ein Kartenhaus in sich zusammenfällt und der Glaube an den „freien Markt“ trügerischer denn je ist. Und auch jene rund 1332, über 55 Jahre alten Sozialplänler, die einen Großteil ihres Berufslebens der Hütte gewidmet haben und per Vereinbarung gegen monatliche Zahlung von durchschnittlich 1000 DM bis zur Rente früher gingen, schlagen die Hände über dem Kopf zusammen: Sie kriegen schon jetzt von der Hütte keinen Pfennig mehr.

Die Forderungen der IG Metall nach staatlichen Eingriffen und nach umfassenden Struktur- und Beschäftigungsprogrammen für die Oberpfalz sind in ihrem erforderlichen Volumen so umfangreich, daß der notwendige Druck zu ihrer politischen Durchsetzung aus eigener Kraft kaum zu bewerkstelligen sein dürfte. Mit Schreiben vom 13. Mai hat der IG-Metall-Vorstand den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß aufgefordert, sofortige Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Produktion und zum Erhalt der Maxhütte zu ergreifen.

Wie die Mitgliederzeitung „metall“ in ihrer Ausgabe vom 1. Juni meldet, wollen die Maxhütten-Kumpels mit Großaktionen in München auf ihre Situation aufmerksam machen. Geplant sind fünftägige „Arbeitsplatzwachen“ in der Fußgängerzone der bayerischen Landeshauptstadt.

Reinhold Schliht

Die Rechte des Betriebsrats sind zum Gebrauchen da

In allen neugewählten Betriebsräten hat die konstituierende Sitzung bereits stattgefunden, der Arbeitsalltag hat begonnen. Wenn der Betriebsrat nach unseren Anregungen (siehe Mai-Heft) verfahren ist, dürfte er nun einen Berg Aufgaben im Büro liegen haben, die teils alt, teils neu sind. Und manches davon wurde schon angepackt. Besonders für die Kolleginnen und Kollegen, die zum ersten Mal in die Interessenvertretung gewählt wurden, stellt sich die Frage nach den Rechten und Möglichkeiten, diese Aufgaben im Sinne der Beschäftigten des Betriebs zu lösen.

Der im Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) vorgesehene Weg, Forderungen und Meinungen des Betriebsrats an den Unternehmer heranzubringen, ist das sogenannte Monatsgespräch: „Arbeitgeber und Betriebsrat sollen mindestens einmal im Monat zu einer Besprechung zusammentreten“ (§ 74). „Mindestens“ sagt, daß es auch öfter sein kann. Nun hätte dieses Zusammentreffen mit dem Unternehmer wenig Sinn, wenn der Betriebsrat lediglich seine Wunschliste vortragen könnte, um dann der Hoffnung auf Erfüllung zu harren.

Der Gesetzgeber hat den Betriebsrat mit Rechten versehen, die man in drei Kategorien einteilen kann: Informations-, Beratungs- und Mitbestimmungsrechte. Hier soll nicht die Unzulänglichkeit und in vielen Fällen Untauglichkeit dieser Rechte erörtert werden. Trotz aller Mängel kommt es darauf an, sie bis zum letzten I-Punkt wahrzunehmen und als Hebel für die Vertretung der Belange der Arbeiter und Angestellten zu nutzen. Denn sehr schnell wird der Betriebsrat feststellen, daß er ohne Inanspruchnahme selbst der schwächsten Rechte kaum arbeiten kann und andererseits der Unternehmer ihm sogar diese vorzuenthalten sucht.

Das Gebot der „vertrauensvollen“ Zusammenarbeit von Betriebsrat und Unternehmer (§ 2) schließt nach „herrschender Meinung“ der Gesetzesdeuter ein, daß der Unternehmer den Betriebsrat über alle Dinge informieren muß, die für seine Tätigkeit von Belang sind. Wenn ihm laufend Informationen vorenthalten werden, die für seine Arbeit wichtig sind, kann der Betriebsrat von Mißachtung des BetrVG durch den Unternehmer ausgehen. Je nach Art und Schwere der durch Informationszurückhaltung verursachten Behinderung der Betriebsratsarbeit kann gegen den Unternehmer nach §§ 23 Abs. 3, 119 Abs. 1 Ziff. 2 oder 121 vorgegangen werden.

Besonders hervorzuheben sind unter den Informationspflichten des Unternehmers gegenüber dem Betriebsrat die nach § 80 (Allgemeine Aufgaben), § 85 (Behandlung von Beschwerden), § 90 (Gestaltung von Arbeitsplatz, Arbeitsablauf und Arbeitsumgebung), § 92 (Personalplanung), § 99

(Mitbestimmung bei personellen Einzelmaßnahmen), § 102 (Mitbestimmung bei Kündigungen), § 106 (Wirtschaftsausschuß) und § 111 (Betriebsänderungen).

Noch längst nicht werden in allen Betrieben mit Betriebsrat von den Geschäftsleitungen diese Verpflichtungen erfüllt bzw. vom Betriebsrat eingefordert. Die „Erziehung“ des Unternehmers beginnt aber damit, daß der Betriebsrat ihm keine Mißachtung von Informationsrechten durchgehen läßt. Dabei muß ständig um die der Betriebsratsarbeit am meisten dienende Auslegung der gesetzlichen Forderung nach „rechtzeitiger“ und „umfassender“ Information gerungen werden.

Obleich Information noch nicht alles ist, so ist sie doch unerläßliche Voraussetzung für jegliches Handeln. So kann der Betriebsrat aus der Kenntnis bestimmter Absichten und Planungen des Unternehmers seine Schlüsse für eigenes Handeln ziehen und z. B. Maßnahmen nach § 80 Abs. 1 Ziff. 2 beantragen. Wo das Mitbestimmungsrecht nicht greift, ist in verschiedenen Fällen neben Unterrichtung des Betriebsrats auch Beratung mit ihm

HBV baute Position bei BR-Wahlen aus

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) hat ihre Position im Bereich der Waren- und Kaufhäuser bei den diesjährigen Betriebsratswahlen weiter ausgebaut. Nach Angaben des 2. Vorsitzenden Dieter Steinborn vom 11. Mai gehören 61 Prozent der bisher in Waren- und Kaufhäusern gewählten 3817 Betriebsräte der Gewerkschaft HBV an; 30 Prozent sind Mitglieder der DAG und 9 Prozent bisher nicht gewerkschaftlich organisiert. 1984 hatte die Gewerkschaft HBV einen Stimmenanteil von 59,6 Prozent erreicht. Auch in anderen Bereichen konnte die Gewerkschaft HBV in den Betriebsräten ihre Position weiter ausbauen.

vorgesehen, wie bei den schon genannten §§ 90, 92 oder im Bereich der Berufsbildung (§§ 96 bis 98). Beratung über Forderungen der Beschäftigten und Maßnahmen des Unternehmers müssen vom Betriebsrat immer auch dort verlangt werden, wo das BetrVG kein förmliches Beratungsrecht festgeschrieben hat.

In einigen Angelegenheiten hat das BetrVG als wirksamste Beteiligungsform des Betriebsrats seine Mitbestimmung vorgesehen. Sie findet sich im vierten Teil des Gesetzes, der die §§ 74 bis 113 umfaßt. Nur wenige dieser Bestimmungen enthalten tatsächliche Mitbestimmungsrechte, so z. B. bei den Grundsätzen für die Behandlung der Betriebsangehörigen (§ 75), den in § 87 aufgeführten Angelegenheiten, bei der Änderung der Arbeitsplätze, des Arbeitsablaufs und der Arbeitsumgebung (§ 91) oder bei verschiedenen personellen Maßnahmen wie Einstellung, Eingruppierung, Umgruppierung und Versetzung (§ 99) sowie bei Kündigungen (§§ 102, 103). Allerdings sind mehrere dieser Mitbestimmungsrechte an stark einschränkende Bedingungen geknüpft. Insbesondere gibt es in wirtschaftlichen Angelegenheiten des Betriebs kein Recht auf Mitbestimmung.

Nicht zuletzt sollte der Betriebsrat auch sein Initiativrecht nicht verkümmern lassen, das ihn jederzeit in die Lage versetzt, „Maßnahmen, die dem Betrieb und der Belegschaft dienen, beim Arbeitgeber zu beantragen“ (§ 80 Abs. 1 Ziff. 2). Dieses Recht erwächst ihm aus der Aufgabe, die Einhaltung der zugunsten der Arbeitnehmer bestehenden Gesetze, Verordnungen, Unfallverhütungsvorschriften, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen zu überwachen. Es handelt sich bei dieser Bestimmung praktisch um eine Generalklausel für eigene Initiativen.

Wenn der Betriebsrat keines dieser Informations-, Beratungs- und Mitbestimmungsrechte verschenkt und auch den Konflikt mit dem Unternehmer nicht scheut, wird dieser bald merken, daß sich der Betriebsrat nicht „einwickeln“ läßt. Oft unterbleiben dann die billigen Versuche, den Betriebsrat leerlaufen zu lassen und ihm jedes seiner Rechte zunächst erst einmal streitig zu machen. Wenn der Unternehmer mit einem konsequenten Betriebsrat, der um seine Rechte und Möglichkeiten weiß, seinen „Lernprozeß“ durchgemacht hat, läuft auf beiden Seiten manches leichter.

Eines aber bleibt unerläßlich, um vom Unternehmer als kompetente Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten respektiert zu werden: die Sicherung des Rückhalts in der Belegschaft und die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft. Der Betriebsrat mag seine Rechte noch so gut kennen und auf deren Einhaltung drängen; wenn der Unternehmer nicht spürt, daß Betriebsrat und Belegschaft eine Einheit bilden und der „Draht“ zur Gewerkschaft funktioniert, wird ihm das Recht allein nichts nützen. (Wird fortgesetzt)

Gerd Siebert

9. SDAJ-Bundeskongreß mit lebhafter Diskussion

Eine breite Themenpalette beherrschte den 9. Bundeskongreß der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), der am 2. und 3. Mai unter der Losung „Abrüsten jetzt! Für eine bessere Zukunft! Leben – kämpfen – verändern. Auf uns kommt es an“ in Frankfurt tagte. In den 150 Diskussionsbeiträgen zur Friedenspolitik, Schüler- und Lehrlingsbewegung, Berufsausbildung, Aids, Kernenergie, Volkszählung, internationalen Solidarität und vielem mehr widerspiegelte sich das Bemühen der 757 Delegierten, im solidarischen Meinungsaustausch die künftige Politik des bald 20 Jahre alten Jugendverbandes zu erarbeiten.

Mehr lebendige innerverbandliche Demokratie, eigenständigeres Handeln der Gruppen vor Ort, ein Gruppenleben, das der Kongreßparole „Leben – kämpfen – verändern“ noch besser gerecht wird, sowie Stärkung der SDAJ durch mehr Gruppen in Stadtteilen, an Schulen und in den Betrieben, das war auch einer der Schwerpunkte im Bericht der wiedergewählten SDAJ-Vorsitzenden Birgit Radow an die im Schnitt 21,6 Jahre alten Delegierten. Eingehend auf die revolutionären Veränderungen in der Sowjetunion, von denen die SDAJ „begeistert“ sei, stellte sie das Ziel, „auch in unserem Land ein neues Denken durchzusetzen“, gemeinsam mit anderen Jugendorganisationen dafür zu kämpfen, daß auch die Bundesregierung eine konstruktive Haltung bei der Beseitigung der Atomwaffen aus Europa einnimmt.

Der Würdigung der erfolgreichen Arbeit der sozialistischen Jugendorganisation in den vergangenen Jahren, der aktiven Teilnahme an Friedensaktionen, bei der Verteidigung der Rechte der Jugend, der Beteiligung an der erstarkenden Schülerbewegung und an den Aktionen der Gewerkschaftsjugend, schloß Birgit Radow die Aufgabe an, noch stärker auf die Jugend zuzugehen, ihre Bedürfnisse und Interessen aufzugreifen und überall gemeinsam aktiv zu werden. An mehreren Stellen ihres Referats kam zum Ausdruck, daß die SDAJ mit jetzt 216 Betriebsgruppen noch lange nicht zufrieden sein kann. Ihre Zahl hat sich seit dem letzten Kongreß vor zwei Jahren nur geringfügig erhöht.

Im Kampf um den Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen will sich die SDAJ noch stärker engagieren. Die Jugendbündnisse und die Aktionen, mit denen sich die Betroffenen in Stahlstandorten und Kohlerevierern für ihre Zukunft einsetzen, will die SDAJ als Beispiel und Vorbild für die ganze Bundesrepublik verstanden wissen. Sie unterstützt das „Oberhäuser Manifest“ zur Sicherung der Ausbildungsplätze in der Stahlindustrie und will mit dafür sorgen, „daß dieser Aufruf bundesweit von Jugendverbänden und Jugendvertretungen unterstützt wird“. Die SDAJ-Vorsitzende mahnte ihre Organisation, den Kampf für die Übernahme der Auszubildenden kontinuierlicher zu füh-

ren. Dies sei noch zu oft „Saisonarbeit“. Die IG-Metall-Jugend habe begonnen, die Übernahmekämpfe bundesweit zu organisieren.

Als großen Erfolg der Lehrlingskämpfe beim Metall-Tarifabschluß wertet Birgit Radow die Einbeziehung der Lehrlinge in die Arbeitszeitverkürzung. Das Ergebnis sei hart erkämpft worden, „auch wenn nicht alle Möglichkeiten genutzt wurden“, und es sei – wie jeder Abschluß – Ausdruck des Kräfteverhältnisses. Zugleich sei aber Kritik an der langen Laufzeit und den Zugeständnissen bei der Flexibilisierung angebracht. Jetzt gehe der Kampf in den Betrieben weiter, bei der Umsetzung. Im Sommer 1987, so forderte Birgit Radow, müssen alle Lehrlinge in der Metallindustrie übernommen werden.

In der lebhaften Antragsdiskussion beschäftigten sich die Delegierten besonders ausführlich mit zwei Themenkomplexen: der Reform der beruflichen und allgemeinen Bildung und der Haltung der SDAJ zur Kernenergie. Dazu lagen umfangreiche Leittränke vor. Im Beschluß zur demokratischen Bildung tritt die SDAJ für die Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung, für umfassende Mitbestimmung der Schüler und Auszubildenden, für die Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems zugunsten einer demokratischen Schulstruktur ein. Anknüpfend an Reformen der 70er Jahre, in Verteidigung ihrer positiven Elemente und im Bündnis mit Eltern, Lehrern, Studenten und vor allem den DGB-Gewerkschaften, könnten auch heute Erfolge durchgesetzt werden.

Im Beschluß zur zivilen Nutzung der Atomenergie gesteht die SDAJ ein, vor Tschernobyl zu undifferenziert an die Probleme herangegangen zu sein. Für die Bundesrepublik, die genügend Kohle für die nächsten 200 Jahre besitzt, fordert sie den sofortigen Ausstieg, während sie anderen Ländern (dritte Welt, UdSSR) aus verschiedenen Gründen (Energemangel, militärische Bedrohung u. a.) den längerfristigen Ausstieg zugesteht. Es sei aber Politik der SDAJ, „den Ausstieg aus der Kernenergie in allen Ländern – so schnell wie es möglich ist – zu erreichen“.

Bernhard Keßeler

Linke und Fortschritt

Unter dem Motto „Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage“ veranstaltete das Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) am 16. und 17. Mai 1987 in Frankfurt eine Diskussionskonferenz zum Thema „Die Linke und der Fortschritt“. Mehr als 250 Wissenschaftler aus unterschiedlichen politischen Lagern waren der Einladung gefolgt, was die Aktualität der gewählten Thematik unterstreicht. Mit dem Goethe-Wort als Motto wollten die Veranstalter den tiefen Widerspruch „zwischen rationalem Denken und rationaler gesellschaftlicher Praxis, zwischen Absicht und realisiertem Ziel“ herausarbeiten. Nach den Worten des stellvertretenden Leiters des IMSF, André Leisewitz, werde dieser Widerspruch u. a. in der Raketen- und SDI-Auseinandersetzung, der drohenden Zerstörung der Biosphäre, dem Anwachsen der Computer- und der Gentechnologie sowie der Erfahrungen von Rationalisierung und Massenarbeitslosigkeit deutlich und sei aus marxistischer Sicht „in erster Linie durch die kapitalistischen Krisenprozesse und das vom Kapitalismus bestimmte Wirksamwerden der wissenschaftlich-technischen Revolution geprägt“.

Was unter dem Begriff „Fortschritt“ zu verstehen sei, darüber gab es unterschiedliche Meinungen, beispielsweise zwischen dem sozialdemokratischen Wissenschaftler Prof. Dr. Detlef Albers, der grünen Wissenschaftlerin Dr. Manon Andreas-Griesebach und dem kommunistischen Wissenschaftler Prof. Dr. Hans-Jörg Sandkühler. Mehr oder weniger Einigkeit bestand jedoch in der von Leisewitz vorgetragenen These: „Aus marxistischer Sicht muß der zentrale Bezugspunkt der soziale Fortschritt sein, die Erlangung bewußter Kontrolle der Gesellschaft über ihren Lebensprozeß und die Schaffung optimaler Bedingungen für die Entfaltung der Individuen.“

Konsens bestand auch in der Frage, daß technischer Fortschritt nicht automatisch sozialer Fortschritt und zunehmende Zivilisation bedeute. Teilaspekte der Ausführungen von Dr. Ulrich Briefs, WSI-Mitarbeiter und Bundestagsabgeordneter der Grünen, fanden nicht die Zustimmung der Mehrheit der Konferenzteilnehmer. Er hatte den letzten Tarifabschluß der IG Metall als eine „mittlere Katastrophe“ bewertet und klassische Kampfformen der Arbeiter- und Friedensbewegung wie Demonstrationen, Kundgebungen und Unterschriftensammlungen als wenig wirksam bezeichnet.

Recht interessante Ausführungen über die Stellung der Gewerkschaften zum technischen Fortschritt machte der Bremer Professor Lothar Peter. Wir werden diese Ausführungen in der nächsten Ausgabe veröffentlichen. P.

Bei der Rentenreform: DGB in der Defensive

Bei den Koalitionsverhandlungen wurden Grundsätze für die schwerwiegendste sozialpolitische Maßnahme in dieser Legislaturperiode – die sogenannte Rentenstrukturreform – beschlossen. Bis zum Frühjahr 1988 wird das Blüm-Ministerium einen Gesetzentwurf vorlegen, in dem diese Vorstellungen dann konkretisiert werden. Zur gleichen Zeit haben der DGB, die Deutsche Angestelltengewerkschaft und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände eine gemeinsame Erklärung zur Strukturreform der Rentenversicherung veröffentlicht. Darin werden verschiedene Punkte aufgeführt, „über die zwischen den Sozialpartnern Übereinstimmung besteht“ und denen zentrale Bedeutung beigemessen wird.

Klar ist: Mit dem derzeitigen System der Rentenfinanzierung können die Probleme der gesetzlichen Rentenversicherung in den nächsten Jahrzehnten nicht gelöst werden. Bei der vor Jahren erfolgten Umstellung vom Kapitaldeckungsverfahren auf das Umlageverfahren – bei dem die laufenden Renten aus den laufenden Beiträgen des jeweiligen Jahres finanziert werden – wurden einige Probleme bereits mit eingebaut.

So koppelte der Gesetzgeber den Bundeszuschuß zur Arbeiter- und Angestelltenrentenversicherung an die Entwicklung der Bruttoeinkommen der Versicherten. Da die Ausgaben aber vergleichsweise stärker gestiegen sind, ist der Zuschuß gemessen an den Ausgaben automatisch von 31,8 Prozent (1957) auf derzeit 17,7 Prozent zurückgegangen; zu Lasten eines entsprechend höheren Anteils, der jeweils zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gezahlten Beiträge.

Bei gleichzeitigem Ausgabenanstieg durch erhöhte Rentenleistungen, Ausweitung des Versichertenkreises und längeren Rentenlaufzeiten – vor allem durch arbeitsmarktbedingte Frühverrentung – wurden zur Finanzierung die Beitragssätze (von 14 Prozent in den 60er Jahren auf derzeit 18,7 Prozent) erhöht bzw. die Renten gekürzt: Seit 1977 hat es nur eine einzige völlig ungeschmälernte Rentenanpassung gegeben. Zusätzlich wurde ab Januar 1983 der Rentenbeitrag des Arbeitsamtes für unterstützte Arbeitslose um über die Hälfte gekürzt – zwecks Sanierung des Bundeshaushaltes.

Doch selbst wenn es gelänge, Vollbeschäftigung und höhere Lohnsteigerungen zu erreichen sowie bis dahin die volle Beitragspflicht der Bundesanstalt für Arbeit wiederherzustellen, könnten damit im Rahmen des jetzigen Finanzierungssystems die Renten langfristig nicht gesichert werden. Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung werden nach der Jahrtausendwende einer sich rasch verringernden Zahl erwerbsfähiger 20- bis 60jähriger eine rapide steigende Zahl über 60jähriger Bundesbürger gegenüberste-

hen. Auch wenn die Folgen dieser Entwicklung oft dramatisiert werden, so müssen doch andere Finanzierungsquellen erschlossen werden, wenn die Beitragssätze nicht in unerträgliche Höhen geschraubt werden sollen (vergl. zur Finanzierungsfrage: NACHRICHTEN 12/86, „Sind die Renten noch zu retten?“).

Wie sehr die Finanzen der Arbeiter- und Angestelltenrentenversicherung von Lohn- und Arbeitsmarktentwicklung sowie den Beitragskürzungen der Bundesanstalt für Arbeit betroffen sind, zeigen die neuesten Daten auf:

1 Prozent Lohnzuwachs = rund 1,4 Mrd. DM Einnahmen jährlich

200 000 (1 Prozent) Beschäftigte = rund 1,4 Mrd. DM Einnahmen jährl.

200 000 Arbeitslose = rund 0,3 Mrd. DM Beiträge der BfA

100 000 Rentner = 1,1 Mrd. DM Ausgaben jährlich

1 Prozent Beitragssatzerhöhung = rund 7,6 Mrd. DM Einnahmen jährlich.

(Quelle: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger – VDR)

Die Begrenzung der Beitragssatzsteigerung, die ja auch als Lohnnebenkosten die Unternehmer belastet, wogegen sie schon lange Sturm laufen, ist der gemeinsame Ausgangspunkt der „Reform“-Überlegungen; Überlegungen, die tiefgreifende Folgen haben werden, denn es geht um ein Problem mit großer sozialer Sprengkraft. Es geht um einen Verteilungskampf, und zwar um den zwischen Kapital und Arbeit und nicht um den falschen und verhängnisvollen zwischen Beschäftigten und Rentnern. Auch in Zukunft wird nicht weniger an Werten produziert werden, nur eben wahrscheinlich mit weniger Arbeitskräften. Die Frage ist, wie dieser gesellschaftlich geschaffene Reichtum verteilt werden soll. Damit sind grundsätzliche Fragen nicht nur der Wirtschaftspolitik, sondern des Wirtschaftssystems selbst angesprochen. Versteckt wird diese Problematik (und der geplante Sozialabbau) bei der Rentenstrukturreform hinter der

verbreiteten Forderung nach einer „gerechten“ Verteilung der zusätzlichen „Alterslasten“.

Die Bonner Koalition hat mit ihrer bisherigen Verteilungspolitik von unten nach oben und den jüngsten wirtschaftsentlastenden Steuerbeschlüssen die Weichen grundsätzlich gestellt. Eine für die Finanzierung der Renten notwendige Trendumkehr ist nicht vorgesehen. Da bleiben für die „Lastverteilung“ eigentlich nur noch Beschäftigte und Rentner übrig. Die bei den Koalitionsverhandlungen festgelegten Eckpunkte für die Rentenstrukturreform bestätigen das:

Die bruttolohnbezogene Rentenanpassung wird endgültig aufgegeben, die Renten sollen (höchstens) noch so stark wie die verfügbaren (Netto-)Einkommen steigen. Gleichzeitig soll die Lebensarbeitszeit verlängert, das Rentenalter also erhöht werden. Die beitragsfreien und beitragsgeminderten Versicherungszeiten sollen „neu geordnet werden“, und zwar in Richtung Minderung der Rentenansprüche. Der Bundeszuschuß soll auf einen nicht näher bestimmten Anteil erhöht werden. Die Tendenz dieser Beschlüsse ist eindeutig; sie wird noch deutlicher, wenn man bedenkt, daß die Finanzierung einer Erhöhung des (für die Umverteilung zentralen) Bundeszuschusses selbst auf den unzureichenden Anteil von 20 Prozent spätestens seit dem 44 Milliarden teuren Steuerreformbeschuß aus diesem Haushalt kaum möglich ist.

Bei der konkreten Ausgestaltung dieser Eckpunkte könnten dann auch Elemente der noch extremeren Vorstellungen etwa der FDP oder von Meinhard Miegel (Geschäftsführer des Biedenkopf-Instituts) einfließen. Sie tendieren zu einem stark abgesenkten Grundrentenniveau, das durch private, individuelle Versicherungen usw. ergänzt werden kann: Privatisierung der Altersvorsorge als Geschäft für Versicherungskonzerne.

In dieser Situation errichtet der DGB Aufgangstellungen. Die sozialpartnerschaftliche Erklärung, die er mit BfA und Angestelltengewerkschaft abgegeben hat, gehört dazu. In dieser Erklärung wurde denn auch festgelegt, daß bewährte Prinzipien wie die Lohn- und Beitragsbezogenheit der Renten, die Lebensstandardsicherung und der soziale Ausgleich erhalten werden sollen und der Abbau der Rentenversicherung zu einer bloßen Grundsicherung abgelehnt wird. Es wird gefordert, den Bundeszuschuß auf mindestens 20 Prozent der Rentenausgaben zu erhöhen und an die Ausgaben zu koppeln, während es früher unbestrittene Praxis war und heute noch Beschlußlage des DGB ist, daß die Finanzierung zwischen Versicherten, Unternehmern und Staat gedrittelt wird.

Gleichzeitig wird aber auch eine „ausgewogene“ Verteilung der demographischen Belastung festgeschrieben. Und: Der DGB bekennt sich zur endgültigen Abkehr von der dynamischen Bruttoanpassung

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT:

Steine statt Brot: Tarifvertrag der IG Chemie zur Teilzeitarbeit

Vor dem Hintergrund unternehmerischer Flexibilisierungsbemühungen, der Stagnation bzw. des Abbaus öffentlicher Kinderbetreuungsmöglichkeiten und des zunehmenden Drucks der Frauen in Richtung Erwerbstätigkeit hat die Bedeutung der Teilzeitarbeit in den letzten Jahren erheblich zugenommen. 1985 gab es bereits über 3 Millionen Teilzeitbeschäftigte, rund 93 Prozent von ihnen Frauen.

Schon ein Drittel aller Frauen arbeitet in Teilzeitarbeitsverhältnissen. Hinzu kommen mindestens 1,5 Millionen Arbeitsverhältnisse mit geringfügiger Beschäftigung (430-DM-Pauschalverträge), ebenfalls eine fast ausschließliche Frauenangelegenheit ohne Arbeitslosen-, Rentenversicherungs- und Krankenversicherungsschutz. Teilzeitarbeit ist nicht nur problematisch, weil sie massenhaft die tariflich festgelegte Arbeitszeit ohne Lohnausgleich verkürzt, ein schwedischer Untersuchungsbericht formuliert: „Teilzeitarbeit (der Frauen) ermöglicht den Männern, einer Ganztagsbeschäftigung unter den Bedingungen nachzugehen, die heute auf dem Arbeitsmarkt gelten. Folglich trägt sie dazu bei, die traditionelle Arbeitsverteilung innerhalb der Familie zu bewahren und eine Organisation des Arbeitslebens aufrechtzuerhalten, die keine Rücksicht darauf nimmt, daß Menschen auch für andere Dinge außerhalb der Arbeit Zeit haben müssen.“

Es ist unumgänglich, daß die Gewerkschaften diesen wichtigen Bereich nicht dem „Selbstlauf“, also den unternehmerischen Bedürfnissen überlassen. Als erste

der Renten. Rente und verfügbares Arbeitseinkommen sollen sich gleichgewichtig entwickeln. Im Gegensatz zum 1980 beschlossenen sozialpolitischen Programm des DGB, in dem eine Rente von 90 Prozent eines vergleichbaren Nettoeinkommens gefordert wird, geht es jetzt nur noch um die Sicherung des derzeitigen (auf 63,6 Prozent gesunkenen) Nettorentenniveaus; das Programm wird zur Zeit überarbeitet. Beim Rentenalter wurde dagegen keine Übereinstimmung erzielt, der DGB lehnt jede zwangsweise Erhöhung strikt ab.

Daß der DGB in der Rentenfrage statt einer sozial gestaltenden nur noch eine Abwehrhaltung – unter Aufgabe sozialpolitischer Positionen – einnimmt, liegt u. a. an der geringen Information und Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder in die

Gewerkschaft hat nunmehr die IG Chemie einen Tarifvertrag über Teilzeitarbeit abgeschlossen, der am 1. Juli 1987 in Kraft tritt. Sie hat mit diesem Tarifvertrag jedoch nicht nur die Chance verspielt, beispielhafte Tarifregelungen zu entwickeln, schlimmer noch: Der Tarifabschluß muß die Unternehmer geradezu ermuntern, die Teilzeitarbeit allein in ihrem Interesse zu Lasten der Betroffenen auszudehnen.

Bereits die Definition der Teilzeitarbeit in § 2 des Tarifvertrages ist problematisch: „Die Unterschreitung der tariflichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit kann auch im Durchschnitt eines Verteilungsraums bis zu sechs Wochen erreicht werden“, heißt es in Satz 2, eine Einladung an die Unternehmer, die Arbeitszeit weiter zu flexibilisieren. In § 4 wird ihnen ausdrücklich gestattet, Berufsanfänger auf Teilzeitarbeitsplätzen zu beschäftigen, „wenn die Zahl der verfügbaren Vollzeitarbeitsplätze nicht ausreicht“. Kein Wort davon, wer das feststellt, kein Wort über verstärkte Beteiligungsrechte der Betriebsräte auf diesem Gebiet.

Statt dessen bestimmt § 3: „Die Rechte des Betriebsrats bei im Zusammenhang mit Teilzeitarbeit stehenden personellen Maßnahmen des Arbeitgebers richten sich nach den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes“, eine rechtliche Selbstverständlichkeit, die die IG Chemie noch zusätzlich selbst abschwächt, indem sie sich z. B. in ihrer Kommentierung zum Tarifvertrag die umstrittene Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zu eigen macht, daß der Betriebsrat in bezug

ser Frage sowie an uneinheitlichen Positionen innerhalb des DGB etwa zum Maschinenbeitrag, zur bedarfsorientierten Mindestrente oder zur Harmonisierung der Alterssicherungssysteme. Dadurch ist der Gewerkschaftsbund geschwächt und anfälliger für sozialpartnerschaftliche Lösungen.

Eine fortschrittliche Lösung der Rentenprobleme setzt auch ein verändertes gesellschaftliches Kräfteverhältnis voraus. Notwendig ist ein Kräfteverhältnis, das die bisherige Umverteilung von unten nach oben, von den Beschäftigten, Arbeitslosen und Rentnern in die Rüstungs- und Konzernkassen rückgängig und durch entsprechende Gewinnbesteuerung den gesellschaftlichen Reichtum für die Finanzierung der Renten nutzbar machen kann.

Udo Gelhausen

auf die Dauer der Arbeitszeit nach § 87 Abs. 1 Nr. 2 BetrVG kein Mitbestimmungsrecht hat. Zur Gleichstellung der Teilzeitbeschäftigten mit den Vollzeitbeschäftigten ist in § 6 des Tarifvertrages geregelt, daß die „Bestimmungen des Manteltarifvertrages für Teilzeitbeschäftigte gelten, soweit sich nicht aus dem Wesen und der Gestaltung der Teilzeitarbeit etwas anderes ergibt“.

Damit ist die IG Chemie von einer echten Gleichstellung meilenweit entfernt und geht über die bisherige Rechtslage (vgl. § 2 Abs. 1 BeschFG) kaum hinaus. Der einzige positive Lichtblick des Tarifvertrages ist § 5, der festlegt, daß die tägliche Arbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten nicht weniger als vier Stunden beträgt. Das wäre eine echte Verbesserung und ein Schutz gegen allzu große Flexibilisierungen gewesen, wenn der zweite Satz in § 5 nicht gleich einschränkend lautete: „Dies gilt nicht für geringfügig Beschäftigte sowie für Fälle anderer ausdrücklich getroffener Vereinbarungen.“

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, durch Teilzeitarbeit und Flexibilisierung besonders hart getroffen, hat für ihren Bereich Betriebsvereinbarungen angeregt, die zeigen, welche Regelungen im Interesse der Betroffenen notwendig sind. In diesen Betriebsvereinbarungen wurde z. B. die Festlegung einer festen Teilzeitquote und das Verbot ihrer Überschreitung, ein Verbot der Arbeit auf Abruf, feste Arbeitszeiten und die Regelung aufgenommen, daß der Betriebsrat jeder individuellen Abweichung zustimmen muß.

Im Zusammenhang mit Frauenförderplänen wird vor allem unter den Frauen diskutiert, daß die absolute Gleichstellung der Teilzeitbeschäftigten mit den Vollzeitbeschäftigten unumgänglich ist, daß Teilzeitarbeitsplätze nicht zu Lasten der Vollzeitarbeitsplätze eingerichtet und ausgedehnt werden dürfen, daß Teilzeitarbeit – wenn sie möglich sein soll – auch in qualifizierten Positionen eingeführt wird, daß Teilzeitkräfte verstärkte Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten erhalten und daß es sinnvoll wäre, die Möglichkeiten der Teilzeitarbeit an sachliche Voraussetzungen (Betreuung von Kindern durch Mütter oder Väter) zu knüpfen.

Bei Umwandlungen von Voll- in Teilzeitarbeit muß gesichert werden, daß die Teilzeitbeschäftigten wieder in das Vollarbeitsverhältnis zurückkehren. Im Bereich der Bundespost hat beispielsweise eine Umfrage der Deutschen Postgewerkschaft ergeben, daß 40 Prozent der teilzeitbeschäftigten Frauen einen Vollarbeitsplatz anstreben.

Der Tarifvertrag der IG Chemie sieht bei Umwandlungswünschen lediglich eine Unterrichtungspflicht des Arbeitgebers (§ 7) vor und geht auf die anderen hier angeschnittenen Probleme überhaupt nicht ein. Fazit: Mehr als enttäuschend.

Barbara Degen

In der DDR läuft nichts ohne die Gewerkschaften

Im gesellschaftlichen Leben unseres Nachbarlandes, der Deutschen Demokratischen Republik, haben die Gewerkschaften als aktive Interessenvertreter der arbeitenden Menschen einen großen Einfluß. Dies widerspiegelte der 11. Kongreß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) vom 22. bis 25. April 1987 in der Hauptstadt der DDR, Berlin. Die 3240 Delegierten, darunter 52,5 Prozent weiblich, vertraten die auf 9,5 Millionen angewachsene Mitgliederzahl, die wiederum aussagt, daß in der DDR 97,7 Prozent aller Arbeiter, Angestellten, Intellektuellen und Rentner in den Gewerkschaften organisiert sind.

Der wiedergewählte FDGB-Vorsitzende Harry Tisch konnte im Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes eine erfolgreiche Bilanz über die Arbeit der vergangenen fünf Jahre vorlegen. Von 1981 bis 1985 überstieg das Nationaleinkommen mit 1087 Milliarden Mark erstmals die 1-Billion-Grenze. Zugleich wurde die Anwendung und Beherrschung neuer Techniken, wie z. B. der Mikroelektronik, in das Zentrum gewerkschaftlicher Arbeit gerückt. Für die werktätige Bevölkerung hat sich der enorme Wirtschaftsaufschwung in der Verbesserung ihrer Lebenslage ausgezahlt. So haben sich in der Zeit von 1971 bis 1986 die Realeinkommen verdoppelt, und sie werden bis 1990 weiter pro Kopf jährlich um 4 Prozent zunehmen. Seit 1971 wurden so viel Wohnungen gebaut oder grundlegend modernisiert, daß sich für mehr als 8 Millionen Menschen – fast die Hälfte der Bevölkerung der DDR – die Wohnbedingungen entscheidend verbessert haben.

Die dargelegten Erfolge konnten die Gewerkschaften in der DDR nur im engen Zusammenwirken mit der führenden Kraft ihres Landes, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), erreichen. Das zeigte sich auch in der auf dem Kongreß deutlich gewordenen großen Sympathie, die die Delegierten dem Generalsekretär Erich Honecker und der gesamten Führungsspitze der SED entgegenbrachten. In seiner Rede legte Honecker u. a. dar, daß in der DDR das Recht auf Arbeit ein grundlegendes Menschenrecht sei.

Im Verlauf des Kongresses verdeutlichten zahlreiche Sprecher, daß die angeführten Menschenrechte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern gesellschaftliche Realität sind. Trotz des vorhandenen Arbeitskräftemangels setzt sich der FDGB für weitere Arbeitszeitverkürzungen ein. Konkret vorgeschlagen hatte Harry Tisch, daß sich von 1988 an der Jahresurlaub für Frauen über 55 Jahre und für Männer über 60 Jahre um eine Woche verlängert und zugleich die Mindestrenten erhöht werden. Honecker versprach den Delegierten, daß die Partei- und Staatsführung der DDR diesen Forderungen entsprechen werde.

Wie ein roter Faden zog sich durch den

Kongreß: In der DDR läuft nichts ohne oder gar gegen die Gewerkschaften. Sowohl im Betrieb als auch im Industrie- und Wirtschaftszweig bzw. im Maßstab der gesamten Republik verfügt der FDGB über entscheidende Mitbestimmungsrechte. Beispielsweise kann kein Plan Gesetzeskraft erhalten, wenn er nicht von den jeweiligen Gewerkschaftsorganen unter-

FDGB und DGB

In einer gemeinsamen Erklärung beider Bundesvorstände vom 31. Mai 1985 wurde nachdrücklich hervorgehoben, daß die dringlichste Aufgabe der Gegenwart darin besteht, das Wettrüsten auf der Erde zu beenden und im Weltraum zu verhindern. Gemeinsam treten FDGB und DGB für eine deutliche Reduzierung der Atomwaffenarsenale ein. Sie lehnen die militärische Nutzung des Weltraums ab und fordern konkrete Abrüstungsschritte in Europa. Das entspricht der Verantwortung der Gewerkschaften beider deutscher Staaten für die Sicherung des Friedens an der sensiblen Trennlinie zwischen Warschauer Vertrag und NATO. Es ist von prinzipieller Bedeutung, wenn in der bereits genannten Erklärung im Namen von über 17 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern in beiden deutschen Staaten eindeutig bekundet wird, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf. Der FDGB hält daran fest, die Beziehungen mit dem DGB in der BRD auszubauen und gemeinsam alles zu tun, was der Vertrauensbildung, der Sicherung des Friedens und dem sozialen Fortschritt dienlich ist.

(Harry Tisch, Rechenschaftsbericht, FDGB-Kongreß)

schrieben wird. Bei der im vergangenen Jahr stattgefundenen Plandiskussion über den Fünfjahrplan 1986 bis 1990 haben 6,1 Millionen Gewerkschafter sich an entsprechenden Diskussionsveranstaltungen beteiligt. Von ihnen waren 770 241 Vorschläge unterbreitet worden, die zum überwiegenden Teil in die Plandokumente Eingang fanden.

Allen Delegierten des Kongresses war be-

wußt, daß die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in der sozialistischen Gesellschaft nur in dem Umfang verbessert werden können, wie es ihnen gelingt, mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt eine höhere Arbeitsproduktivität als in den entwickelten kapitalistischen Ländern zu erreichen. Eine gestärkte ökonomische Kraft hilft auch entscheidend mit, daß der bedrohte Friede erhalten bleibt. Erich Honecker und Harry Tisch wie zahlreiche Diskussionsredner begrüßten und unterstützten voll inhaltlich die Abrüstungsvorschläge des Generalsekretärs der KPdSU, Gorbatschow. Der FDGB-Vorsitzende sagte u. a.: „Unserer Meinung nach tragen die Gewerkschaften Europas eine besonders große Verantwortung dafür, aktiv darauf hinzuwirken, daß der Kontinent atom- und chemiewaffenfrei wird und sein Schicksal nicht den amerikanischen Sternkriegsplänen zum Opfer fällt.“

Diesem Ziel dienen auch die Kontakte und Beziehungen des FDGB zu den Gewerkschaften der kapitalistischen Länder. In der Berichtsperiode habe sich der konstruktive Dialog und Informationsaustausch zwischen dem FDGB und dem DGB weiter entwickelt (siehe Kasten). Für den Ausbau der Beziehungen des DGB mit dem FDGB setzte sich auch der stellvertretende DGB-Vorsitzende, Gustav Fehrenbach, in einer Rede an die Delegierten des FDGB-Kongresses ein. Mit ihm hat erstmals in der Geschichte ein DGB-Repräsentant auf einem FDGB-Kongreß gesprochen (Wortlaut der Rede von Fehrenbach siehe Dokumentationsteil der Mai-Ausgabe dieser Zeitschrift).

Insgesamt nahmen Delegationen von 114 Gewerkschaftsorganisationen und internationalen sowie regionalen Gewerkschaftsvereinigungen teil. Nahezu alle internationalen Gäste, die auf dem Kongreß oder auf Veranstaltungen in Betrieben der DDR sprachen, setzten sich für Frieden, Abrüstung und verbesserte internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften ein. Nicht nur die Mitgliederorganisation des Weltgewerkschaftsbundes, sondern auch des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften und des Weltverbandes der Arbeitnehmer waren nahezu ausnahmslos in Berlin vertreten. In einem einstimmig angenommenen Appell für Frieden und Solidarität heißt es: „Wir richten unseren Ruf an die Gewerkschafter in Ost und West, in Nord und Süd: Laßt uns im Interesse des Friedens, von dessen Erhaltung Sinn und Erfolg gewerkschaftlicher Interessenvertretung und letztlich jeder soziale Fortschritt abhängt, unsere Anstrengungen vereinen, damit die internationale Gewerkschaftsbewegung zu einer noch kräftigeren Stimme des Weltgewissens wird!“

In den neuen 200köpfigen Bundesvorstand sind fast 50 Prozent Frauen gewählt worden, dem 32köpfigen Präsidium des Bundesvorstandes gehören zehn Frauen an, darunter auch die wiedergewählte stellvertretende FDGB-Vorsitzende Johanna Töpfer.

Werner Petschick

Von unten bis oben keine Tabus Reiseeindrücke aus der Sowjetunion

Auch in diesem Jahr hatte der Zentralrat der Sowjetischen Gewerkschaften zum 1. Mai Gäste nach Moskau eingeladen. NACHRICHTEN erhielt eine Einladung, und ich nahm an dem internationalen Kongreß zum Thema: „70. Geburtstag des Großen Oktober und die gegenwärtige Gewerkschaftsbewegung“ sowie an der Informationsreise in die Sozialistische Republik Estland teil. Ein großes Erlebnis waren die Feierlichkeiten zum 1. Mai.

Bereits auf der Fahrt durch die geschmückten Straßen der sowjetischen Hauptstadt von unserem Hotel zum Roten Platz konnten wir beobachten, wie sich die Werktätigen der einzelnen Stadtbezirke zur großen Demonstration vorbereiteten. Mit bunten Papierblumen und Luftballons versammelten sie sich an ihren Stellplätzen. Pünktlich mit dem 10-Uhr-Glockenschlag vom Spasskij-Turm des Kremles begann die Demonstration.

Bei der Aussprache mit Vertretern des Zentralkomitees der Sowjetischen Gewerkschaften stand die Frage im Mittelpunkt, wie die Gewerkschaften die Aufgaben der Umgestaltung anpacken wollen. Offen waren die Antworten: Stagnation im Wirtschaftswachstum der letzten 15 Jahre, Stagnation in der Arbeitsproduktivität führten dazu, daß sich der soziale Besitzstand nur langsam entwickeln konnte. Die Ursachen wurden zum einen in der Unfähigkeit bestimmter Kader gesehen, aber es wurde auch offen von Korruption im Parteiapparat gesprochen. Und so wurde durch eine träge Praxis die breite Entwicklung des Landes verhindert.

Alle diese Mißstände müssen in der Etappe der Umgestaltung beseitigt werden. Die Stagnation in der Wirtschaft muß überwunden und die bestehende Bremswirkung aufgehoben werden. Vor allem aber geht es darum, die Erkenntnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution in Übereinstimmung mit der Planentwicklung zu bringen. Und in diesem wichtigen Prozeß tragen die Gewerkschaften die Verantwortung dafür, daß die sozialen Rechte der Werktätigen beachtet werden.

In der gleichen offenen Atmosphäre bewegte sich der internationale Kongreß mit dem eingangs genannten Thema. An dieser Tagung im Kolonnensaal des Gewerkschaftshauses nahmen Vertreter aus 121 sozialistischen, kapitalistischen und Entwicklungsländern teil. Diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht wurde in drei Arbeitsgruppen zu folgenden Schwerpunkten:

1. Der Kampf der Gewerkschaften für Frieden und Abrüstung.
2. Gewerkschaften gegen Monopole: Tradition und Gegenwart.
3. Erfahrungen der Oktoberrevolution und Probleme der Entwicklungsländer.

Natürlich kann ein kurzer Bericht über diesen Kongreß nicht alle Themen behandeln, die in den einzelnen Arbeitskreisen angesprochen wurden. Besonders interessant aber waren für die Teilnehmer aus der Bundesrepublik die Diskussionen im Arbeitskreis 2. Hier wurden die Probleme des antiimperialistischen Kampfes ebenso aufgezeigt wie die Veränderung der wirtschaftlichen Situation in der kapitalistischen Welt und die daraus resultierenden veränderten Kampfbedingungen der Gewerkschaften. Als Stichworte seien nur genannt: Neue Technologien, Krisenbedingungen mit wachsender Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit, Tarifauseinandersetzungen und Kämpfe zur Erhaltung der Arbeitsplätze.

Übereinstimmend stellten die Teilnehmer fest, daß in der veränderten ökonomischen Situation die Gewerkschaften eine große Verantwortung hätten. Ihr könnten sie nur dann gerecht werden, wenn sie ihre bisherige Tätigkeit noch mehr steigern. Dabei wurde die Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit der Gewerkschaften sowohl in ökonomischen Fragen als auch für den Kampf um die Erhaltung des Friedens immer wieder betont.

DGB und FDGB: Chance nutzen

Vom 25. bis 29. Mai besuchte eine vom DGB-Vorsitzenden Ernst Breit geleitete Delegation den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) der DDR. Drei Tage reiste die DGB-Delegation, begleitet vom FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch, durch den Bezirk Rostock. Besichtigt wurden u. a. die Warnow-Werft in Warnemünde und Rostocks historische Altstadt. Dabei konnten sich die DGB-Spitzenfunktionäre auch in Unterhaltungen mit Werft- und Bauarbeitern davon überzeugen, daß Arbeitslosigkeit und Existenzangst in der DDR Fremdwörter sind.

Im Mittelpunkt des Besuchs standen jedoch die offiziellen Gespräche. Ernst Breit und Harry Tisch stimmten darin überein, daß die gegenwärtige historische Chance, einen Durchbruch zur atomaren Abrüstung herbeizuführen, den Weltraum von sämtlichen Waffensystemen freizuhalten genutzt und nicht vertan werden dürfe. Diese übereinstimmende Auffassung

In den meisten Ländern würde der Einfluß der Gewerkschaften geschwächt. Angesprochen wurde auch die Unternehmeroffensive und die sich daraus ergebenden Aufgaben für die Gewerkschaften, sowie auch das Problem der sich in der Arbeiterklasse formierenden Schichten diskutiert, die sich von den Gewerkschaften lösen.

Doch das Leitthema, das in allen Arbeitsgruppen immer wieder im Zusammenhang mit den spezifischen Fragen genannt wurde, war die Sicherung des Weltfriedens, die Notwendigkeit der Abrüstung und die Schaffung einer atomwaffenfreien Welt. Gerade aber auf diesem Sektor, so wurde in der Diskussion festgestellt, gebe es in den Gewerkschaften noch ein Defizit an praktischen Aktionen. Wenn das gemeinsame Ziel, Erhaltung des Friedens in der Welt, erreicht werden soll, dann muß es ausgeglichen werden.

Bei unserer anschließenden Informationsreise an die Baltische See konnten wir uns in Gesprächen mit den Gewerkschaften, mit den Frauen und Männern in den Betrieben und Kolchosen davon überzeugen, daß mit viel Schwung und Begeisterung darangegangen wird, die Beschlüsse des 18. Gewerkschaftskongresses zu realisieren. Dabei steht beispielsweise in Estland an erster Stelle das Problem einer Lohnregulierung, um zu gerechteren Entlohnungen zu kommen. An zweiter Stelle folgt dann das Wohnungsproblem.

In unseren Gesprächen konnten wir den Eindruck gewinnen, daß die Etappe der Umgestaltung mit viel Begeisterung und Optimismus angegangen wird. Offene Kritik und Selbstkritik haben wir überall angetroffen. Große Hilfe wird den Werktätigen von der Partei bei der Lösung aller anstehenden Probleme gegeben. Diese reicht von neuen Beschlüssen im Wohnungsbau bis zu den Arbeitsbedingungen im Betrieb. Dabei gibt es von unten bis oben keine Tabus. Willi Malkomes

kommt auch in der „Gemeinsamen Pressemitteilung“ zum Ausdruck, in der u. a. betont wird: „Beide Delegationen sprachen sich nachdrücklich für den unverzüglichen Abschluß eines Abkommens zwischen der UdSSR und den USA über die völlige Beseitigung der Atomraketen mittlerer und kürzerer Reichweite in Europa aus... Damit würde ein wichtiger Schritt zu einer neuen Phase der Entspannungspolitik getan, zu der es keine vernünftige Alternative gibt.“

Das Resümee der Gespräche ist: Übereinstimmung in der lebenswichtigen Frage der Abrüstung und eine weitgehende Vereinbarung über den Ausbau der Kontakte zwischen den gewerkschaftlichen Dachverbänden DGB und FDGB. Letzteres wurde in einer „9-Punkte-Erklärung“ konkretisiert, die wir in unserer Juliarausgabe ebenso dokumentieren werden wie die „Gemeinsame Pressemitteilung“. gl

Spuren eines Konzentrationslagers

Jürgen Ziegler: „Mitten unter uns – Natzweiler-Struthof: Spuren eines Konzentrationslagers“; VSA-Verlag, Hamburg 1986, 272 Seiten, Preis 19,80 DM.

Jürgen Ziegler, Sekretär beim Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft, hat ein bemerkenswertes Buch über das im Elsaß befindliche ehemalige Konzentrationslager Natzweiler-Struthof und seine Nebenlager im Neckartal geschrieben. Bemerkenswert nicht zuletzt deshalb, weil die Motive des Autors sich erheblich von denen anderer Publizisten unterscheiden. Im Laufe der letzten Jahre wurde nicht wenig über Konzentrationslager und Zwangsarbeiter geschrieben. Doch die Autoren waren zumeist Zeitzeugen oder junge Historiker.

Was Jürgen Ziegler zum Schreiben veranlaßte, erklärt er in seinem Vorwort mit folgenden Worten: „Ich frage mich, warum muß ich als deutscher Mensch zuerst nach Frankreich fahren – ins Ausland –, dort eine KZ-Gedenkstätte besuchen und eher zufällig von französischen Widerstandskämpfern erfahren, was sich vor nicht einmal einem halben Jahrhundert in meiner Heimat unter der Naziherrschaft zgetragen hat? ... Ich begab mich auf die Suche nach jenem schwarzen Teil deutscher Geschichte, der zumindest in den Unterrichtsplänen meiner Schulzeit als weißer Fleck existiert hatte.“ Dieser persönliche Bezug ist in der gesamten Publikation spürbar, obwohl die Zwischentexte sich auf ein Minimum beschränken. Sie sind jedoch ausreichend genug, um die Zusammenhänge zwischen Konzentrationslager und Vernichtung durch Arbeit zu begreifen.

Die Auswahl der Dokumente, der Fotos und Skizzen insbesondere über die Nebenlager im Neckartal sprechen eine grausige Sprache. Tausende von Häftlingen aus vielen Ländern Europas wurden über das Lager Natzweiler-Struthof in den Jahren 1944/45 in Baracken in das Neckartal verschleppt. Allein im Außenkommando Mannheim-Sandhofen waren 1060 Häftlinge als Sklavenarbeiter für die Firma Daimler-Benz eingesetzt.

Wie umfangreich die Verlegung von Häftlingen in das Neckargebiet war, geht aus Namenslisten hervor, die nach dem Kriege gefunden wurden. Aus einem Bericht vom 14. Oktober 1944 ergeben sich für die gesamten Außenkommandos im Neckartal 18907 Häftlinge. 10000 waren u. a. polnischer Nationalität, 3000 sowjetische Bürger und 2000 Franzosen. Ziegler weist anhand zahlreicher Dokumente, die er zum Teil in den Gemeindeverwaltungen fand, nach, daß durch die unzureichende Ernährung und Brutalität der Wachmannschaften ein großer Teil der Häftlinge ums Leben kam.

Jürgen Ziegler hat mit seinem Buch ein wichtiges Kapitel der Heimatgeschichte geschrieben, das viele nur allzugerne vergessen hätten. Um so mehr ist zu hoffen, daß sich Autor und Leser darüber einig sind, „daß über die Zeit der Nazidiktatur mehr diskutiert, mehr nachgefragt und nachgeforscht und weniger verdrängt wird.“ Max Oppenheimer

40,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird. Konto-Nr. 16 1561 2900, Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M., Postgirokonto: Frankfurt/Main 3050 40-606.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 29. Mai 1987

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.



Nachrichten
Verlagsgesellschaft mbH

Kurfürstenstraße 18
Postfach 900749
6000 Frankfurt/M. 90
fon (069) 77 8079

Einzelpreis 4,- DM; Jahresabonnement

VERLAGSINTERNES

Das Recht auf Arbeit, in der nordrhein-westfälischen Landesverfassung allen Bürgerinnen und Bürgern schwarz auf weiß garantiert, aber ohne praktischen Nutzwert, war Anfang Mai Thema einer der beliebtesten Hörfunksendungen des WDR. „Hallo Ü-Wagen“, von Carmen Thomas wie immer einfühlsam und quicklebendig moderiert (Standardermahnung an die Teilnehmer „Das Papierchen in der Hand tun Sie mal schnell weg, sonst kriegen Sie Krach mit mir!“), hatte vor dem Justizministerium am Martin-Luther-Platz in Düsseldorf ein diskutierfreudiges Publikum, darunter viele Arbeitsuchende und eine ansehnliche Zahl eingeladener Experten, um sich versammelt.

Im Kreis der Experten – angefangen von NRW-Justizminister Krumsiek, Ilse Brusis vom geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand und Sozialwissenschaftler bis hin zu Vertretern aus dem Unternehmerlager und mit diesen verbündet eine CDU-Bundestagsabgeordnete – befand sich last, not least auch NACHRICHTEN-Redakteur Heinz Schäfer, dessen Kenntnisse über das praktizierte Recht auf Arbeit in der DDR gefragt waren. So kamen in dieser Sendung nicht ganz übliche Töne über die Ätherwellen. Ein Recht auf Arbeit, sagte Heinz Schäfer, das nicht einklagbar ist, das nicht verwirklichtbar ist, ist kein Recht, sondern etwas, was in die Luft geschrieben ist. Man muß, wenn man das Recht auf Arbeit verwirklichen will, auch die Bedingungen dafür schaffen, daß die Menschen arbeiten können. Wichtige Voraussetzungen sind gesellschaftliches Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln, polytechnischer Unterricht an den Schulen, Ausbildung für jeden, der sich ausbilden lassen will. In der DDR sind 91 Prozent der Frauen berufstätig, weil dafür die Voraussetzungen erfüllt worden sind. Es gibt kein Gerede vom Doppelverdienst, es gibt keine Arbeitslosen in der DDR, aber es gibt – allen Vorurteilen zum Trotz – auch keinen Zwang zur Arbeit. Zu einem schärferen Wortgefecht kam es, als die CDU-Abgeordnete behauptete, daß sich die Bonner Regierung in den sozialen Auseinandersetzungen „neutral“ verhalte. Als Heinz Schäfer ihr daraufhin zum Gegenbeweis die Kanzleräußerung von 1984 vorhielt, die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung sei „dumm und töricht“ und gleichzeitig auf die Änderung des Paragraphen 116 AFG zur Einschränkung des Streikrechts hinwies, war das zustimmende Echo des im Nieselregen ausstrahlenden Publikums nicht zu überhören. Auf ein positives Echo hoffen wir auch bei der Nachricht über unsere nachrichtensreihe: Fertiggestellt, gedruckt und ausgeliefert sind nun auch die nr 37 und nr 41, also die Analyse der Verkehrspolitik und die Dokumentation der Gewerkschaftsbeschlüsse 1986. Mit aufgenommen wurde auch die programmatische Rede Franz Steinkühlers nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der IG Metall. Nun hat auch – endlich, endlich! – alles wieder seine Ordnung mit der Nummerierung. jaco

Postvertriebsstück
Nachrichten-
Verlags-GmbH
Kurfürstenstr. 18
Postf. 90 07 49
6000 Frankfurt/M. 90

NACHRICHTEN
ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

6/87

TERMINKALENDER

- **24. Juni**
13. NACHRICHTEN-Stammtisch, Frankfurt (19 Uhr Gewerkschaftshaus)
- **18. bis 25. Juli**
15. Bundesjugendtreffen der IG Bergbau und Energie, Walsrode
- **1. September**
Aktionen der Gewerkschaften und des DGB zum Antikriegstag
- **11. September**
18. Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie, Essen
- **18. bis 20. September**
Bundesfrauenarbeitstagung der Gewerkschaft Leder, Pirmasens
- **18. bis 20. September**
Zentrales Jugendtreffen der Deutschen Postgewerkschaft, Groß-Gerau
- **21. bis 25. September**
14. Bundeskongreß der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hannover
- **24. bis 26. September**
Bundesdelegiertenkonferenz des Verbandes der Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier, Hamburg.

- **1. bis 3. Oktober**
Außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier, Fellbach bei Stuttgart
- **16. bis 18. Oktober**
22. Bundestagung der Sozialausschüsse der CDU (CDA), Hamburg
- **21. Oktober**
Vertrauensleutewahlen im Bereich der IG Druck und Papier unter dem Motto: „Stärkt die gewerkschaftliche Kraft – wählt aktive Vertrauensleute!“
- **23. bis 24. Oktober**
18. DGB-Bundeshandwerkstagung, Lüneburg
- **31. Oktober**
Zentrale Arbeitszeitkonferenz der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Siegen
- **4. bis 6. November**
6. Frauentag der IG Bergbau und Energie, Saarbrücken
- **21. bis 22. November**
Konferenz „Zukunft von Technik und Arbeit – Alternativen und Strategien der Arbeiterbewegung“, Frankfurt, veranstaltet vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)

Zu guter Letzt

„Kriegsnah“

Daß in der Bundeswehr der alte unselige Geist herrscht und nach der Wende Auftrieb bekommen hat, ist bei politisch aufgeschlossenen und interessierten Menschen längst kein Geheimnis mehr. Man erinnere sich nur an ruchbar gewordene Feiern zu Hitlers Geburtstag in Offizierskorps, Singen von Naziliedern in Bundeswehrhochschulen, sogenannte Traditionspflege von Bundeswehroffizieren mit „alten Kameraden“ und Orientierung auf einen Feind, der heute wie vor 1945 angeblich im Osten steht.

Der IG Metall Baden-Württemberg ist es gelungen, den obengenannten Beispielen ein weiteres Beispiel hinzuzufügen. Ihr fiel ein Handbuch mit dem Titel „Kriegsnah ausbilden – Hilfen für den Gefechtsdienst aller Truppen“ in die Hand. Herausgegeben wurde es unter Verteidigungsminister Wörner, und zwar 1985 vom Heeresamt Abteilung II 1. Als Bearbeiter zeichnet ein Oberstleutnant G. Elser verantwortlich.

Nun hat jede Armee ihre Ausbildungsvorschriften, und dagegen ist auch nichts einzuwenden. Was aber diese Ausbildungsrichtlinien so erschreckend macht, ist der alte Geist, der der Welt rund 50 Millionen Tote bescherte. Das Machwerk stützt sich fast nur auf Naziquellen und Fallbeispiele der faschistischen Wehrmacht, 124 der insgesamt 135 angegebenen Literaturquellen stammen aus der Zeit von 1933 bis 1945 oder sind kriegsverherrlichende Darstellungen des zweiten Weltkrieges wie Truppengeschichten und Erlebnisberichte. Daraus werden dann die entsprechenden Lehren gezogen für den Ernstfall, wobei ganz vergessen wird, daß es im Ernstfall kein Überleben geben wird.

Aufgenommen in „Kriegsnah ausbilden“ sind die immer noch als „geheim“ eingestuft „Verfügungen des Oberkommandos der Wehrmacht“ vom 15. September 1942 und „Ausbildungsanregungen nach Kampferfahrungen“ vom 28. Juni 1942. Manchem Ewiggestrigen, der heute noch die damaligen Schlachten im Sandkasten nachspielt, würde das Herz aufgehen, wenn ihm das Bundeswehrhandbuch in die Hände fiel.

Alles in allem zeigt dieses Machwerk besser als alles Gerede, was von den angeblich so demokratischen und „friedliebenden“ Verantwortlichen der Bundeswehr zu halten ist.

G. M.

Ich bestelle hiermit:

6/87

NACHRICHTEN im Abonnement für 40 DM im Jahr inkl. Porto

die nächsten 3 Ausgaben **kostenlos** und unverbindlich zur Probe

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ Ort

Den Abonnementpreis zahle ich nach Erhalt der Jahresrechnung bitte ich jährlich von meinem Konto abzubuchen.

Konto-Nr. BLZ

bei (Bank, Sparkasse oder Postgiroamt, Ort)

Vertrauensgarantie: Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb von 14 Tagen nach Absendung gegenüber der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstraße 18, 6000 Frankfurt/M. 90, in schriftlicher Form zu widerrufen.

Datum Unterschrift

Falls durch einen anderen Abonnenten erworben, bitte Namen und Anschrift des Werbers sowie Buchwunsch aus der Produktion des Nachrichten-Verlages auf gesondertem Blatt angeben.

Nachrichten-Verlags-Gesellschaft mbH
Kurfürstenstraße 18
Postfach 900749
6000 Frankfurt/M. 90
Telefon:
(069) 778079